Nr. 149. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Arbeiter! Der schwarze Schnapsblock will Euch innerhalb zweier Wochen eine halbe Milliarde neuer Steuern auferlegen. Demonstriert am Donnerstag massenhaft gegen diesen Raubzug! Fordert die Befragung des Volkes!

Die Grenzen auf!

Als unsere Genossen am 16. d. M. im Reichstage die Interpellation in bezug auf die Getreideteuerung einbrachten, antwortete die Rechte darauf mit einem Indianergeheul. Nichts charakteristischer als diese Stellung der professionellen Brotwucherer zu einem Versuche, die Not zu mildern. Es kommen eben für die Junker ganz unmittelbare Portemonnaieinteressen in Frage. Wird doch an der Börse hartnäckig behauptet, daß in Ostelbien Roggen auf den großen Gütern lagert, weil die Besitzer damit rechnen, daß in den letzten Wochen vor der Ernte die Preise noch weiter in die Höhe gehen werden. Die Herren spekulierten auf den Hunger des Volkes und nun kommen die Sozialdemokraten und beantragen zeitweilige Aufhebung der Zölle. Kein Wunder daher, daß diese Interessenten heulen.

Natürlich wird versucht, auch in der Presse Stimmung zu machen gegen die sozialdemokratische Interpellation. So läßt Freiherr v. Mirbach, der skrupellose Verfechter des Brotwuchers, im Scherlschen „Tag" eine Epistel los, in der er die Notlage zu leugnen sucht. Die Interpellation — meint der agrarische Agitator — diene „zur Verhetzung der Massen und zur Schürung des Klassenhasses". Er behauptet dann schlankweg, die hohen Preise, die wir zurzeit haben, seien gar nicht auf den Zoll zurückzuführen. Zum Beweise führt er an, daß Ende Januar die Berliner Notierung für Weizen nur um 26 M. über der Liverpooler Notierung war, während sie bei vollem Zoll um 65 M. höher sein müßte (55 M. Zoll plus 10 M. Fracht). Er vergißt aber hinzuzufügen, daß seit April die Berliner Notierung um mehr als den vollen Zollbetrag über der Liverpooler stand. Die Sache liegt eben so: im Januar war noch inländisches Getreide am Markte; während also auf dem Weltmarkte die Preise hoch waren, konnte der Preis im Inlande nicht um den vollen Betrag des Zolles noch über diesen hohen Preis hinaus gesteigert werden; in dem Maße aber, als die Ausfuhr von deutschem Getreide infolge des Systems der Einfuhrscheine zunahm und der inländische Markt entblößt wurde, stieg der Preis in Deutschland sprungweise. Was aber Herr v. Mirbach mit Stillschweigen übergeht, ist, daß auch im Januar in Berlin der Weizenpreis 212 Mark betrug, ein außerordentlich hoher Stand, wie er seit vielen Jahren nicht mehr verzeichnet wurde.

Herr v. Mirbach beruft sich dann auf das Zeugnis eines Herrn Simon, Syndikus des Vorsteheramtes der Königsberger Kaufmannschaft, der für die Einfuhrscheine eintritt. Ein sehr verdächtiges Zeugnis. Es handelt sich ja gerade darum, daß die Exporteure mit den Agrariern die Exportprämie teilen und natürlich sehr zufrieden mit diesem System sind.

Schließlich verweist Herr v. Mirbach darauf, daß in einer von uns angeführten Tabelle der Weizenpreis 1894 per Tonne 132 Mark war, 1898 aber 185,5 Mark, und meint: „Also sogar in der Zeit der Caprivischen Verträge, wo der Höhe der Zölle die Schuld daran nicht beigemessen werden kann, trat ein starkes Steigen der Preise ein, der beste Beweis dafür, daß der Inlandspreis stets, absolut sowohl wie in seinem Verhältnis zu den Sätzen des Weltmarktes, großen Schwankungen ausgesetzt ist." Wir gestehen, daß uns nicht klar ist, was denn der gute Mann damit eigentlich will. Erstens bestand zur Zeit der Caprivischen Verträge ein Zoll, der immer noch hoch genug war, um den Agrariern die Brotverteuerung zu ermöglichen; zweitens war das Jahr 1897 eines der schlimmsten Erntejahre, die Deutschland je gehabt, und daher war das Anziehen der Preise im Jahre 1898 sehr natürlich; drittens war in jenem Notjahre der Durchschnittspreis 185,5 Mark, während wir heute nach einer ungewöhnlich reichen Ernte einen Preis von 270 Mark haben. Daß die Preise schwanken, ist eine nicht neue Entdeckung des Herrn v. Mirbach; es handelt sich darum, daß wir heute Hungersnotpreise haben, was er nicht zu leugnen wagt.

In der „Post" finden wir eine Ausführung, die darauf hinausläuft, daß der gegenwärtige „unerwünscht hohe Stand der Getreidepreise" eine Folge der schlechten Welternten von 1907 und 1908 ist. Verschwiegen wird dabei abermals die reiche Ernte in Deutschland und der durch die Ausfuhr künstlich herbeigeführte Mangel am inländischen Markte. Es wird dann behauptet, die Suspendierung des Zolles würde den Preis in Deutschland nicht herabdrücken, sondern nur den Weltmarktspreis in die Höhe treiben. Als Beispiel wird angeführt, daß 1897 in Frankreich die Zölle suspendiert wurden und der Preis nur für kurze Zeit sank, um dann schnell das vorherige Niveau zu erreichen. Das ist eine vollständige Verdrehung der Tatsachen. Frankreich hatte 1897 eine vollständige Mißernte, die Preise gingen rapid in die Höhe; gleichzeitig war der Weltmarktspreis stark gestiegen (in England war der Weizenpreis 1896 per Tonne 123 M., 1897 dagegen 141,5 M.); als der Zoll in Frankreich am 4. Mai suspendiert wurde, sank der Preis um 55 Fr. (der Zoll betrug 70 Fr.) per Tonne; eine Erhöhung des Weltmarktpreises trat nicht ein. Am 1. Juli 1898 wurde die Suspendierung wieder aufgehoben und da die Welternte von 1898 knapp war, ging der Weltmarktspreis und entsprechend der Preis in Frankreich abermals in die Höhe.

Die „Post" schließt ihre Ausführungen mit der bei dieser Kloake der öffentlichen Meinung ohne weiteres erklärlichen Bemerkung, der sozialdemokratische Antrag sei „nur Sand in die Augen der unwissenden Masse".

Stellen wir also nochmals fest, worum es sich im gegebenen Moment handelt:

1. Die Jahre 1907 und 1908 brachten eine knappe Welternte; daher ging der Weltmarktspreis in die Höhe und erreichte 1909 ein ganz ungewöhnlich hohes Niveau.

2. Deutschland hatte 1908 eine noch nie dagewesene überaus reichliche Ernte in Roggen und eine über dem Durchschnitt stehende Weizenernte.

3. Infolge der Zölle stehen die Preise in Deutschland über dem Weltmarktsniveau.

4. Infolge der Exportprämie wurde der deutsche Markt von Getreide in unerhörtem Maße entblößt und dadurch wurden die Preise seit Februar dieses Jahres sprungweise in die Höhe getrieben.

5. Diese hohen Preise sind um so gefährlicher, als die Arbeitermassen infolge der schweren wirtschaftlichen Krise ohnehin Not leiden.

6. Wir gehen einer im allgemeinen geringen Ernte entgegen, was zur Folge haben muß, daß die Preise auch nach der Ernte hoch bleiben werden.

7. Augenblicklich herrscht auf dem deutschen Markte ein im höchsten Grade gefährlicher Mangel an Getreide.

Es ist daher dringend notwendig, die Getreidepreise herabzudrücken, um nicht den schon vorhandenen Notstand zu einem schweren Unglück sich auswachsen zu lassen.

Als ein Mittel zu diesem Zweck kommt die Suspendierung der Zölle, der selbstverständlich auch eine Suspendierung der Einfuhrscheine entsprechen muß, in Frage. Kein Zweifel: dieses Mittel würde jetzt nicht mehr die volle Wirkung ausüben können, weil eben bereits unter dem Einfluß der Exportprämien die Ausfuhr verheerend gewirkt hat.

Wäre bereits im März zu diesem Mittel gegriffen worden, so wäre heute der deutsche Markt hinlänglich mit Getreide versorgt.

Daß die Suspendierung der Zölle eine Steigerung des Weltmarktpreises herbeiführen würde, ist nicht zu befürchten. Die Nachfrage nach Getreide ist heute bereits überaus dringend in Deutschland und greifbare Ware ist im Inlande an Weizen fast gar nicht, in Roggen ungenügend vorhanden. Das bewirkt, daß die deutsche Nachfrage schon heute sich preissteigernd auf dem Weltmarkte bemerkbar macht. Würde der deutsche Zoll fortfallen und der Preis um den vollen Zollbetrag herabgesetzt werden, das heißt würde Weizen in Berlin statt 260 M. pro Tonne 205 M. kosten, so würde wohl die Nachfrage noch etwas größer werden, da eine Anzahl Mühlen, die zurzeit ihre Produktion ganz eingestellt haben, die Arbeit wieder aufnehmen würden; indessen ist auch ein Preis von 205 M. noch so hoch, daß von einer stürmischen Nachfrage keine Rede sein kann. Schon jetzt greifen die Importeure von Weizen auf, was irgend am Weltmarkte zu haben ist, nach Suspendierung des Zolles würde also darin sich nichts ändern. — Was dagegen Roggen anbetrifft, so würde die Suspendierung des Zolles bewirken, daß die junkerlichen Spekulanten, die die Vorräte zurückhalten, sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen und den lagernden Roggen an den Markt bringen würden. So würde eine Konkurrenz zwischen den Importeuren von russischem Roggen und den inländischen Besitzern entstehen, und der Preis würde herabgedrückt werden. Die Berliner Notierung hat am 26. Juni die horrende Höhe von 195 M. erreicht, während in Posen und in Breslau am gleichen Tage der Preis ebenfalls 195 M. war, in Rostock 192 M. Das deutet auf eine ganz anormale Lage des Marktes hin, denn unter normalen Verhältnissen sind die Preise an den ostelbischen Plätzen um die Frachtkosten niedriger als in Berlin. Würde der Preis um den Zollbetrag, d. h. 50 M. pro Tonne, ermäßigt, dann würde immer noch ein Preis von 145 M. gelten, d. h. ein höherer Preis, als er in den Jahren 1895 bis 1905 im Durchschnitt bestand.

Die Landwirte haben im allgemeinen kein Getreide mehr auf Lager, sie werden also von einer Suspendierug der Zölle und einer Ermäßigung der Preise gar nicht getroffen. Eine Ausnahme machen ein paar Dutzend Junker, die wie gesagt auf den Hunger der Massen spekulieren, und wenn diesen Brotwucherern ein Strich durch die Rechnung gemacht würde, so wäre das nur zu begrüßen.

Die Hungersnotpreise, wie sie bestehen, sind ein Unglück für die arbeitenden Massen. Es ist ein fluchwürdiges Verbrechen, wenn die Regierung unter den bestehenden Umständen das Mittel verweigern wollte, um dieses Unglück zu lindern, und es wäre Verrat am Volke, wenn der Reichstag die gerechte und dringende Forderung der Vertreter der Arbeit ablehnen wollte. — Wir werden sehen, ob die Herren die Stirn haben den Wahnsinn zu sanktionieren, der darin liegt, daß in der Zeit der Not dem Volke noch ein Tribut auferlegt und ihm das Brot über alle Maßen verteuert wird.

• • •

Zum selben Thema wird uns noch geschrieben:

Lügen haben kurze Beine.

Die „Agrarische Korrespondenz" stellt die kühne Behauptung auf, eine Aufhebung des Zolles würde den Preis des Getreides nicht herabdrücken. Als Beweis führt sie an: „Bei Roggen ist der Preis für Mai 1909 verglichen mit Mai 1908 an keinem anderen Markt der Welt so stark gesunken wie in Berlin und bei Weizen ist der Preis an allen Märkten stärker gestiegen als in Berlin." Das ist rund heraus gelogen. Die „A. K." stellt nämlich ganz bewußt die Preise jener Plätze zusammen, für die ihre Behauptung zutrifft und unterschlägt die anderen Angaben. Nach ihrer Zusammenstellung — sie beruft sich auf die monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel — war der Weizenpreis im Mai 1909 höher als im Mai 1908

in Berlin . . .	um 39	Mark	pro	Tonne
„ Wien	„ 55	„	„	„
„ Pest	„ 52	„	„	„
„ Amsterdam . .	„ 48	„	„	„
„ Chicago . . .	„ 41	„	„	„
„ New York . .	„ 44	„	„	„

Die „Agrarische Korrespondenz" unterschlägt folgende Angaben aus der gleichen Quelle:

in Berlin . . .	um 39	Mark	die	Tonne
„ Odessa	„ 7	„	„	„
„ Riga	„ 15	„	„	„
„ London . . .	„ 30	„	„	„
„ Liverpool				
Manitoba II	„ 18	„	„	„
La Plata .	„ 36	„	„	„
Australier .	„ 30	„	„	„
„ Buenos Aires	„ 31	„	„	„
„ Paris	„ 28	„	„	„

Es ist eben eine bekannte Tatsache, daß in Nordamerika die Vorräte erschöpft sind, Oesterreich aber eine ganz besondere Ausnahmestellung in diesem Jahre einnimmt (Mißernte und Mobilisierung!). Zu versorgen ist Deutschland mit Weizen für dieses Jahr nur noch aus Argentinien, Australien und Rußland. Hier sehen wir aber die Preise weniger stark steigen als am Berliner Markt. Die „A. K." hat frech gefälscht.

Das gleiche beim Roggen. In Berlin ist der Roggenpreis um 11 M. niedriger als im Vorjahre, in Odessa um 19 M.

Ferner rechnet das Blatt heraus, daß unter Berücksichtigung der Fracht, der Weizenpreis in Berlin „nur" um 35 M. höher sei als in Amsterdam und „nur" um 33 M. höher als in New York. Die Rechenkünste, die dabei angewendet werden, sind sehr eigenartig. Es wird z. B. die Fracht von New York nach Berlin mit 17 M. gerechnet. Nun kostet die Fracht von New York nach Hamburg 4,40 M. pro Tonne, die Eisenbahnfracht allerdings 14 M. Indessen könnte die „A. K." auch die Fracht nach den Eilguisätzen oder nach den Portosätzen für Postpakete berechnen, dann käme noch etwas Schöneres heraus. Gewöhnlich verfrachtet man aber Getreide auf dem Wasserwege und dann kostet es von Hamburg bis Berlin nicht mehr als 5 M. pro Tonne, also von New York bis Berlin gegen 10 M. (die Sätze schwanken beständig). Somit wäre der Preis in Berlin nicht um 33, sondern um volle 40 M. höher als in New York.

Abermals wird der Vergleich mit den Preisen in russischen und argentinischen Häfen sorgfältig vermieden.

In Odessa war der Weizenpreis 186 Mark; rechnet man die Fracht von Odessa bis Berlin mit 12 Mark, so ergibt sich für Berlin ein Preis von 198 Mark, also um 61 Mark niedriger als er in Wirklichkeit war. Ebenso stellt sich der Preis des argentinischen Weizens auf höchstens 202 Mark inklusive Fracht. Tatsächlich war also die Differenz zwischen dem Berliner Preise und dem Preise an ausländischen Plätzen, von denen aus Berlin versorgt werden kann, größer noch als der Zoll!

Zuguterletzt noch eines: die „A. K." konnte in der amtlichen Quelle, auf die sie sich beruft, folgende Zusammenstellung finden: In Danzig war im Mai 1909 der Preis für Weizen „zum freien Verkehr" 256 M. pro Tonne, dagegen für un-

verzollten 185 M. Also verzollte Ware um 71 M. höher als unverzo ! Das dürfte genügen!

Die „A. K." meint, es könnten die Agrarier der Suspendierung der Zölle ruhig zusehen, da sie kein Getreide mehr zu verkaufen hätten. — Das stimmt nicht ganz, denn tatsächlich halten in Ostelbien die Großgrundbesitzer noch jetzt Roggen zurück zu spekulativen Zwecken. Indessen irrt das Blatt, wenn es meint, die sozialdemokratische Interpretation bezwecke Suspendierung der Zölle und Einfuhrscheine nur bis zur nächsten Ernte. Keineswegs! Wir würden das im Gegenteil für ganz verkehrt halten. Schon jetzt wird ja auf Teufelholen das Getreide, das noch auf dem Halm steht, verkauft und die Berliner Notierung für Herbstlieferung ist unheimlich hoch — 230 M. Wird also nicht vorgebaut, dann erleben wir abermals, daß das einheimische Getreide sofort ins Ausland geht, damit die Spekulanten die Exportprämie einheimsen können und im Winter dann eine noch tollere Preistreiberei eintritt. Daher wäre, meinen wir, das einzig richtige, die Zölle so lange zu suspendieren, bis der Preis auf ein bestimmtes Niveau, etwa entsprechend der Liverpooler Notierung, herabgegangen ist, oder aber bis zur Ernte 1910. Die Einfuhrscheine müssen sofort abgeschafft werden.

Das wäre das Minimum dessen, was im Volksinteresse zu verlangen wäre. Wir werden ja sehen, was die Regierung und die bürgerlichen Parteien dazu zu sagen haben.

Zur Krise.

Bülow erweist sich auch in seinem Sturze als ein tüchtiger Desorganisator. Sein jämmerliches Verhalten, wo es die Tat galt, hat endlich auch Leuten die Augen geöffnet, die den leeren Prahlereien seiner Reden sonst gerne gelauscht haben. Mit Redensarten über die Regierungsautorität wird man uns wohl eine Zeitlang etwas weniger behelligen.

Aber der Kanzler ist nicht allein der Mann, der auch anders kann. Die feierliche Erklärung Sydows, daß ohne die Erbschaftssteuer die Finanzreform weder zustande kommen kann, noch zustande kommen wird, war ja ausdrücklich im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben. Man sieht also, daß den Erklärungen der verbündeten Regierungen ebensowenig Gewicht beizulegen ist, wie denen des Fürsten Bülow. Ganz richtig sagt darüber in der „Liberalen Korrespondenz" der freisinnige Abgeordnete Mommsen, indem er die Auflösung des Reichstages verlangt als die einzige Möglichkeit für die Regierung, aus ihrer unhaltbaren Position herauszukommen:

„Der Reichskanzler für seine Person kann sich der unglaublich schiefen Stellung, in die er durch diesen Frontwechsel kommt, nach einigen Wochen dadurch entziehen, daß er aus seinem Amte scheidet; aber die Erklärungen, die er, die der Staatssekretär und die Minister der Einzelstaaten abgegeben haben, waren doch abgegeben im Namen der verbündeten Regierungen. Diese können doch nicht zurücktreten, und ihr Ansehen, das Ansehen des Bundesrats ist mit einer solchen politischen Schwenkung, die erfolgt ohne den Versuch eines Kampfes, für immer dahin; keine Partei, mag sie links oder rechts oder in der Mitte stehen, kann es noch wagen, in ernsten Zeiten sich für eine solche Regierung — mag der Reichskanzler heißen, wie er will — einzusetzen, denn sie hat ja nicht den Schatten einer Autorität mehr, nachdem sie bei so schwerwiegendem Anlaß sich gegen ihre bessere Sachkenntnis einer unsachlich handelnden Mehrheit gefügt und es — wie die „Norddeutsche Allgemeine" so schön sagt — dieser Mehrheit überlassen hat, ihrerseits Reformvorschläge für die abgelehnte Erbschaftssteuer und für die unannehmbaren Steuervorschläge der Rumpfkommission zu machen."

Den Konservativen ist dieser Zusammenbruch der Regierungsautorität, über die sie ja in Kürze wieder selbstherrlich verfügen werden, sichtlich unangenehm und mit verhaltener Wut führt die „D. Tag.-Ztg." dem Kanzler zu Gemüte, daß er durch seinen Rücktritt Veranlassung zu der Meinung gegeben habe, er hätte nach parlamentarischen Grundsätzen gehandelt. Nach der Meinung der „D. Tag.-Ztg." ist nämlich die Herrschaft einer Parlamentsmajorität, die ihren Willen so rücksichtslos durchzusetzen weiß wie der schwarze Block im preußischen Landtage und im Reichstage, keine Majoritätsherrschaft, sobald die Minister sich ihr bedingungslos unterwerfen. Wenn aber ein Minister die Tatsache der Majoritätsherrschaft dadurch offenkundig macht, daß er vom Amte zurücktritt, so begeht er nach der „D. Tag.-Ztg." die Sünde wider den preußischen Geist, der es erfordert, daß die Diktatur der konservativ-klerikalen Reaktion vor den beschränkten Untertanen von einer angeblich über den Parteien stehenden Regierung verhüllt werde. Was die Junker fordern, erscheint als Gesetzesvorlage der Regierung, deren staatsmännische Weisheit zu preisen dann als nationale Pflicht gilt. Daß dieser alte Schwindel endlich auch dem Dümmsten nicht mehr vorgemacht werden kann, empfinden die Demagogen vom Bunde der Landwirte als unliebsame Geschäftsstörung.

Im übrigen wird eifrig zwischen dem Fürsten Bülow, den verbündeten Regierungen — der Bundesrat und der Kanzler sollen sich, was zur allgemeinen Konfusion noch beiträgt, durchaus nicht mehr in Uebereinstimmung befinden — und dem schwarzen Block verhandelt. Auch die Nationalliberalen sucht man zu „positiver Arbeit" heranzuziehen. Die Konservativen möchten nämlich sehr gern, daß die Nationalliberalen sich durch die Mitwirkung an den Steuerattentaten kompromittieren, um ihnen das erhoffte Wahlgeschäft möglichst zu verderben. Vorläufig sind die Nationalliberalen noch nicht auf den Leim gekrochen. Die „Natlib. Korresp." veröffentlicht folgende Erklärung:

„Es finden sich in der Presse Andeutungen, wonach mit den Nationalliberalen behufs Anschlusses an den schwarzen Block verhandelt wird. Wir stellen fest, daß bei den maßgebenden Stellen der nationalliberalen Partei von solchen Versuchen, die Partei von ihrem wohlerwogenen und fest eingenommenen Standpunkte abzubringen, nichts bekannt ist. Wir nehmen an, daß solche Versuche auch unterbleiben werden, da sie gänzlich aussichtslos sind. Die Partei wird mit der erfreulichen Einmütigkeit, die ihre Aktion bisher ausgezeichnet hat, ihren Weg weiter gehen. Sie bedauert gewiß, daß die Finanzreform eine Ausgestaltung erhalten hat, die ihr die Zustimmung unmöglich macht. Sie muß es aber nach Ablehnung der Erbschaftssteuer dem neuen Block überlassen, diese sogenannte Finanzreform allein nach seinen Intentionen zu Ende zu führen."

Das ist also eine scharfe Absage. Aber dadurch, daß die Liberalen für die neuen Steuern nicht stimmen wollen, haben sie ihre Pflicht noch lange nicht erfüllt. Es ist kein Zweifel, daß die verbündeten Regierungen — Bülow scheidet als selbständige politische Potenz vollständig aus und ist nur der Mittelsmann zwischen den Herren v. Heydebrand und Spahn und dem Bundesrat — an Steuern nehmen werden, was ihnen nach einigem Feilschen der schwarze Block bewilligen wird. Dieses Kompromiß wird aber mit möglichst größter Eile zurecht gemacht werden und dann soll das Ganze in zwei Wochen durchgepeitscht werden. Das wäre eine ungeheure Vergewaltigung, der schärfster Widerstand entgegengesetzt werden muß. Wir sind begierig, die Energie kennen zu lernen, die die Liberalen in- und außerhalb des Parlaments aufwenden werden, um diese Vergewaltigung unmöglich zu machen.

Eine Budgetdebatte.

Aus Wien wird uns vom 26. geschrieben:

In neun Sitzungstagen hat das Abgeordnetenhaus die zweite und dritte Lesung des Finanzgesetzes zuwege gebracht. Das wäre, da es sich doch um die Bestimmung des Staatshaushaltes für einen großen Staat, um zweieinhalb Milliarden Einnahmen und Ausgaben handelt, eine Kraftleistung auch in normalen Staaten. Aber ihre Ungewöhnlichkeit ist angesichts des Wesens des österreichischen Staates, das sich naturgemäß auch im Budget widerspiegelt, noch weit größer, denn der österreichische Staat zeitigt nicht bloß die Probleme, die die kapitalistische Gesellschaft ausmachen, also wirtschaftliche, politische und soziale Fragen, sondern er ist unausgesetzt bedrängt von den Grundfragen des Zusammenlebens der auseinanderstrebenden Völker. Es ist also jede lokale, anscheinend unbeträchtliche Sache in die nationale Farbe getaucht, und die Budgetdebatte muß der Tummelplatz für nationale, also Teilfragen werden, die scheinbar jedes Zusammenhanges entbehren. Zu dieser allgemeinen Schwierigkeit eines zusammenfassenden und begrenzenden Erledigens des Etats, der eine schier unermeßliche Fülle von Wünschen, Beschwerden und Anregungen hervorbringt, kommt aber noch eine besondere Schwierigkeit: die Größe des Hauses und die Unzahl seiner Parteien. So ist im österreichischen Abgeordnetenhause eine der schwersten Fragen die Zusammensetzung der Rednerliste geworden. Nach der Geschäftsordnung kommen die Redner in der Reihenfolge zu Worte, in der sie sich melden, und zufolge Mehrheitsbeschlusses kann die Debatte geschlossen werden, worauf die vorgemerkten Redner kontra und pro ihre Generalredner zu wählen haben, die noch zu Worte gelangen. Praktisch aber würde das bedeuten, daß über die Reihenfolge erstens der nackte Zufall entscheidet, und zweitens, daß die kleinen Parteien mundtot werden. Denn da die Reihenfolge der Redner angesichts der Zahl der sich gleichzeitig Meldenden ausgelost werden muß, so muß sich jede Fraktion die Plätze in der Reihenfolge dadurch zu sichern suchen, daß sie womöglich ihre gesamten Mitglieder als Wortmeldende einträgt. Da die Debatte nach einer bestimmten Dauer abgeschnitten werden muß (sonst würde sie infolge der modernen Redelust endlos währen), so könnten nach dem Gesetze der Wahrscheinlichkeit die kleinen Parteien nur durch einen glücklichen Zufall zum Worte gelangen. Nun gibt es aber im österreichischen Abgeordnetenhause eine Unmasse kleiner Parteien und Parteisplitter — sie fangen bei drei Mitgliedern an — und nebstdem eine Anzahl „Wilder", die jede für sich eine Partei repräsentieren (weil sie in keiner untergebracht werden könnten). Wie war also die Aufgabe zu lösen, erstens in neun Sitzungen die Budgetdebatte zum Abschluß zu bringen — das Finanzgesetz muß, da das halbjährige Budgetprovisorium Ende Juni abläuft, am 1. Juli fix und fertig sein und muß vorher noch das Herrenhaus passieren — und zweitens allen Parteien in einem gleichmäßigen Schlüssel das Wort zu verschaffen? Das geschah folgendermaßen: Die gesamte Budgetdebatte wurde mit einer bestimmten Anzahl von Stunden präliminiert, diese Gesamtzeit wurde auf alle 516 Abgeordneten verteilt, so daß auf jeden neun Minuten entfielen. Jeder Partei wurden also soviel mal neun Minuten eingeräumt, als sie Mitglieder hat, wobei noch für ganz kleine Parteien ein Extrakontingent geschaffen wurde. So wunderlich diese Rechnung nach Stunden und Austeilung nach Minuten erscheinen wird: sie war durch die ganz eigenartige Struktur des österreichischen Parlaments bedingt und hat sich kraft der Autorität der Obmännerkonferenz (Seniorenkonvent) vollauf bewährt. Sie zeigt freilich, wie schwer das Arbeiten im Parlamente des Nationalitätenstaates ist und beweist, daß es Fragen aufwirft, von denen sich andere Parlamente gar nichts träumen lassen. Allerdings mußte das Haus eine Woche wahrer Robot auf sich nehmen: die Tagessitzungen dauerten von neun Uhr morgens bis oft nach Mitternacht, und ein zwölfstündiger Arbeitstag war das Minimum. Deshalb kann das Abgeordnetenhaus die Fertigstellung des Budgets wohl als eine Bekräftigung seiner Lebensenergie buchen.

Das charakteristische Merkmal der Etatsdebatte war auch in Oesterreich dasselbe, das der Moloch Militarismus allen Staaten bescheert: die Erkenntnis, daß alle Hilfsquellen aufgebraucht sind und das Defizit in drohender Nähe steht. Das Wachstum der Ausgaben in den letzten Jahren veranschaulichen folgende Zahlen: Während nach den Zentralrechnungsabschlüssen von 1900 bis 1906 die Ausgaben jährlich um ungefähr 28 Millionen gestiegen sind, stiegen sie im Jahre 1907 um 192 Millionen. Während nach den Präliminarien von 1900 bis 1906 die Ausgaben sich im Jahresdurchschnitt um 38 Millionen steigern, springen sie im Jahre 1906/07 um 262 Millionen, im Jahre 1907/08 um 79 Millionen und im heurigen Jahre um 148 Millionen in die Höhe. In diesen drei Jahren beträgt daher die Steigerung ungefähr das Vierfache dessen, was sie im Jahresdurchschnitt von 1900 bis 1906 betragen hat. Außerdem aber wurde im Jahre 1907 das Präliminare um 186 Millionen überschritten. Mit Recht hat der Abgeordnete Urban in der Expansion der Ausgaben den Beweis gesehen, daß die Lebensführung des Staates überhaupt auf einen zu großen Fuß gestellt ist. Seit dem Jahre 1900 hat sich die österreichische Staatsschuld ungefähr um eine Milliarde vermehrt; sie hat jetzt den Betrag von rund 10 Milliarden erreicht. Im nächsten Jahrfünft werden aber weitere Beträge die Staatsschuld belasten. Zunächst die Anleihe, die zur Deckung der Kosten für die Einverleibung mit Bosnien im Betrage von 300 Millionen aufgenommen werden muß. Dazu kommen ferner die maritimen Auslagen für die neuen Schlachtschiffe im Betrage von 150 Millionen. Die dritte Post sind die Eisenbahninvestitionen. Der frühere Eisenbahnminister hat ein Programm vorgelegt, worin er 600 Millionen beansprucht, und nach Abrechnung der im heurigen Budgetjahre gemachten Investitionen verbleiben noch etwa 350 Millionen. Dazu kommen die Kosten für die Kanäle, die mit 400 Millionen veranschlagt wurden; für das Bauerfordernis im nächsten Jahrfünft kann man wohl 300 Millionen einstellen. Wenn man ferner die bereits bewilligten Kredite von 225 Millionen dazu rechnet, die für unterschiedliche Investitionen gebraucht und für welche jüngst Schatzscheine ausgegeben wurden, so kommt man zu einem Betrage von 1325 Millionen, um welche sich die österreichische Staatsschuld im nächsten Jahrfünft vermehren wird. Schlimmer noch als diese Lasten ist das Ergebnis, das sich aus der Betrachtung der laufenden Gebarung ergibt; es wird auf zweihundert siebzig bis dreihundert Millionen geschätzt, so daß der Bilinskische Steuerplan, der etwa zweihundert sechzig Millionen Kronen neue Einnahmen vorsieht, lange nicht ausreichen würde, da doch ein erklecklicher Teil für die verkrachten Landesfinanzen benötigt wird. Daß also auf der österreichischen Finanzwirtschaft ein schwerer Nebel von Sorgen lastet, vor der der Glanz der Großmacht in nichts zerstiebt, ergibt sich aus diesen erschrecklichen Ziffern von selbst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni 1909.

Das wandlungsfähige Zentrum.

Die „Köln. Volkszeitung" hat dieser Tage versichert, das Zentrum habe gegen die Erbschaftssteuer aus rein sachlichen Gründen gestimmt, keineswegs aus Haß gegen Bülow, noch aus der Gier nach der Macht. „Der Kanzler mochte heißen, wie er wollte, die Erbanfallsteuer wäre für das Zentrum unannehmbar gewesen", versicherte mit biedermännischer Miene das führende Zentrumsblatt vom Rhein. Und die übrige Zentrumspresse singt ihren geduldigen Lesern dasselbe beruhigende Liedlein vor.

Was diese „rein sachlichen Bedenken" des Zentrums wert sind, das zeigt die folgende Zusammenstellung, die wir in der „Magdeburger Zeitung" finden:

Am 29. März 1900 erklärte Abg. Gröber, als es sich um die Deckung der Mittel für die Durchführung des Flottengesetzes handelte:

„Man bedürfe noch einer Ergänzungssteuer, die wohl nur in der Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer gefunden werden könne. Eine Reihe von technischen Schwierigkeiten, die der Erbschaftssteuer entgegenstanden, seien durch das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigt worden, und sie habe den Vorteil, alle gleichmäßig zu treffen. Aus der Ausdehnung auf die Deszendenten würden sich kolossale Summen erzielen lassen."

Im Jahre 1905 schrieb die „Köln. Volkszeitung" in Nr. 512, die Erbschaftssteuer mit Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten sei eine sozialgerechte Steuer, da sie eine gerechte Verteilung der Lasten bewirke.

Im Jahre 1906 verteidigte dasselbe Blatt den Antrag des Zentrumsabgeordneten Fritzen auf Einführung der Erbschaftssteuer, indem sie hervorhob, daß der Widerspruch aus landwirtschaftlichen Kreisen gegen den Antrag im allgemeinen verstummt sei, nachdem man erkannt habe, daß der Bauernstand durch denselben nicht getroffen werden kann.

Zum Beweise dafür, daß man sich keineswegs in allen ländlichen Kreisen den Bedenken, die in Westfalen und vorübergehend auch am Rhein geäußert wurden, anschließe, führte sie die Tatsache an, daß auf der Generalversammlung des christlichen Bauernvereins in Unterfranken der Zentrumsabgeordnete Gerstenberger unter lebhaftem Beifall der Versammlung für den Antrag Fritzen eingetreten war.

Als dann kurz darauf der Abg. Dr. am Zehnhoff die Heranziehung der Erbanfälle zwischen Ehegatten, Eltern und Kindern schon bei einem Erbanfall von 10 000 M. beantragt hatte, bezeichnete die „Köln. Volkszeitung" diesen Vorschlag als einen glücklichen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Erbschaftssteuervorlage, den die Regierung und die Parteien freudig begrüßen sollten. Gleichzeitig sah sie in der ablehnenden Haltung der „Kreuzzeitung" und der „Deutschen Tageszeitung" gegenüber dem Antrage am Zehnhoff, „taktische Mätzchen des Bundes der Landwirte".

Der Zentrumsabgeordnete Speck trat am 9. Januar 1906 ebenfalls für die Einführung der Erbschaftssteuer im Reichstage ein, indem er erklärte:

„Die sittliche Berechtigung des Reiches, die Erbanfälle zu einer Einnahmequelle zu gestalten, wird man wohl nicht bestreiten können."

Daß auch die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene Nachlaßsteuer keineswegs von vornherein der „Kölnischen Volkszeitung" als unannehmbar erschienen ist, geht aus ihrer Nr. 807 von 1908 hervor, in der sie schrieb:

„Die als Ergänzung der Erbschaftssteuer geplante Nachlaßsteuer ist vom Standpunkt des Fiskus eine geniale Idee. Sie ist, das muß man zugeben, keine direkte Steuer, da sie nicht von den Lebenden entrichtet wird, sondern vom Nachlaß des Verstorbenen."

Daran, daß sich auch die Zentrumsabgeordneten Dr. Heim und Erzberger wiederholt für die Einführung der Erbschaftssteuer ausgesprochen haben, sei nur erinnert.

Eine Wandlung der Anschauungen machte sich erst bemerkbar, als das Zentrum Anfang April dieses Jahres an eine Verständigung der Blockparteien über die Erbschaftssteuer glaubte. Da trat die „Kölnische Volkszeitung" für „Befreiung kleiner Erbschaften, mäßige Heranziehung mittlerer, stärkere Belastung großer und namentlich ganz großer Erbschaften" ein. Und der Abgeordnete Trimborn erklärte auf einer am 15. April 1909 in Köln abgehaltenen Zentrumsversammlung, vor die Entscheidung zwischen Nachlaßsteuer und einer auf Eltern und Kinder ausgedehnten Erbschaftssteuer gestellt, würde er der Erbschaftssteuer den Vorzug geben.

„von den anderen Gründen abgesehen, schon deshalb, weil die Nachlaßsteuer stets zu gleichen Prozentsätzen erhoben wird, gleichviel, ob nur ein oder mehrere Erben vorhanden sind, während die Erbschaftssteuer je nach der Größe der Erbportionen und unter Berücksichtigung sämtlicher Verhältnisse sich individuell gestalten läßt."

Und angesichts dieser Tatsache wagt es die Zentrumspartei, zu behaupten, daß ihre Stellungnahme zur Erbschaftssteuer nur durch „rein sachliche" Erwägungen bestimmt worden sei! Bestimmend sind allein parteitaktische Erwägungen gewesen."

Diese gravierende Zusammenstellung enthält noch lange nicht alles, was zur Charakterisierung der Haltung des Zentrums zur Finanzreform zu sagen ist. Das liberale Blatt ist, weil die Liberalen in diesem Punkte selbst nicht hasenrein sind, stillschweigend darüber hinweggegangen, daß das Zentrum zu einem Zeitpunkte, da das Zustandekommen des Werks durch den konservativ-liberalen Block im Bereich der Möglichkeit erschien, plötzlich die Forderung aufstellte, daß die Hälfte der 500 Millionen neuer Steuern dem Besitz auferlegt werden müsse, eine Forderung, die sofort spurlos in der Versenkung verschwand, als das Zentrum die Aussicht erlangte, selber das Werk zu vollenden.

Das Zentrum hat skrupellos die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute geopfert, indem es die Erbschaftssteuer ablehnte und für Erhöhung des Kaffee- und Teezolles, für

Streichholz- und Seifensteuer u. a. m. stimmte, lediglich, um wieder Regierungspartei zu werden. D. h. es hat die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute den Interessen des katholischen Adels und der katholischen Bourgeoisie geopfert, deren Sprößlinge guter Karriere sicher sind, sobald dem Zentrum wieder die Regierungssonne lächelt.

Volksprotest.

Ueberall im Reiche regt es sich im Proletariat und Kleinbürgertum zum Protest gegen die „Finanzreform" des schwarzen Blocks, gegen das Weiterwursteln des Reichskanzlers, gegen die Flucht der Reichsregierung vor den Wahlen. Am Montag tagten in Bremen sieben überfüllte Versammlungen, die scharfe Protestresolutionen annahmen und die Reichstagsauflösung forderten. In Leipzig fanden drei riesig besuchte Versammlungen statt; gewaltigen Besuch hatte auch eine Versammlung zu verzeichnen, die in Altenburg tagte. Ueberall konnte festgestellt werden, daß ein derartiger Massenbesuch lange nicht mehr zu verzeichnen war, und die Versammlungen ließen außerdem erkennen, daß man in den Massen förmlich darauf brennt, mit der Regierung und mit den bürgerlichen Parteien Wahlabrechnung zu halten.

Ein Ausfuhrverbot für Brotgetreide.

Die schlesischen Bäckermeister haben auf ihrem Verbandstage in Schweidnitz eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, durch gesetzliche Maßnahmen die Ausfuhr von Brotgetreide einzuschränken und die Gültigkeit der Einfuhrscheine von sechs auf drei Monate herabzusetzen. Die Bäckermeister behaupten, daß sie dem Ruin entgegengehen müßten, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden sollten.

Der Hansabund für die Reichstagsauflösung.

Die Scherlpresse verbreitet ein Interview, das der Vorstand des Hansabundes, Geheimrat Dr. Rießer, einem ihrer Vertreter gewährt hatte. Aus dem langen Sermon ist zu entnehmen, daß der Hansabund bestimmt auf eine Auflösung des Reichstages rechnet. Indes wird gewünscht, daß die Auflösung dann so erfolgen möge, daß die Neuwahlen erst Ende September erfolgen. Der provisorische Präsident des Hansabundes versicherte, daß ein Sturm der Begeisterung durch Deutschland gehen würde, sobald Neuwahlen ausgeschrieben würden, und diese Begeisterung dürfte den jetzigen Mehrheitsparteien des Reichstages sicherlich nicht von Vorteil sein.

Ein Sturm der Begeisterung wird allerdings bei Neuwahlen durch die Lande gehen. Ob er aber die Segel des Hansabundes schwellen wird, der mit der Schröpfung der Massen durch 400 Millionen Verbrauchssteuern durchaus einverstanden ist, das muß sich erst ausweisen. Ob übrigens alle Mitglieder des Hansabundes der Meinung ihres Präsidenten sind? Von Herrn Kirdorf ist's kaum anzunehmen — die ihm nahestehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung" fürchtet die Auflösung wie der Teufel das Weihwasser.

Die Allmacht der Landräte.

Man weiß, daß in Preußen die Landräte regieren, deren bloßes Vollzugsorgan die preußische Regierung ist. Die Landräte sind entweder selbst Junker oder gesellschaftlich so eng mit den Junkern verbunden, daß sie sich durchaus als deren Interessenvertreter fühlen. Das sah man schon bei der Kanalvorlage und das konnte man jetzt auch bei der Erbschaftssteuervorlage beobachten. So schreibt man der „Tägl. Rundschau" aus dem Osten:

„Es gibt hier Landräte, die sich in erster Linie zur politischen Freundschaft mit den agrar-konservativen Großgrundbesitzern hingezogen und verpflichtet fühlen, auch wenn sie selbst weder Ar noch Halm besitzen. Sie sagen sich vermutlich: der Reichskanzler, der Schatzsekretär und der preußische Finanzminister von heute können morgen durch anders denkende Männer ersetzt sein; die Gesinnung unserer agrarischen Freunde wird aber stets dieselbe bleiben, und da sie in der Bevölkerung unserer Kreise das vornehmste Element sind, so halten wir unentwegt zu ihnen. Die von den Landräten mehr oder weniger abhängigen Kreisblätter haben vielfach sich mit allen Kräften bemüht, gegen die Erbschaftssteuer Stimmung zu machen, statt ihre Leser im Sinne der Regierung darüber aufzuklären. Landräte und Kreisblätter tragen daher bei uns in Ostelbien häufig die Schuld, wenn diese Steuer falsch beurteilt wird. Ja es ist sogar erreicht worden, daß hier und da die Meinung aufgekommen ist, im Grunde wolle die Reichsregierung selbst von dieser Steuer nichts wissen, und was von ihren Vertretern im Reichstage geredet werde, sei eitel Spiegelfechterei!"

Die Beseitigung der Landratsallmacht wäre eine der wichtigsten und dringendsten Reformen! Dazu wäre einerseits die Wahlreform in Preußen notwendig, da jetzt ein großer Teil des Dreiklassenlandtages einfach durch den Landrat ernannt wird; andererseits eine durchgreifende Verwaltungsreform. Aber die preußische Regierung, diese Landräte höchster Rangsklasse, ist ja selbst das schlimmste Hindernis für notwendige Reformen.

Konsequente Nationalliberale.

Die hessische liberale „Wochenschrift" erklärt, daß eine demnächst zusammentretende Vertrauensmännerversammlung der hessischen Nationalliberalen nachdrücklich fordern werde, die Abgeordneten v. Heyl zu Herrnsheim, Graf Oriola und Haas, die bei der Abstimmung über die Erbschaftssteuer gefehlt haben, sollten aus der nationalliberalen Fraktion austreten und sich dem Abgeordneten Lehmann-Jena anschließen.

Ob es die hessischen Nationalliberalen wirklich zu solcher Konsequenz bringen werden? Bisher haben die Nationalliberalen, in Hessen wie im Reich, überhaupt an diesem Artikel keinen Ueberfluß gehabt.

Ein nationalliberaler Höriger des Bundes der Landwirte.

Dieser Tage wurde mitgeteilt, daß die nationalliberale Partei im pfälzischen Reichstagswahlkreis Neustadt-Landau den Weingutsbesitzer Franz Buhl-Deidesheim als Kandidaten für die Ersatzwahl am 20. Juli aufgestellt habe. Buhl, der auch bayerischer Landtagsabgeordneter ist, zählt zu jener Sorte Liberalen, die mit dem Bunde der Landwirte durch dick und dünn gehen und auf dessen Programm eingeschworen sind. Das ist dann auch für die freisinnigen Vertrauensmänner die Veranlassung gewesen, in jener Sitzung gegen die Aufstellung dieses sich nationalliberal scheltenden Bauernbündlers zu protestieren und sich eine definitive Entscheidung vorzubehalten. Der „Pfälzische Kurier", das Bündlerorgan, triumphiert. In seiner letzten Nummer vom 28. Juni sagt das Bündlerblatt, daß der Kandidat sich verpflichten müsse: 1. das wirtschaftliche Programm des Bundes der Landwirte anzuerkennen; 2. im Fall eine neue Erbschaftssteuer eingebracht würde, derselben nur dann zuzustimmen, wenn diese Steuer nicht auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt wird.

Auch diesem Verlangen werden sich die famosen „Liberalen" der Pfalz fügen. Sie werden es tun, wenngleich die nationalliberale Reichstagsfraktion ihre Mitglieder auf die Erbschaftssteuer verpflichtete. Auf ein wenig mehr oder weniger Zerfahrenheit kommt es bei den Nationalliberalen ja nicht mehr an.

Schweiz.

Eine Niederlage der sozialen Reaktion.

Bern, 28. Juni. (Eig. Ber.) Bei der gestrigen Volksabstimmung, an der sich aber nicht einmal ein Drittel der Stimmberechtigten, nämlich nur 31 712, beteiligten, ist die Verschlechterung (es handelte sich dabei um die Beseitigung des obligatorischen Achtuhr-Ladenschlusses und der zehnstündigen Nachtruhe für Arbeiterinnen) des erst seit 1. Juli 1908 in Kraft stehenden Arbeiterinnenschutzgesetzes mit 20 841 gegen 10 871 Stimmen verworfen worden, so daß das Gesetz unverändert in Kraft verbleibt. Selbst das Berner Oberland, dessen Krämer, Hoteliers und Mittelstandsleute aller Art die Urheber des Verschlechterungsfeldzuges waren, hat die freche Zumutung abgelehnt, so daß also die Mehrheit auch dieses Kreises nicht hinter den grundsätzlichen Arbeiter- und Volksfeinden steht.

Die Ablehnung der Verschlechterung des Arbeiterinnenschutzgesetzes durch die Zweidrittelmehrheit der Stimmenden bedeutet aber nicht nur eine wuchtige Niederlage der rücksichtslosen Profitmacher, sondern auch der Regierung des Kantons Bern und der großen Mehrheit des Großen Rates, die beide zu verächtlichen Handlangern des skrupellosesten Ausbeuter- und Scharfmachertums herabgesunken sind. Diese Clique hatte vor der Volksabstimmung damit gedroht, daß sie im Falle der Verwerfung der Verschlechterung auf die gänzliche Wiederabschaffung des Arbeiterinnenschutzgesetzes hinwirken werde. Nachdem sie nun eine wuchtige Niederlage mit der teilweisen Verschlechterung des Gesetzes erlitten haben, wird ihnen wohl die Lust dazu vergehen, gleich das ganze Gesetz abzuschaffen.

Die erfolgreiche Abwehr des unverschämten Attentates der sozialen Reaktion ist das Verdienst der sozialdemokratischen Partei und ihres Organs, der „Bern. Tagw.", die eine noch nie dagewesene intensive und extensive Agitationsarbeit im ganzen Kanton entfalteten und nun als schönsten Lohn einen glänzenden Sieg ernteten.

Frankreich.

Die geeinigte Partei und der Zarenbesuch.

Paris, 29. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die französische sozialistische Partei rüstet sich, dem Zaren, dem sich die herrschenden Radikalen ganz in der Weise ihrer Vorgänger zu Füßen legen werden, den Empfang zu bieten, den die Meinung der arbeitenden Massen ihm zubilligt. Die parlamentarische Fraktion wird gemeinsam mit der Administrativkommission ein Manifest an das französische Volk herausgeben. Auch sollen zwei große Protestversammlungen unter Teilnahme von Deputierten stattfinden.

Die Interpellation über die allgemeine Politik.

Paris, 27. Juni. (Eig. Ber.)

Die Debatte über die allgemeine Regierungspolitik, die mit einer Attacke der Reaktionäre gegen die parlamentarische Republik begonnen hatte, wurde gestern mit einer Rede Jaurès in großem Stil fortgesetzt. Unser Genosse sprach vier Stunden und er mußte übermüdet den Abschluß auf den nächsten Freitag verschieben. Seine Ausführungen fanden oft den allgemeinen Beifall der Kammer, die über der hinreißenden Form und dem idealistischen Feuer der Rede die kritische Schärfe mancher Stellen nicht ungern übersah. Jaurès sprach über das gesunkene Ansehen des Parlaments und über die Abwendung der führenden Geister der Nation von der Politik, aber auch über die willkürliche, fahrige Politik Clemenceaus und den politischen Verrat der Radikalen. Hierbei trat das Vertrauen auf eine Kooperation der Linken, das sich Jaurès trotz aller Erfahrungen der letzten Zeit bewahrt hat, in anklagenden Worten zutage. Doch erklärte der Redner gerade heraus, daß an eine Erneuerung der Blockpolitik nicht zu denken sei. Daß die Rede die politische Wiedergeburt der bürgerlichen Demokratie fördern wird, ist nicht zu erwarten und auch die Situation der Regierung Clemenceau, die die Majorität im Netze der Korruption und des Eigeninteresses festhält, ist anscheinend von keinem Erwachen des demokratischen Enthusiasmus bedroht. Wenn das Ministerium noch um die Klippe der Marineskandale, deren Diskussion am Donnerstag beginnt, herumkommt, darf es darauf rechnen, sich bis zu den Wahlen zu halten und den „Volkswillen" mit Präfektenhilfe zu dirigieren.

Marineskandale.

Paris, 29. Juni. Aus Lorient wird gemeldet, daß unter der Mannschaft des Nordgeschwaders starke Erregung herrsche, weil auf einigen Schiffen den Leuten teils verdorbene, teils unzureichende Nahrung verabreicht worden sei. Die Mannschaft des Panzerschiffes „Marseillaise" habe lärmenden Einspruch dagegen erhoben und sich 24 Stunden geweigert, irgend welche Nahrung zu sich zu nehmen. Seitens des Oberbefehlshabers des Geschwaders sei eine Untersuchung angeordnet worden.

Der Streik der Seeleute.

Paris, 29. Juni. Infolge des von neuem proklamierten Ausstandes der Marseiller Seeleute richtete der Ausschuß des Reederverbandes an die Minister der Marine und des Handels ein Schreiben, in dem er gegen die Führer des Syndikats der eingeschriebenen Seeleute den Vorwurf der Gesetzesverletzung erhebt.

Türkei.

Parlamentarisches Regiment.

Konstantinopel, 29. Juni. Die Deputiertenkammer beendete heute die zweite Lesung der Verfassungsrevision und nahm den Artikel an, nach dem die Einberufung des Parlaments sofort erfolgen muß, wenn der Sultan außerhalb der Sessionszeit das Kabinett absetzt.

Die Kretafrage.

Konstantinopel, 29. Juni. Die Pforte hat vorgestern an ihre Botschafter eine Zirkularnote gerichtet, in der sie erklärt, sie habe den Eindruck, daß die Schutzmächte die in letzter Zeit den Kretern gemachten Konzessionen als wohlerworbenes Recht betrachten wollten, während die Pforte immer energisch dagegen protestiert habe, weil diese Konzessionen eine offene Verletzung ihrer Souveränität bildeten. Die Pforte müsse auf ihrem Standpunkt bestehen und hoffe, daß die Schutzmächte bei den Verhandlungen, die zur Feststellung der Form der der Insel zu gewährenden Autonomie geführt werden sollten, die oben erwähnten Konzessionen nicht beachten würden. Die Pforte bemerkt weiter, sie sei unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Kammer, die wegen der fortgesetzten Verletzungen ihrer Rechte erbittert seien, entschlossen, die Rechte der Türkei auf Kreta zu behaupten. Wenn die Schutzmächte auf dem Beschluß beständen, den sie gefaßt zu haben schienen, werde das Prestige des neuen türkischen Regimes, das noch auf eine wohlwollende Mitwirkung der Großmächte rechne, merklich leiden. Schließlich fordert die Note die Botschafter auf, ihre patriotischen Bemühungen darauf zu richten, den Kabinetten zum Bewußtsein zu bringen, daß die Pforte unbedingt genötigt sei, jeden Vorschlag abzuweisen, der Griechenland gestatten würde, sei es auch indirekt, an den kretischen Angelegenheiten teilzunehmen.

Amerika.

Eine Einkommensteuer.

Washington, 28. Juni. Senator Aldrich hat im Senat eine Resolution eingebracht, die ein Amendement zur Verfassung betreffend die Schaffung einer Einkommensteuer vorschlägt. Die Resolution ist im Sinne der jüngsten Botschaft des Präsidenten Taft gehalten.

Aus der Partei.

Im eigenen Heim.

Die „Görlitzer Volkszeitung" siedelt am 1. Juli in das der Genossenschaft „Arbeiterdruckerei" gehörige Grundstück über. Zur Errichtung der Druckerei stehen zirka 80 000 Mark zur Verfügung, die in knapp neun Monaten von den Genossen aufgebracht worden sind. — Die Genossenschaft will die Vorarbeiten derart fördern, daß sie spätestens am 1. April 1910 den Druck der „Volkszeitung" übernehmen kann.

Gemeindewahlsieg.

In Rheinau (Baden) siegten unsere Genossen bei der Gemeindewahl in der dritten Wählerklasse mit 160 Stimmen gegen 125 Stimmen, die der bürgerliche Kuddelmuddel auf sich vereinigte. Bei der letzten Wahl vor 3 Jahren hatten wir 105 und die Gegner 100 Stimmen.

Die sächsische Landeskonferenz ist vom Zentralkomitee für Sachsen zum 22. August und folgende Tage nach Zittau einberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Das sächsische Gemeindewahlprogramm (Referent: Genosse Schulze-Cossebaude), die Landtagswahl (Ref.: Genosse Fleißner) und die Reichsfinanzreform (Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Geyer).

Das Organisationsstatut.

Der Sozialdemokratische Verein für Frankfurt a. M. nahm am Mittwochabend zu dem neuen Organisationsentwurf Stellung. Parteisekretär Dittmann, der Mitglied der vom Nürnberger Parteitag eingesetzten Kommission ist, referierte. Er verteidigte im allgemeinen die Fassung des Entwurfes.

In der Diskussion meinte Parteisekretär Wittich, mit der Angliederung der weiblichen Mitglieder habe man keinen guten Griff gemacht. Der Beitrag für unverheiratete und verheiratete weibliche Mitglieder müßte verschieden sein. — Arbeitersekretär Heiden erhob Bedenken gegen den § 12. Es könnten sich Situationen ergeben, die die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags notwendig machten, dann würde ein einziges Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission (nach dem § 12 muß ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden) es in der Hand haben, die Abhaltung zu verhindern. Auch die Bestimmung, daß auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bezw. Landesorganisationen ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist, sei keine glückliche Fassung. Süddeutschland wäre da nie in der Lage, die Einberufung durchzusetzen. Die Paragraphen über den Ausschluß enthielten Mängel. Es werde nicht gesagt, ob bei den Schiedsgerichtsbeschlüssen einfache oder Zweidrittelmehrheit entscheidet und ob bei Einlegung von Berufung gegen ein Schiedsgerichtsurteil auf Ausschluß der Betreffende während der Berufungsfrist und bis zu dem Entscheid des Parteitages noch weiter Mitglied ist. — Genossin Schultze verteidigte die Bestimmung, daß weiblichen Mitgliedern eine Vertretung im Vorstande gewährt werden müsse. — In seinem Schlußwort besprach Dittmann die erhobenen Einwürfe. Bei den Schiedsgerichtsbeschlüssen solle einfache Majorität entscheiden.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Entwurf soll noch in den Distriktsversammlungen beraten, und später sollen eventuell Anträge gestellt werden.

Unsere Toten.

Hermann Husemann, ein verdienter Bielefelder Parteigenosse, ist dieser Tage im Alter von 52 Jahren gestorben. Seit Ende der 80er Jahre war er in der Bielefelder Arbeiterbewegung tätig. Wie er da unterm Sozialistengesetz seinen Mann stand, so auch später: in der Partei- und in der Gewerkschaftsbewegung. Er war Bibliothekar, Kassierer und Bevollmächtigter der Metallarbeiter und seit 1907 Mitglied des Bielefelder Stadtverordnetenkollegiums.

Ein alter braver Parteigenosse, der Bauarbeiter **Johann Dührkop**, ist am Sonntagabend in Lübeck, 55 Jahre alt, gestorben. Dührkop war seit einem Menschenalter für die Partei tätig und bekleidete mehr als 25 Jahre hindurch den Posten eines Distriktsführers. Sein Hauptagitationsfeld war das Landgebiet, auf dem er unermüdlich wirkte.

Ihr 50jähriges Jubiläum erlebten diesen Sommer drei Arbeiterorganisationen in der Schweiz, und zwar der Allgemeine Arbeiterbildungsverein Schaffhausen, der Internationale Arbeiterverein Horgen und der Allgemeine Arbeiterverein Wil. Die ersteren beiden haben ihre Jubiläumsfeiern schon abgehalten, der Wiler Verein begeht sie am 18. Juli. Alle drei Vereine, die in der Hauptsache deutsche und österreichische Arbeiter als Mitglieder haben, leisteten im verflossenen halben Jahrhundert viel für die Förderung des sozialistischen Gedankens und hatten in der Erfüllung dieser hohen Aufgabe manche schweren Kämpfe durchzuführen. Wir wünschen den drei Jubilaren auch fernerhin erfolgreiche Wirksamkeit und fortschreitende Erstarkung!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Opfer falscher Berichterstattung ist der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse Hey, geworden. In der Nummer vom 5. März d. J. wurde berichtet, daß ein beim Infanterie-Regiment Nr. 58 in Rendsburg als unsicher eingezogener Musketier wegen harter Behandlung bei einer Schießübung den Hauptmann auf dem Schießstande in den Fuß geschossen habe. Später stellte sich das Unzutreffende dieser Mitteilung heraus; der Berichterstatter hatte der Redaktion unverantwortlicherweise ein in Rendsburg kursierendes Gerücht als vollendete Tatsache mitgeteilt! Die „Volkszeitung" brachte sofort ohne Aufforderung an hervorragender Stelle und mit besonders fetter Schrift einen Widerruf. Trotzdem erfolge Anklage, und der bisher unbestrafte Genosse Hey wurde am Dienstag wegen „Beleidigung" des Hauptmanns zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen beantragt.

Zwei gekränkte Stadtverwaltungen.

Die Justiz sitzt unserem Chemnitzer Parteiorgan in letzter Zeit schwer im Nacken. So erhielt Genosse Bartels acht Anklagen, nachdem vor ihm Genosse Müller gepiesackt war. Um wie nichtige Sachen sich die Justiz bemüht, zeigte die jüngste Verhandlung, in der sich Genosse Bartels wegen angeblicher Beleidigung zweier Stadtverwaltungen zu verantworten hatte. Zunächst wurde die auf Antrag des Chemnitzer Rates erhobene Anklage verhandelt. Die Stadt ist beim Kauf der Straßenbahn schwer hereingefallen. Das erste Betriebsjahr brachte statt des erhofften Ueberschusses ein großes Defizit. Nun soll der Fahrpreis verteuert werden! Das hatte die „Volksstimme" scharf glossiert. Genosse Bartels wurde unter Berücksichtigung seiner Vorstrafen wegen Beleidigung durch die Presse zu sechzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Noch schwerer hereingefallen ist der Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal, dem es eine Notiz der „Volksstimme" in derselben Nummer angetan hat. Anläßlich von Vergiftungserscheinungen, die bei einer großen Anzahl von Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch aufgetreten waren, hatte die „Volksstimme" mehr Sorgfalt bei der Untersuchung verlangt. Das war alles! Hier glückte der Wahrheitsbeweis und es erfolgte Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Angestellten des Wach- und Schließinstitut Berlin

befinden sich in einer gewaltigen Erregung. Für den außerordentlich schwierigen und anstrengenden Dienst werden nicht nur bei dieser Gesellschaft recht minimale Löhne gezahlt. Dieselben betragen bei der Einstellung monatlich 75 M., nach einmonatlicher Tätigkeit 80 M., nach sechsmonatlicher 85 M., nach einem Jahr 90 M., nach drei Jahren 100 M. und nach fünfjähriger Tätigkeit 120 M. Diejenigen Angestellten, die die Funktion eines Oberwächters versehen, erhalten zu dem Monatslohn eine Funktionszulage von 5 M. monatlich

Jedem Wächter wird beim Eintritt seiner Tätigkeit eine Kaution von 30 M. abverlangt. Der Wächter hat, wenn er seinen Dienst aufgeben will, drei Tage vorher zu kündigen; für die Direktion hat diese Bestimmung keine Bedeutung. Die beim Eintritt sofort zu zahlende Kaution erhält der Wächter erst 4 Wochen nach Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder zurück.

Für die gelieferte Dienstkleidung werden dem Wächter monatlich 3 bis 3,50 M. in Abzug gebracht. Doch geht die Kleidung später nicht in den Besitz des Wächters über, sondern bleibt Eigentum der Gesellschaft; nur die Hose, die der Wächter aber mit 10 M. bezahlen muß, wird sein Eigentum. Eine freie Nacht hat der Wächter während des ganzen Jahres nicht; will er Urlaub oder eine freie Nacht haben, so werden ihm die Kosten für die Aushilfe vom Lohne abgezogen.

Das Strafsystem steht im Berliner Nachtwachwesen in hoher Blüte. Etwas ganz Besonderes leistet sich hierin das „Wach- und Schließinstitut Groß-Berlin". Für jede Kleinigkeit werden Strafen in Anrechnung gebracht. So kommt es häufig vor, daß einzelne Wächter monatlich bis zu 15 M. Strafe zu entrichten haben, welche ohne lange Widerrede vom Lohne abgezogen werden. Selbst das „nicht vorschriftsmäßige Grüßen der Vorgesetzten" wird mit 50 Pf. bis 1 M. bestraft.

Die Arbeitszeit der Wächter beträgt im Sommer 8 und im Winter 9 Stunden. Der Dienst der Separatwächter beträgt die Nacht 12 Stunden. Die Separatwächter erhalten für die längere Arbeitszeit monatlich eine Entschädigung von 5 M. Ergibt sich, daß im Wachrevier etwas in Unordnung gerät, so hat der Wächter dies bei Tage zu regeln, jedoch ohne dafür eine Vergütung zu verlangen. Zu Anfang des Monats sind die Abonnementsquittungen zu kassieren. Hierfür erhält der Wächter eine Entschädigung von einer ganzen Mark.

Abonnenten, die am Kassierungstage nicht bezahlen, hat der Wächter später wieder zu besuchen, erhält jedoch hierfür keinerlei Entschädigung mehr.

Ist im Revier während der Nacht etwas vorgekommen, was der Wächter am anderen Morgen melden muß, so kommt es fast ständig vor, daß der Wächter stundenlang warten muß, um seinen Bericht abgeben zu können.

Die Behandlung durch die Vorgesetzten läßt im allgemeinen recht viel zu wünschen übrig. Werden von den Wächtern Beschwerden vorgebracht, so wird ihnen im Kommandoton der Mund verboten, reden sie gegen das Verbot weiter, so laufen sie Gefahr, körperlich gezüchtigt zu werden!

Ein derartiger Fall hat sich erst am Donnerstag, den 24. Juni, im Bureau des Wach- und Schließinstituts Groß-Berlin abgespielt, wo ein Wächter nach einem kurzen Wortwechsel von dem Oberkontrolleur Heiligeist derartig geohrfeigt wurde, daß er sich nachher genötigt sah, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen! Eine Anzahl von Angestellten, die sich über dieses Vorgehen aufhielten, wurden später — natürlich unter Angabe anderer oder gar keiner Gründe — entlassen.

Natürlich haben diese Vorkommnisse eine allgemeine Empörung hervorgerufen, die sich leider nur in Worten Luft machen kann, da die Leute nur zum geringen Teil organisiert sind. Soweit sie es sind, gehören sie dem Verband der Transportarbeiter an, der sich auch kräftig ihrer Angelegenheiten annehmen will. Er kann dies aber nur, wenn sie ihrerseits aus den Vorkommnissen die richtige Lehre ziehen und sich der Organisation anschließen.

Kündigung des Tarifs der Kartonnieter.

Die Kartonnieter hielten am Montag bei Lutter in der Weinstraße eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab, um zu der notwendig gewordenen Revidierung ihres Tarifvertrags Stellung zu nehmen. Der Referent Schade schilderte die Entwickelung des Tarifverhältnisses der Branche. Der Nietertarif, der für die Postkartonfabriken gilt, ist das erstemal im Jahre 1903 zustande gekommen. Er galt damals bis Ende 1905, wurde jedoch dann von neuem abgeschlossen, und zwar für die Zeit bis zum 30. September 1908. Im vorigen Jahre nahmen die Nieter mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von der Kündigung des Tarifes Abstand, dessen Gültigkeitsdauer sich danach um ein Jahr verlängerte. Es hatte sich schon lange herausgestellt, daß der Tarif sehr verbesserungsbedürftig ist, daß er an Unübersichtlichkeit leidet und auch infolge Veränderungen der Technik nicht mehr seinem Zweck entspricht. Im übrigen erscheint es dringend notwendig, daß die Zuschneider und Arbeiterinnen der Postkartonbranche mit in das Tarifverhältnis einbezogen werden, schon um das unleidliche Verhältnis zu beseitigen, daß diese beiden Gruppen vielfach eine längere Arbeitszeit haben als die Nieter. Hierüber sowie über die aufzustellenden Forderungen soll in einer späteren Versammlung entschieden werden. Vorläufig handelte es sich nur um die Frage, ob der bestehende Nietertarif gekündigt werden sollte, was drei Monate vor Ablauf, also zum 1. Juli, geschehen muß. Da nun die notwendige Revidierung des Tarifes ohne Kündigung kaum erreichbar sein wird, weil die Unternehmer sich in solchem Falle schwerlich zu eingehenden Tarifberatungen geneigt zeigen werden, ist die Kommission nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung die Kündigung zu empfehlen.

In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, sprachen sich sämtliche Redner in demselben Sinne aus. Es waren die Nieter und teilweise auch die Zuschneider von 22 Firmen anwesend, während für den Tarif bisher 18 Firmen in Betracht kamen. Die Versammlung beauftragte die zuständigen Instanzen, die Kündigung einzureichen.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! In Genf (Schweiz) stehen die Former und Gießereiarbeiter im Streik. Wir ersuchen Arbeitsangebote nach dorthin abzulehnen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gürtler! In Gablonz in Böhmen stehen die Kollegen einer Lustrefabrik im Streik. Wir ersuchen den Zuzug nach dorthin fernzuhalten und keine Arbeitsangebote anzunehmen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kieler Magistrat

hat sich in einer Sitzung am 28. Juni wieder mit dem Streike der städtischen Arbeiter beschäftigt. Das Resultat dieser Verhandlung ist eine Bekanntmachung, die am Dienstagmorgen die bürgerlichen Blätter und die Anschlagsäulen Kiels ziert. Danach sollen für die infolge des Streiks in den städtischen Betrieben nur vorläufig oder noch nicht besetzten Stellen endgültig Arbeitskräfte angenommen werden. Bevor hierzu Personen herangezogen werden, die noch nicht im städtischen Dienste gestanden haben, soll den städtischen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, in diesen Betrieben Beschäftigung nachzusuchen. Die Anmeldung hierzu soll jedoch spätestens bis zum 3. Juli erfolgen.

Der Magistrat motiviert diese Bekanntmachung damit, daß unter den Ausständigen eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitern sich befinde, die nicht aus freiem Willen, sondern nur schweren Herzens und unter dem Einflusse eines von überzeugten Anhängern des Streikgedankens auf sie ausgeübten Druckes die Arbeit niedergelegt haben. — Dieses Gerede wird allein durch die Tatsache widerlegt, daß nur 98 Arbeiter in den Streik getreten sind, die übrigen 400 aber vom Magistrate ausgesperrt wurden. Zu diesen 400 sind am letzten Sonnabend noch zirka 50 Arbeiter des Bauamtes und der Stadtgärtnerei, die gekündigt waren, entlassen worden.

Die Streikenden und Ausgesperrten sehen in der Bekanntmachung des Magistrats nur einen Schreckschuß, der aber seine Wirkung verfehlen dürfte.

•

In gemeiner Weise werden jetzt die Streikenden sogar der — Brandstiftung (!) beschuldigt. Wolffs Telegraphenbureau meldet:

Kiel, 29. Juni. Heute nacht ist ein großer **Vorratsschuppen der städtischen Straßenreinigungsanstalt** vollkommen niedergebrannt. Am Vormittag fand man bei den Aufräumungsarbeiten die **verkohlte Leiche eines Mannes.** Da den Arbeitswilligen der Straßenreinigungsanstalt in letzter Zeit mehrfach Drohbriefe (!) zugegangen sind, **nimmt man an, daß Brandstiftung vorliegt.**

Ein Berliner Sensationsblatt meldet sogar:

„Das Nebenwerk der städtischen Poudrettefabrik ist nachts vollständig abgebrannt. Es wurde Brandstiftung durch streikende Arbeiter festgestellt, die das Werk vorher mit Petroleum begossen hatten."

Ist die Meldung des Wolffschen Bureaus richtig, so liegt die Möglichkeit vor, daß Obdachlose oder Arbeitswillige in dem Schuppen genächtigt haben. Unter allen Umständen dürfte eine Unvorsichtigkeit der in dem Schuppen mit oder ohne Zustimmung der Behörden Nächtigenden in Frage kommen. Haben sich aber in der Tat Arbeitswillige in dem dort offenbar nicht zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gelaß befunden, so kann der Kieler Magistrat die Mitschuld an dem etwaigen Tode eines derselben nur schwer von sich abwälzen. Selbst Arbeitswillige haben schließlich Anspruch darauf, in einigermaßen sicheren und menschenwürdigen Gelassen untergebracht zu werden.

Militärmusiker als Arbeitswillige.

In Liegnitz streiken bekanntlich die Zivilmusiker der fünf größten Etablissements. Die Wirte wandten sich hilfesuchend an die Kapelle des dort garnisonierenden Königl. Grenadier-Regiments, die sich denn auch zu Aushelferdiensten bereit fand. Die Kapelle der Dragoner in Lüben, an die sich die Wirte ebenfalls wandten, stellte zwar keine Musiker, der Kapellmeister aber vermittelte den Wirten eine Zivilkapelle. Auf ein am Sonnabend von der Streikleitung an den Kriegsminister abgesandtes Beschwerdetelegramm lief nach 2½ Stunden folgende Antwort ein:

„Ihre telegraphische Eingabe habe ich dem General-Kommando in Posen, als der zuständigen Behörde, zur Prüfung und Bescheidung übersandt. Kriegsminister."

Verhindert aber ist es nicht worden, daß die Militärmusiker die Stellen der streikenden Zivilmusiker besetzten, sie spielten vielmehr am Sonntag zur Tanzmusik auf.

Und weiter Soldaten als Streikbrecher.

Auf Drängen der Saarbrücker Scharfmacher im Baugewerbe haben die Bauunternehmer von Saargemünd weitere Arbeiter sofort entlassen und an deren Stelle Soldaten erhalten! Am 26. Juni wurden auf zwei Neubauten in Saargemünd acht Soldaten des Infanterie-Regiments 22 gezählt, die nicht wußten, daß sie Streikbrecherarbeit verrichteten! Sie gaben an, nicht kommandiert, sondern vom Feldwebel zur Arbeit beurlaubt zu sein. Die Bauunternehmer sind in die Kantine gekommen, haben dort mit dem Feldwebel verhandelt, worauf die Unternehmer gefragt hätten, ob Maurer vorhanden seien, die Lust hätten, einige Zeit in der Stadt auf Neubauten auszuhelfen. Darauf haben sich einige der Soldaten gemeldet. Sie sind dann sofort in Arbeit getreten.

Die Arbeitsbrüder in der Kaserne werden also ohne Wissen zum Verrate ihrer Arbeitskollegen in Zivil mißbraucht, was in diesem Falle noch um so härter zu verurteilen ist, weil in Saargemünd die Bauarbeiter nicht streiken, sondern die Unternehmer ausgesperrt haben, weil es der Verband der Saarbrücker Scharfmacher so will. Diese Scharfmacher selbst beschäftigen auf ihren Bauten so viel Streikbrecher, als sie nur bekommen können, nutzen dafür aber den auswärtigen Bauunternehmern zu, ihre Arbeiter zu entlassen und dafür dann Soldaten einzustellen. — Von Wichtigkeit wäre auch noch zu erfahren, ob der betreffende Feldwebel hier eigenmächtig gehandelt hat, und was die Militärbehörde zu tun gedenkt, derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Ausland.

Neue Massenaussperrungen in Schweden.

Am Sonnabend hat die Schwedische Arbeitgebervereinigung den Beschluß der Papiermassefabrikanten gutgeheißen, in dieser Industrie vom 5. Juli ab eine allgemeine Aussperrung zu veranstalten, weil bei einer Firma — „Skutskärs Sulfit- och Sulfatfabrik" — seit Anfang Juni gestreikt wird.

Am selben Tage beschloß die Schwedische Wege- und Wasserbauarbeitgebervereinigung ebenfalls eine allgemeine Aussperrung. Sie soll am 12. Juli durchgeführt werden. Auch in diesem Fall will man die streikenden Arbeiter einer Firma — „Väston Dalälfwens Kraftaktiobolag" — durch die Aussperrung zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen. — Die beiden Aussperrungen werden ungefähr 12 000 Arbeiter treffen.

Der Streik in Südwales.

Gestern fand in Cardiff eine Sonderkonferenz von Delegierten aller Distrikte des vom Bergarbeiterverband von Südwales abhängigen Grubenbezirk statt. Ihr Verlauf ließ die Lage noch schwieriger erscheinen, als bisher, da eine Arbeitsniederlegung jetzt allgemein als unvermeidlich betrachtet wird. Der Parlamentsabgeordnete Abraham, der den Vorsitz führte, gab der Ansicht Ausdruck, es könne wohl ein Weg zur Lösung der Schwierigkeiten gefunden werden, wenn aber ein Bruch eintreten sollte, so wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß er nur von kurzer Dauer sein werde. Es würde im Gegenteil einer der längsten und hartnäckigsten Arbeitskämpfe der Geschichte werden.

Soziales.

Unternehmerwillkür.

Der Perlmuttschleifer Mucikat hat nach 7monatlicher Beschäftigung in der Perlmutterwarenfabrik Paul Hinze, Berlin S., Schinkestraße 8-9, am 12. Juni die Arbeit niedergelegt, weil ihm bei einer Arbeit, die er in Akkord ausführen sollte, der Lohn gekürzt worden war. Die Lohnherabsetzung wurde ihm erst bekanntgegeben, nachdem er von den 35½ Dutzend in Arbeit befindlichen Perlmutterstäben bereits 3 Dutzend fertig hatte. Bisher hatte er 35 Pf. pro Dutzend erhalten; jetzt sollte es nur noch 25 Pf. geben. Er erhob Einspruch gegen die Lohnherabsetzung, stellte aber die Arbeit fertig. Bei dem Rixdorfer Gewerbegericht klagte M. auf Zahlung der Differenz von 3,55 M. Außerdem forderte er Rückzahlung der ihm in Abzug gebrachten Strafgelder von 9,40 M. und Zahlung eines weiteren Lohnbetrages von 80 Pf., der ihm für eine zerbrochene Kreissäge in Abzug gebracht war. Die Klage kam gestern zur Verhandlung. Der Beklagte wandte ein, der Lohn richte sich stets nach dem Material; bei gutem Material habe der Arbeiter leichteres Arbeiten und werde dann ein geringerer Preis gezahlt als bei schlechterem Material. Der Kläger legte dar, daß er zu der Arbeit Material von guter und geringerer Qualität verwenden mußte, weil das gute Material nicht ausreichte. Die Strafgelder seien ihm wegen Zuspätkommens in Abzug gebracht. Er sei kränklich und befinde sich fortgesetzt in ärztlicher Behandlung. Dadurch sei er am pünktlichen Erscheinen zur Arbeit gehindert. Die ihm trotz seiner Entschuldigungen auferlegten Strafen seien also unberechtigt. Der Beklagte will nur dann eine Strafe festgesetzt haben, wenn eine triftige Entschuldigung fehlte. Durch die Beweisaufnahme war eine völlige Klärung der Rechtslage nicht zu erzielen. Das **Gericht** sprach dem Kläger die Hälfte seiner Lohnforderung und der in Abzug gebrachten Strafgelder sowie den Lohnabzug für die Kreissäge, insgesamt 7,10 M., zu.

Erwähnt sei noch aus der Beweisaufnahme, daß, obwohl die Strafen unnachsichtlich verhängt und beigetrieben wurden, die Firma einem Arbeiter, der sich eine Blutvergiftung zugezogen hatte, den aus der Strafgelderkasse zu zahlenden Krankenzuschuß von 2 M. vorenthalten hat.

Bedauerlich ist, daß das Gericht den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs unbeachtet ließ, der jeden Abzug, auch den der sogenannten Strafen, für unberechtigt erklärt, solange der Jahresverdienst nicht 1500 M. übersteigt.

Die Gewerbegerichtswahl in Hannover-Stadt

hat zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem stattgefunden. Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer erhielten die Kandidaten der Handwerkskammer 1371, die des Gewerkschaftskartells 250 Stimmen. Auf erstere entfallen 20, auf letztere 4 Beisitzer. Bei der Wahl der Arbeiterbeisitzer erhielten die freien Gewerkschaften 7488 Stimmen und 22 Beisitzer, die christlichen und Kellnervereine 650 Stimmen und 2 Beisitzer. Wie sehr die Christlichen ihre Mitglieder zur tätigen Wahlarbeit ermutigt haben, ersieht man aus dem Eifer des christlichen Arbeiters Grunau, der nicht nur für sich, sondern auch noch für drei seiner Kollegen die Stimmzettel abgab. Zum Unglück für seine Partei wurde er beim viertenmal erwischt. Was würden die bürgerlichen Zeitungen für ein Geschrei erheben, wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter solche Dummheit begangen hätte?

Aus Industrie und Handel.

Die Krise auf dem Metallmarkt.

Die „Statistischen Zusammenstellungen über Blei, Kupfer usw." enthalten Angaben über Mengen und Wert der Weltproduktion, denen wir folgende Ziffern entnehmen:

Erzeugung	1907	1908
Blei Tonnen . . .	984 300	1 052 500
Kupfer „ . . .	703 000	738 900
Zink „ . . .	738 400	722 100
Zinn „ . . .	97 700	106 500
Aluminium „ . . .	19 800	18 100
Nickel „ . . .	14 100	12 800

Preis	1907	1908
Blei pro Tonne Pfd. Sterl.	19. 1. 10	18. 10. 5
Kupfer „ „ „ „	87. 1. 08	60. 0. 6
Zink „ „ „ „	23. 16. 9	20. 3. 6
Zinn „ „ „ „	172. 12. 9	133. 2. 6
Aluminium Kilogr. Mark	3,50	1,75
Nickel „ „	3,50	3,25

Demnach ist die Erzeugung bei Zink, Aluminium und Nickel zurückgegangen, während Zinn, Kupfer und Blei für 1908 größere Produktionsmengen aufweisen. Gesunken ist aber der Preis aller Metallsorten. Minimal ist die Preissenkung bei Nickel, relativ am stärksten bei Aluminium. Hier war jedoch nicht lediglich die Krise wirksam; der Sturz ist vorwiegend die Rückwirkung einer übertriebenen Syndikatspreispolitik. Die Preise waren infolge internationaler Abmachungen so stark hinaufgetrieben worden, daß der lockende Gewinn die Anlage neuer, nicht den Abmachungen beitretender Werke veranlaßte, die im freien Angebot den Preisrückgang herbeiführten. Im übrigen reflektiert die Preisbewegung die Veränderung am Weltmarkt.

Preisermäßigung für Koks.

Wenige Tage beschäftigte sich eine von Interessenten beschickte Konferenz mit der Kokspreisfrage. Die reinen Zechen halten eine Ermäßigung von 3—4 Mark pro Tonne für notwendig. Mit solcher Forderung kollidiert das Interesse der Hüttenzechen, denn die geforderte Preisermäßigung würde die reinen Hochofenwerke gegenüber den gemischten Werken konkurrenzfähiger machen. Von dieser Seite will man nur einen Preisabschlag von 1,50 bis 2 Mark zugestehen. Und das nur dann, wenn sämtliche Außenseiten des Syndikats sich ebenfalls dem Vorgehen anschließen. Um darüber Verständigung herbeizuführen, beschloß die erwähnte Konferenz, zu einer neuen Aussprache, die am 5. Juli erfolgen soll, die in Betracht kommenden Outsider einzuladen.

Vom Kohlenmarkt. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." in ihrem Monatsbericht über den Kohlenmarkt mitteilt, hat sich die Lage wenig geändert, und läßt speziell die Hoffnung auf eine Besserung vorerst nicht aufkommen.

Abnahme des Schweineauftriebs.

Vergleichen wir den Auftrieb an Schweinen an 40 der wichtigsten Viehmärkte Deutschlands in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit dem der Parallelzeit der Vorjahre, so ergibt sich folgendes Bild. Es wurden aufgetrieben (Stück):

1906	1 613 584
1907	2 244 882
1908	2 316 556
1909	2 093 238

Demnach war der diesjährige Auftrieb nicht allein wieder niedriger als 1908, sondern bleibt sogar noch hinter dem von 1907 zurück. Die Abnahme gegenüber 1908 beläuft sich auf annähernd 10 Proz. Auch im Mai hielt sich der Auftrieb in engen Grenzen und war niedriger als 1908. Die Bewegung des Schweineauftriebs ist um so beachtenswerter, als der Auftrieb sowohl von Rindern als von Schafen eine Zunahme gegenüber 1908 aufweist; der Kälberauftrieb ist nur wenig zurückgegangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bergarbeiter-Generalstreik in England?

London, 29. Juli. (W. T. B.) Der nationale Bergarbeiterbund hielt heute in London eine Konferenz ab, um die Frage zu erörtern, wie die Bergarbeiter in Wales in ihrem Streike mit den Bergwerksbesitzern zu unterstützen seien. In der Konferenz wurde **einstimmig ein Beschluß gefaßt, die Walliser Bergarbeiter, wenn nötig, durch Erklärung des Generalstreiks zu unterstützen.** Sodann vertagte sich die Konferenz, um zu ermöglichen, daß eine Abstimmung aller Bergarbeiter im ganzen Lande über diese Frage vorgenommen werde.

Abdul Hamids Spargroschen.

Konstantinopel, 29. Juni. (W. H.) Der stellvertretende Direktor der Deutschen Bank Reef ist heute hier eingetroffen. Seine Ankunft hängt mit der Ausfolgung der von Abdul Hamid bei der Deutschen Bank hinterlegten Depots, die sich **nur auf 700 000 Pfund (zirka 13 Millionen Mark) belaufen**, zusammen. Nach Erledigung einiger Formalitäten dürfte die Auszahlung des Geldes in Saloniki in Gegenwart Reefs und eines Zeugen an den Exsultan erfolgen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, 29. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Zur Vorberatung der Vorlage wegen Ankaufs größerer Geländeflächen in der Feldmark Heiligensee ist vor der Sitzung noch ein Ausschuß gewählt worden; diesem gehören auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Basner, Hintze, Dr. Weyl an.

Ueber die Petition des Verwalters Trapp, Britzer Straße 19, um Rückerstattung der für das Grundstück Kottbuser Straße 48/50 gezahlten 461,16 M. Kanalisationsgebühren wird heute, nachdem inzwischen festgestellt ist, daß das betreffende Grundstück tatsächlich an die Berliner Kanalisation angeschlossen ist, Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Referent ist der Stadtv. **Bruns** (Soz.).

Stadtv. **Leid** (Soz.): Die Angelegenheit fordert zu einigen kritischen Bemerkungen heraus. Der Petent erbittet Rückzahlung der Kanalisationsgebühr, weil das Grundstück nicht an die städtische Kanalisation angeschlossen sei. Darauf erhält er den Bescheid, daß neuere Ermittelungen ergeben hätten, daß dieses Grundstück tatsächlich nicht angeschlossen und die Absetzung der Kanalisationsgebühr für 1908 sowie die Zurückerstattung für 1907 angeordnet sei; weitere Rückzahlungen konnten wegen Verstreichens der Einspruchsfrist nicht stattfinden. Diese Sachlage wurde auch dem Ausschuß bestätigt und letzterer erblickte in der Verweigerung der Rückzahlung der früher ohne Gegenleistung gezahlten Gebühren eine Unbilligkeit und beschloß Ueberweisung zur Berücksichtigung. Als dieser Antrag hier zur Beratung stand, erklärte ein anderer Magistratsvertreter, der Mann sei zu Recht veranlagt, denn das Grundstück sei angeschlossen. Ob diese neuerliche Ansicht die richtige ist, meinte der Ausschuß nicht nachprüfen zu sollen. Daraus ergibt sich doch, daß in den verschiedenen Verwaltungen ganz verschieden gearbeitet wird, sonst wäre jene erste vom Oberbürgermeister unterschriebene Bescheidung nicht möglich gewesen. Bei der Erhebung der Kanalisationsgebühr sollten doch einheitliche Grundsätze befolgt werden.

Stadtrat **Alberti** gibt zu, daß ein Versehen passiert ist.

Die Versammlung beschließt nach dem Ausschußantrage.

Die Petition des Gastwirts und Armenpflegers Adolf Beyer um Ersatz eines Verlustes von 19 M., der ihm durch irrtümliche Hingabe eines Zwanzigmarkstückes statt eines Markstückes entstanden ist, schlägt der Petitionsausschuß dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen vor. Referent ist der Stadtv. **Bruns** (Soz.).

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Mit dem freihändigen Verkauf der beiden Parzellen an der Bärwaldstraße, Ecke Urbanstraße, hat sich der eingesetzte Ausschuß nach längerer Erörterung mit der Maßgabe einverstanden erklärt, daß eine ausspringende Ecke von 40 Quadratmeter dem Grundstück der Badeanstalt zugeschlagen wird.

Nach kurzer Beratung gelangt der Ausschußantrag zur Annahme.

Stadtv. **Stapf** (A. L.) erstattet den Ausschußbericht über folgende Vorlagen:

1. bis 3. Vorentwürfe zu einer Gemeindedoppelschule an der Ibsenstraße, zu einer einfachen Gemeindeschule nebst Steuerannahmestelle auf dem städtischen Grundstück Antonstraße 36/42 und zu einer dreifachen Schulanlage nebst Lehrerwohn- und Standesamtsgebäude auf dem städtischen Grundstück Antonstr. 10/15;

4. betreffend die Errichtung zweier Laternen- und Parkwärterunterkunftshäuschen auf dem Luisen- und Forckenbeckplatz.

5. spezieller Entwurf zum Erweiterungsbau der Volksbadeanstalt an der Schillingbrücke.

6. spezielle Entwürfe zu den zunächst in Angriff zu nehmenden Baulichkeiten der 4. Irrenanstalt in Buch.

Der Ausschuß hat nach eingehender Beratung die sämtlichen Vorlagen genehmigt und den Kostenbetrag von zirka 6 Millionen zu bewilligen empfohlen. In der Erörterung hat die Klage über unzureichende Belichtung der Schulräume wieder eine Rolle gespielt, die Mehrheit hat diesen Einwänden aber keine Berechtigung zuerkannt.

Ohne erhebliche Diskussion werden die Ausschußanträge angenommen.

Auf den Beschluß der Versammlung vom 31. Mai 1906:

„Den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens aber bis vor den Wahlen Ende 1909, eine Neueinteilung der Wahlbezirke 3. Abteilung entsprechend der veränderten Wählerzahl vorzunehmen",

hat der Magistrat endlich unterm 18. Juni cr., und zwar ablehnend geantwortet. Er will die Frage von neuem unter Zugrundelegung der Wählerliste von 1910 in Erwägung ziehen. In dem Bericht der Magistratskommission über die stattgehabten Beratungen wird unter anderem ausgeführt, daß von 48 Bezirken nur 5 wesentlich mehr als 10 000 Einwohner haben (nämlich der 24., 25., 26., 35. und 47. mit resp. 15 972, 14 393, 23 186, 17 374 und 14 908 Wählern) und daß sich bloß dieser Bezirke wegen nicht empfehle, die ganze bestehende Einteilung umzureißen und das Band zwischen den Wählern der bestehenden Bezirke unter sich und mit ihren Vertretern zu zerstören. Die allzu häufige Vornahme solcher Umwälzungen widerspräche auch dem Geiste der Städteordnung. Dieser Bericht ist dem Plenum des Magistrats schon im Februar erstattet worden.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Die Vorlage bietet uns eine Reihe ungewöhnlicher Vorgänge, auf die näher eingegangen werden muß. Besonders zu verwundern ist, daß uns die Vorlage im letzten Moment vor den Ferien zugeht, und um so mehr, als der Magistrat 3 volle Jahre Zeit dazu gehabt hat! Das Ungewöhnliche in der Begründung liegt darin, daß der Magistrat den Bericht seiner Subkommission zur Kenntnis bringt, „ohne sich dessen Argumentationen durchweg zueigen zu machen". Allerdings hätte dieser Bericht so nicht abgefaßt oder mit größerer Gründlichkeit behandelt werden sollen. So viel Druckerschwärze hätte man zu der „historischen" Darlegung usw. nicht verwenden sollen; das war uns ja allen bekannt. In die Einteilung der Wahlbezirke habe die Versammlung eigentlich nichts hineinzureden, wird uns gesagt. Ferner wird hervorgehoben, daß 1896 der Magistrat eine Neueinteilung vorgenommen habe. Letzteres ist damals nicht aus eigener Entschließung des Magistrats geschehen, sondern auf Anregung aus der Versammlung, die einen Ausschuß eingesetzt hatte, der seinerseits ein ganz genaues Tableau ausgearbeitet hat, dem nachher in der Gestalt, die es durch das Plenum erhielt, der Magistrat beigetreten ist. Es ist also ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß auch die Versammlung bei solchen Maßnahmen gehört wird. Der Beschluß von 1906 gründete sich auf die Tatsache, daß eine erhebliche Verschiebung der Wählerzahl vorhanden sei. Damals führte der Referent, Kollege Liebenow, aus, man müsse hoffen, bis 1909 die Sache, auch mit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde, zu Ende zu führen. Damals hatte **der größte Wahlbezirk 19 000, der kleinste 4000 Wähler**, Stadtrat Bohm erklärte mir **im September v. J., die Sache sei eigentlich fertig und bedürfe nur der Beschlußfassung.** Inzwischen wurde die Angelegenheit noch mehrmals angestoßen; dennoch kommt erst heute der Magistrat mit seiner Vorlage! Wenn 1905 die Höchstzahl 19 000 betrug, so sind die Verhältnisse heute noch viel schlimmer geworden. Der Magistrat führt die 5 größten Bezirke an, aber wie es mit den anderen 43 steht, darüber bemerkt er im einzelnen nichts. Schon 1908 hatten 14 Wahlbezirke von 3000—5081, also zusammen nur 63 000 Wähler, während die 5 größten 85 000, also 22 000 Wähler mehr haben! Die acht Bezirke mit höchster Wählerzahl **haben nicht weniger als 118 000 eingeschriebene Wähler**; 24 Wahlbezirke mit unter 6000 Wählern haben zusammen gerade soviel als jene acht! Der allgemeine Durchschnitt beträgt 7500 Wähler für jeden Bezirk. In der 1. Abteilung hatten wir 1908: **1750**, in der 2. **32 211**, in der 3. aber **347 000 Wähler!** Es scheint mir gewissermaßen ein **Akt der Bequemlichkeit** beim Magistrat gewesen zu sein, daß er diese Momente alle unberücksichtigt gelassen hat. Die Neueinteilung der Wahlbezirke ist

ein Gebot der Gerechtigkeit

und, vom politischen Standpunkt aus, unerläßliche Notwendigkeit. Denn die Freisinnigen verlangen ja eine **Neueinteilung der Wahlkreise im Reiche und in Preußen**; dann können sie doch die Ungleichheit in der Berliner Kommune nicht außeracht lassen. Nach statistischen Angaben haben die Mehrheitsparteien im Reichstage, welche die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht haben, nur 4 Millionen, die Minoritätsparteien aber 7 Millionen Wähler hinter sich gehabt. „Hier hat es sich wieder gerächt, daß an dieser Forderung vorübergegangen worden ist," heißt es in einem liberalen Blatt. Das gilt auch für die Kommunen. Von 1908 bis heute hat sich abermals eine Verschiebung geltend gemacht, schon wegen der fortschreitenden Entvölkerung der inneren Stadt. Der Magistrat meint, die großen Bezirke lägen dermaßen an der Peripherie, es möge erst die Bautätigkeit dort zum Abschluß gekommen sein. Wie groß sollen denn die Bezirke noch werden, wie weit diejenigen im Zentrum noch zusammenschrumpfen? Für eine solche politische Auffassung habe ich nicht das geringste Verständnis. Die Versammlung hat

einen Rechtsanspruch

darauf, daß eine Neueinteilung erfolgt. Der Magistrat scheint das ja auch einzusehen, weil er sich mit dem Bericht nicht allenthalben einverstanden erklären will. Die Kommission hätte aber einen viel schärferen Rüffel verdient für eine so schlechte Vorlage, die nach ganzen 3 Jahren an die Versammlung kommt. Wir müssen dem Magistrat sagen, **daß ein solches Verfahren unerhört ist.** (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat **Bohm**: Die abfällige Kritik des Vorredners kann ich ihm von seinem Standpunkt aus gar nicht verdenken. Der Magistrat allein ist durch das Gesetz in dieser Frage zuständig. Der Magistrat hat unter Würdigung aller Verhältnisse nach bestem Wissen seine Entscheidung getroffen und sie Ihnen mitgeteilt. Die neue Einteilung von 1896 ist tatsächlich aus der Initiative des Magistrats entstanden. (Zurufe) . . . Jawohl, er hatte schon jahrelang daran gearbeitet. (Heiterkeit.) Der Magistrat hat allerdings schließlich den anderweiten Vorschlägen der Versammlung beigestimmt. Ob er es in Zukunft wieder tut, kann ich nicht wissen. Der Bestand der Versammlung wechselt doch sehr lebhaft, und wir haben deshalb in dem Bericht ein kleines Exposé über die tatsächlichen und historischen Verhältnisse gegeben. Ich habe bei meinen Aeußerungen immer den Vorbehalt gemacht: „Falls der Magistrat die Neueinteilung beschließt", und diesen Vorbehalt machte ich auch im Februar d. J. Der Magistrat hat die Neueinteilung nicht beschlossen; von „Bequemlichkeit" kann da also nicht gesprochen werden. Die neue Einteilung liegt fix und fertig vor. Die Bezugnahme auf die Verhältnisse im Landtage stimmt nicht; da liegen die Verhältnisse doch anders. Den 85 000 Wählern in den 5 größten Kreisen stehen 282 000 in den anderen 43 gegenüber; hier ist der Unterschied, die Ungleichheit minimal.

Stadtv. **Singer** (Soz.): Wesentliches, Sachliches hat der Stadtrat auf Borgmanns Ausführungen nicht erwidert. Er wiederholte sein Exposé; aber gerade dieses ist **durchaus einseitig.** Freilich, wenn man sich darauf bezieht, daß in 43 Wahlkreisen mehr Wähler sind als in den anderen 5, so hat er recht. Es ist doch ein Nonsens, wenn wir Wahlbezirke von 23 000 gegenüber solchen von nur 3000, 4000, 5000 oder 6000 Wählern haben, von minimalen Ungleichheiten zu sprechen. Der Magistrat hat abgelehnt, weil er durch seine Dezernenten und seine Kommission einseitig, unsachlich unterrichtet worden ist. Der Magistrat sollte zunächst nicht dulden, daß ein Auftrag jahrelang unerledigt bleibt; andererseits ist ganz erklärlich, daß der Magistrat, wenn er einmal eine Kommission eingesetzt hat, nicht noch seinerseits große Prüfungen eintreten lassen mag. Etwas eigentümlich berührt doch die Verwahrung gegen den Bericht, auf Grund dessen der Magistrat seinen Beschluß faßt. (Zustimmung.) Wie dem auch sei, wir tadeln mit Recht, daß der Magistrat **einen mehrere Jahre alten Beschluß der Versammlung in einem Moment beantwortet, wo Remedur nicht mehr möglich ist.** Der Magistrat spricht ja so viel von der „Schwesterbehörde", von der Kollegialität, dem Einvernehmen, welches zwischen beiden Behörden bestehen soll; da ist es doch eine

Rücksichtslosigkeit ersten Ranges,

wenn eine solche Anregung der Versammlung von dem Magistrat jahrelang unbeachtet gelassen wird. Und wenn dann die angeführten Gründe den Tatsachen widerstreiten, so verdoppelt sich dieses Unrecht. Die politischen Prinzipien der Kreise, aus denen sich auch die Mehrheit des Magistrats zusammensetzt, werden durch eine solche Haltung ebenfalls verletzt. Ich kann nur wünschen, daß der Magistrat nun mit aller Energie anfängt zu arbeiten. (Heiterkeit.) Nach unseren Erfahrungen wird ja dabei das Jahr 1911 herankommen; wir wollen nur wünschen, daß dann der Oberpräsident noch Zeit behält, bis November die Neueinteilung zu bestätigen. Die Angelegenheit kann heute nicht damit abgeschlossen sein; wir beantragen Ausschußberatung, um eine richtige Durchberatung zu ermöglichen. Der Magistrat muß dahin gedrängt werden, mit einer **gerechten Wahlkreiseinteilung vorzugehen; das muß geschehen in einer Zeit, wo der Liberalismus es sehr, sehr nötig hat, sein Ansehen zu wahren.** (Unruhe.) Sie begeben sich jeden Rechtes, im Landtag und Reichstag gegen die Konservativen über die vorhandene Wahlkreiseinteilung Beschwerde zu führen, wenn Sie die Dinge in Berlin gehen lassen wie bisher.

Kleines Feuilleton.

Richard Muther †. In einem schlesischen Sanatorium ist am Montag abend Richard Muther an Herzschwäche im Gefolge einer Influenza — 49 Jahre alt — gestorben. Obwohl er die Laufbahn des beamteten Kunsthistorikers eingeschlagen hatte, in der er es trotz seiner glänzenden Fähigkeiten bis zur Professur in Breslau brachte, war er im Grunde alles andere denn ein trockener Fachmann und landesüblicher Hochschullehrer. Muther war der geborene Feuilletonist mit allen Vorzügen und Mängeln. Er schrieb, daß auch der Laie seine Freude daran hatte, er suchte und fand Zusammenhänge zwischen den Bildern und den Menschen. Er sah das soziale Milieu, aus dem die Kunst erwächst (ohne allerdings die Wirtschaftsgeschichte genügend zu berücksichtigen). Anstatt wie die Kärrner das von der Konkurrenz gütigst überlassene Deputatland zu beackern, erforschte er die Entwickelungsgeschichte der gesamten modernen europäischen Malerei, beleuchtete ihre Beziehungen zu Japan und konstatierte die allgemeinen Richtungstendenzen, die die Historisch-Nationalen und Banausen nicht zu erkennen vermochten. Muthers mehrbändige Geschichte der Malerei im 19. Jahrhundert ist die erste und geistvollste Gesamtdarstellung geblieben. Leider ließ er sich durch das Gebelfer der „Fachleute", denen seine glänzende Darstellung, seine Vielseitigkeit, sein Mut zur Synthese naturgemäß mißfiel, abhalten, das Buch in neuer Auflage erscheinen zu lassen. Heute ist das wertvolle Buch darum so teuer geworden, daß es nur noch reiche Bibliophilen erschwingen können.

Muthers wegen war ich in den 90er Jahren nach München gegangen, um bei ihm zu finden, was ich bei den anerkannten Universitätsgrößen vergebens gesucht hatte: Verständnis für die moderne Kunst. Muther hatte auch eine Vorlesung angekündigt, aber er hielt sie nicht. Denn seine Kollegen hatten nachgewiesen, daß er sie nicht genug zitiert habe und aus der europäischen schönen Literatur hier und da Stellen entlehnt habe, um sie zur Charakteristik der Maler und ihrer Werke zu verwenden. Unerhörtes Verbrechen! Schließlich fand der Sünder dann in Breslau doch noch eine Wirkungsstätte. Daneben aber bewies er in Zeitungen und Zeitschriften, daß er der erste deutsche Kunstkritiker war und schrieb ein paar Bücher, die dem Verständnis der lebenden Malerei dienen sollten: „Ein Jahrhundert französischer Malerei" und eine Geschichte der englischen und belgischen Malerei. Immer hatte Muther dabei das gebildete Publikum im Auge, stets wollte er der lebenden Kunst die Wege bahnen helfen. So war er denn auch der berufene Herausgeber der kleinen Monographien, die unter dem Gesamttitel „Die Kunst" erschienen, zu denen er selbst einige ebenso graziös geschriebene wie anziehend unterrichtende Charakteristiken (Goya, Millet, Rembrandt, Velasquez) beisteuerte.

Vor allem aber hat Muther uns eine kurze und jedermann zu empfehlende „Geschichte der Malerei" gespendet, die in mehreren Bändchen der billigen und guten Göschenschen Sammlung vorliegt.

Ein Mann, der soviel Anregungen gegeben, so unmittelbar dem Leben und der Gegenwart sich gewidmet hat und die Kunstbetrachtung und den Kunstgenuß aus der Enge der Hörsäle in die Freiluft geführt, der durfte und mußte schon seine Fehler haben.

—r.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Lebensverlängerung. Der Verlust an ökonomischen Werten infolge von Krankheiten, deren Verhütung im Bereich menschlicher Fähigkeit liegt, ist vom sozialpolitischen Standpunkt ein mächtiger Ansporn zur Verbesserung öffentlicher hygienischer Einrichtungen. In Amerika sind, wie das „Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung" mitteilt, äußerst interessante amtliche Feststellungen nach dieser Richtung gemacht worden, und der zur Information des Präsidenten der Union dienenden „Conservation Commission" zugestellt worden. Sie haben ergeben, daß der Verlust an Lebensdauer infolge vermeidbarer Todesfälle an Tuberkulose, Durchfall, Darmkatarrh, Lungenentzündung, typhösen Erkrankungen und Diphtherie sich auf einen durchschnittlichen Wert von 7,3 Jahren beläuft. Ein Mitglied der genannten Kommission, Professor Irving Fischer, schließt aus einer sorgfältigen Zusammenstellung der vermeidbaren Fälle unter den neunzehn für die Union hauptsächlich in Betracht kommenden Todesursachen, daß etwa ein Drittel der jetzt vorkommenden Todesfälle verhütet werden könnte. Dies würde einer Verlängerung der mittleren Lebensdauer um sogar mehr als fünfzehn Jahre entsprechen. Der Einfluß einer derartigen Vermehrung der Lebenswerte auf die Industrie und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse wäre ein ganz ungeheurer. Von ganz besonderer Bedeutung in dieser Hinsicht ist das Problem der Lebensverlängerung für die Versicherungsgesellschaften. Im Hinblick darauf hat Professor Fischer eine Eingabe an die Vereinigung der Präsidenten der Lebensversicherungsgesellschaften gerichtet, worin er, ganz abgesehen von den philanthropischen, die wirtschaftlichen Momente ins Treffen stellt, um die Unterstützung der Gesellschaften zur Förderung der volksgesundheitlichen Zwecke zu erlangen. Er vertritt den Standpunkt, daß die Gesellschaften sehr wohl 200 000 Dollars jährlich zu Zwecken des Schutzes des menschlichen Lebens aufwenden könnten, welcher Betrag nur etwa ein Achtel vom Hundert der gegenwärtigen Versicherungsprämien auf Ableben ausmachen würde. Dieser Betrag soll nicht zur Einrichtung von Krankenhäusern und Sanatorien verwandt werden, sondern zur Erziehung des Publikums in sanitärer Beziehung, sowie zur Propaganda zwecks Interessierung der städtischen und staatlichen Behörden an Einrichtungen zum Schutze der Lebenserhaltung. Die Vereinigung der Präsidenten der Lebensversicherungsgesellschaften hat tatsächlich beschlossen, den Vorschlag in eingehende Erwägung zu ziehen und steht ihm wohlgeneigt gegenüber. Die vorbereitenden Arbeiten sind bereits in Angriff genommen worden.

Humor und Satire.

Der Zungenredner.

Ein Mann, ein Wort! so sprach ihr, als
er mit beredten Zungen
sich feierlich des Erbanfalls
Besteurung ausbedungen.

Das war um Pfingsten, irr' ich nicht;
da wird man wohl durchdrungen
vom heil'gen Spiritus und spricht
wohl auch mit Doppelzungen.

Die Steuer fiel, doch er hält stand,
Er hat sich selbst bezwungen,
Er hat sich für sein Vaterland
Dies Opfer abgerungen.

Er weiß, das Ausland triumphiert,
Wenn solch ein Kanzler abdankt,
Weiß, wenn er seinen Platz verliert,
Daß Deutschland dann in's Grab wankt.

Ihr schreit: „Das ist nicht konsequent!
Ein Mann, ein Wort! sagt's Sprichwort.
Ein Mann und Fürst, der deutsch sich nennt,
Geht ab bei seinem Stichwort."

O Fürstchen, Würstchen-Männelein
Von ganz besondrer Sorte,
Wir schätzten stets dich richtig ein:
Kein Mann, aber viele Worte!

Franz.

Notizen.

— **Musikchronik.** Hermann Zumpes nachgelassene Oper „Sawitri", deren Berliner Uraufführung die Gura-Oper am Freitag veranstaltet, verdankt ihren Stoff der Brahmanischen Legende gleichen Namens. Eine dichterische Nachbildung verdanken wir Rückert. Ferdinand Graf Sporck hat als erster den Stoff für das gesungene Drama verwandt und seine Dichtung eigens für Hermann Zumpe geschrieben, der mit verzehrender Leidenschaft an dem Werke, das er seine „Erlösung" und sein „Lebenswerk" nannte, gearbeitet hat. In der Schule Wagners aufgewachsen, mußte Zumpe sich natürlich der Wagnerschen Richtung zuneigen. Die Oper „Sawitri" ist von Zumpe vollständig fertig komponiert, zwei Drittel davon sind auch von ihm selbst instrumentiert.

— **Die englischen Volksbibliotheken.** Folgende Daten über die von den öffentlichen Bibliotheken Englands ausgeliehenen Bücher gibt die „Westminster-Gazette". Die Bibliotheken haben zusammen etwa 8 Millionen Leihbücher und 4 Millionen Lesesaalbücher. Jedes Jahr werden etwa 11 000 000 Lesesaalbücher ausdrücklich gefordert. Noch größer ist natürlich die Zahl derjenigen, die von den Lesern selbst den Regalen entnommen werden. Die Zahl der Leihbücher ist jährlich etwa 60 Millionen. Die Neigung zu wissenschaftlicher Lektüre hat in den letzten Jahren zugenommen. Nur noch 15 Proz. aller Entleihungen betreffen Romane und Novellen. Geschichte, Geographie, Biographie und dergleichen werden immer häufiger verlangt. Das eifrigste Lesepublikum finden aber die Bücher aus dem Gebiete der **Soziologie und insbesondere des Sozialismus!**

Soll denn neben dem Unrecht des Dreiklassensystems das Unrecht der Wahlkreiseinteilung verewigt werden, verewigt durch liberale Mehrheiten? (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Mommsen (Fr. Vp.): Der Kollege Singer hätte diesen Ausflug ins Politische gar nicht nötig gehabt. (Zwischenrufe.) Wir halten selbstverständlich an dem Beschluß von 1906 fest. Dem Bedauern der Vorredner möchte ich mich durchaus anschließen, daß der Magistrat unseren Beschluß so langsam ausgeführt hat und uns die Vorlage in einem Moment macht, wo es unmöglich ist, bis November 1909 noch eine Regelung zu schaffen. Auch die Arbeit, wie sie hier niedergelegt ist, hätte wohl in kürzerer Frist zustande kommen können. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Antrage auf Ausschußberatung schließe ich mich gern an. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (N. L.): Wir stimmen dem Antrage auf Ausschußberatung zu. Auch wir sind von der Vorlage nach keiner Richtung befriedigt. Bei so langer Frist hätte der Magistrat in der Tat etwas mehr leisten können. Jetzt fällt scheinbar auf die Versammlung ein Odium, während in Wirklichkeit der Magistrat daran schuld ist.

Stadtv. Deutsch (soz.-fortschr.): Selbstverständlich verharren auch wir auf jenem Beschluß von 1906.

Stadtv. Reimann (A. L.) tritt ebenfalls namens seiner Freunde dem Antrage bei und bemängelt auch seinerseits, daß die Langsamkeit des Magistrats schon oft zu Unzuträglichkeiten geführt hat.

Bürgermeister Reicke: Ganz so schlimm ist der Magistrat doch nicht. Man muß auch zwischen den Zeilen zu lesen verstehen. Es läßt sich aber nicht alles möglich machen; bei nächster Gelegenheit will er aber die Aenderung in Angriff nehmen, selbst ohne den Ausschuß. (Rufe: Na! na!)

Stadtv. Borgmann: Es bleibt doch bestehen, daß die Vorlage begründet ist auf einer Kommissionsberichterstattung, die durchaus unzureichend und irreführend ist. Auf diesem Wege kann eine gründliche Prüfung nicht erfolgen; darum ist die Einsetzung eines Ausschusses unerläßlich notwendig.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit einem Ausschuß überwiesen.

Eine große Zahl weiterer Vorlagen passiert im Eilschritt die erste und zweite Lesung.

Auf dem Wasserwerk Lichtenberg sollen für 1 480 000 M. Erweiterungsbauten ausgeführt werden.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtverordneten Dr. Weyl (Soz.), Herzberg (Fr. Vp.) und Stadtrat Rumschöttel beteiligen, angenommen.

Es folgt die Berichterstattung des Ausschusses für die beiden Vorlagen betreffend die neuen Besoldungsordnungen für das Lehrpersonal an den Gemeindeschulen und den städtischen höheren Lehranstalten. Referent ist Stadtv. Ulrich (A. L.) Der Ausschuß hat gestern getagt und die beiden Vorlagen mit einigen Modifikationen angenommen. Ein gedruckter Bericht liegt nicht vor. Eine Generaldiskussion hat im Ausschuß nicht stattgefunden, ebensowenig eine zweite Lesung. Von den gestellten Abänderungsanträgen ist nur ein kleiner Teil berücksichtigt worden.

Von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) liegen folgende Anträge vor:

1. Die Mietsentschädigung für einstweilig angestellte Lehrer, welche noch nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienste gestanden haben, beträgt 600 M.;

2. die Fachlehrerinnen erhalten Ortszulagen bis zum 7. Dienstjahr je 150 M., nach 7jähriger Dienstzeit 200, nach 10jähriger 250 M.;

3. eventuell: bis zum 13. Dienstjahre 150, vom 14. bis 19. 100, vom 20. bis 25. Jahre 50 M.

Die Stadtvv. Cassel und Mommsen wollen für die Fachlehrerinnen Ortszulagen von 100 M. vom 7. bis 25. Jahre, darüber hinaus von 50 M. gewähren.

Der Ausschuß hat in dem Magistratsvorschlage bezüglich der Alterszulagen:

Nach	7jähriger	Dienstzeit	200 M.
„ 10	„	„	400 „
„ 13	„	„	650 „
„ 16	„	„	900 „
„ 19	„	„	1100 „
„ 22	„	„	1300 „
„ 25	„	„	1500 „
„ 28	„	„	1700 „
„ 31	„	„	1900 „

vorgeschlagen, im 9. und 10. Dienstjahre je 300 statt 200 M. zu gewähren.

Die Ortszulage soll betragen:

Nach	4jähriger	Dienstzeit	300 M.
„ 7	„	„	350 „
„ 10	„	„	400 „
„ 13	„	„	450 „
„ 16	„	„	500 „
„ 19	„	„	550 „
„ 22	„	„	600 „
„ 25	„	„	650 „
„ 28	„	„	700 „
„ 31	„	„	750 „

Hier will der Ausschuß im 12. und 13. Jahre je 450 M. gewähren.

Stadtv. Dr. Preuß schlägt für die Gemeindeschullehrer folgende Ortszulagen-Skala vor:

Nach	4	Jahren	300 M.
„ 8	„		400 „
„ 11	„		500 „
„ 19	„		600 „
„ 26	„		700 „
„ 29	„		800 „
„ 31	„		900 „

Stadtsyndikus Hirsekorn erklärt sich gegen die Ausschußvorschläge, die vielleicht die Verabschiedung der Vorlage bis in den Herbst verzögern könnten.

Stadtv. Dr. Preuß empfiehlt seinen Antrag.

Stadtv. Borgmann: Ich werde nach den gestrigen 7stündigen Ausschußverhandlungen die Mehrheit nicht mehr umstimmen können. Aber hingewiesen muß doch darauf werden, daß der Magistrat an seinen Vorschlägen festgehalten hat, obwohl die angebahnten Vereinbarungen mit den Vororten nicht zustande gekommen sind. Das wäre also doch nicht notwendig gewesen. Weiter muß betont werden, daß bisher die Rekrutierung unseres Lehrpersonal nicht auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Das mindeste ist, daß der Antrag Preuß angenommen wird, damit die Ungleichheit, welche der Magistratsvorschlag in sich birgt, beseitigt und das Odium von uns genommen wird, die Ortszulage nicht auf 900 M., wie gesetzlich zulässig, bemessen zu haben. Die Annahme unseres Antrages wegen des Wohnungsgeldzuschusses für die einstweilig angestellten Lehrer, die in der neuen Ordnung gar nicht berücksichtigt sind, scheint uns ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit; bescheidener kann man überhaupt nicht sein.

Oberbürgermeister Kirschner: Der Grund, weshalb wir an der von uns vorgeschlagenen Besoldungsordnung festhalten, ist nicht die Rücksicht auf die Vororte, sondern die Ueberzeugung, daß sie in sich berechtigt und gerecht ist. Die einstweilig angestellten Lehrer bedürfen einer Aufbesserung in keiner Weise; es sind junge Leute von durchschnittlich 21 Jahren, die nach gemachtem ersten Examen bei uns eintreten und sich in den 4 Jahren auf das 2. Examen vorbereiten; sie haben jetzt 1660 M. jährlich und sollen das auch in Zukunft haben. In welchen Ständen können unfertige junge Leute, die noch lernen sollen, ein höheres Gehalt verlangen? Die Mietsentschädigung beträgt schon jetzt pro Monat 45 M.; ist das für einen jungen Mann dieses Standes nicht ausreichend? (Rufe: Nein! und Ja!) Wir haben im übrigen reichliche Zulagen gewährt. Ich bitte Sie, die Magistratsvorlage anzunehmen, weitergehende Ansprüche haben im Magistrat nicht auf Zustimmung zu rechnen. Nur weil das Gesetz eine höhere Besoldung zuläßt, müsse sie wenigstens an einer Stelle gewährt werden, wird hier ausgesprochen; das ist aber nicht der Sinn des Gesetzes und des Gesetzgebers gewesen. Muß das am ersten Tage gewährt werden? (Zuruf des Stadtv. Borgmann: Für Berlin sicher!)

Stadtv. Rosenow tritt für den Antrag Preuß ein und meint, daß dessen finanzielle Tragweite mit 188 000 M. von maßgeblichem Einflusse bei 2¾ Millionen Gesamtmehrausgabe nicht sein könne.

Stadtv. Cassel bekämpft sehr energisch den Antrag Preuß und den Antrag Arons betr. das Wohnungsgeld, und provoziert wiederholt Zwischenrufe der Stadtvv. Borgmann und Hoffmann; er verbittet sich mehrfach solche „Späße" und „Sottisen". Dagegen empfiehlt er den Ausschußantrag trotz der vom Stadtsyndikus erwähnten „Schönheitsfehler". Für das augenblicklich nicht erreichbare Ziel der Gleichstellung der Lehrer mit den Sekretären werde er energisch weiter kämpfen. (Heiterkeit auf den Zuhörertribünen.)

Stadtv. Mommsen: Auch dem Magistrat sollte man die Anerkennung nicht versagen, daß er für die Lehrpersonen das Möglichste getan hat. Die Vororte sind häufig zu ganz unvernünftigen Gehaltsordnungen gekommen, um uns Konkurrenz zu machen. (Heiterkeit und Unruhe.) Daß wir gute Leute nicht mehr bekommen, weil wir im Endgehalt 150 M. weniger geben als Schöneberg oder Wilmersdorf, ist doch eine sonderbare Anschauung. (Lachen auf der Tribüne.) Ich bin nicht gewohnt, mit der Tribüne zu diskutieren, sondern mit der Versammlung. Es muß endlich Friede geschlossen werden, und das kann geschehen auf Grund der Vorlage; wir nehmen auch den Schönheitsfehler in den Kauf.

Stadtv. Dr. Preuß: Früher hat man uns die Magistratsskala tatsächlich als eine Grundlage bezeichnet auf der sich alle Vororte außer Schöneberg mit Berlin vereinigen könnten. Das ist nicht geschehen und wir sind frei von dieser Rücksicht.

Damit schließt die Diskussion. Die Normen für das Grundgehalt, die Alters- und Ortszulagen für die Gemeindelehrer werden nach den Ausschußvorschlägen genehmigt; die Amendements Arons und Preuß abgelehnt.

Ohne Debatte passieren die Abschnitte „Rektoren" und „Gemeindelehrerinnen".

Es folgt die Position „Fachlehrerinnen", die ein Grundgehalt von 100 M. und Alterszulagen und Mietsentschädigung gleich den Lehrerinnen erhalten sollen, aber keine Ortszulagen.

Der Ausschuß hat eine Resolution beantragt, wonach eine Vorlage betreffend Anrechnung von Dienstjahren gemacht werden soll. Außerdem liegen die obenerwähnten Anträge vor.

Stadtv. Singer: Wir kommen hier an den wundesten Punkt der Vorlage. Das Institut der Fachlehrerinnen war früher mehr eine Art Aushilfsinstitut; jetzt haben wir es organisch in den Lehrerschaftsverband eingereiht. Im Laufe der Jahre hat die Stellung dieser Damen materiell und auch sonst sich gehoben; aber dennoch sind bei dieser Vorlage sie als die Stiefkinder des Magistrats betrachtet worden. Man hat das unterste Grundgehalt von 1000 M. eingesetzt, die Mietszulage war ein Verdienst nicht des Magistrats, sondern des Oberpräsidenten; von der Ortszulage soll gar kein Gebrauch gemacht werden. Es ist ein Unrecht, diese Kategorie so wenig zu berücksichtigen. Der Clou der Vorlage besteht darin, daß sie in Zukunft über das Höchstgehalt nach dem 25. Dienstjahre hinaus noch weitere Altersstufen ersteigen und bis zu 750 M. Zulagen erreichen können. Das wäre schön, wenn viele von den Damen diese hohen Stufen erreichen; außerdem bekommen sie nur die Dienstzeit angerechnet, die sie über 15 Stunden in der Woche beschäftigt waren. Die Bemühungen des Ausschusses um Abhilfe zeugen mehr von gutem Herzen, als daß sie praktische Vorteile bieten; die Ausführung der Resolution würde mehr Kosten für Kalkulaturarbeit machen, als sie den Fachlehrerinnen einbringen. Wenden wir ihnen lieber gleich heute bei der Normierung des Gehalts die Vorteile zu, die man ihnen ja zuwenden zu wollen scheint. Unser Antrag hält sich in durchaus bescheidenen Grenzen; die Ortszulage, die wir gewähren wollen, ist immer noch 100 M. niedriger als die der anderen Lehrerinnen. Sie ganz von der Ortszulage auszuschließen, ist ungerecht. Das Interesse der gesamten Bürgerschaft verlangt durchaus, daß wir Lehrpersonen haben, die durch auskömmliche Bezahlung die Arbeitsfreudigkeit für ihren schweren Beruf sich erhalten. Eventuell nehmen Sie wenigstens unseren zweiten Antrag an. Es würde ein schöner Abschluß dieser Beratungen sein, wenn dieser Kategorie von Lehrkräften entgegengekommen würde.

Vorsteher Michelet rügt, daß auf der Tribüne während der Rede eines Stadtverordneten gelacht und während der Rede des Oberbürgermeisters gezischt worden ist. Er droht für den Fall der Wiederholung solcher nicht gestatteten Zeichen des Beifalls oder Mißfallens die Tribüne räumen zu lassen.

Stadtv. Cassel empfiehlt den Antrag Cassel-Mommsen, da auch er die Magistratsvorschläge nicht als genügend anerkennen kann.

Stadtv. Dr. Preuß hatte beantragt, Ortszulagen von 100 M. in den ersten 10, von 150 M. in den folgenden Dienstjahren zu gewähren, zieht diesen Antrag aber zugunsten desjenigen von Cassel-Mommsen zurück und empfiehlt noch die Resolution.

Auch die Anträge Arons werden zurückgezogen; der Antrag Cassel-Mommsen gelangt einstimmig zur Annahme. Die Resolution wird ebenfalls angenommen.

Die neue Besoldungsordnung für die höheren Lehranstalten wird en bloc nach den Ausschußvorschlägen genehmigt.

Zur Beschlußfassung hat der Magistrat den Entwurf eines „Ortsstatuts zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung" auf Grund des vor kurzem ergangenen Landesgesetzes vorgelegt.

Der Entwurf geht an einen Ausschuß.

Die Vorlage wegen Abschlusses eines Abkommens mit der Ziegeltransportaktiengesellschaft wird genehmigt.

Damit ist gegen ¾10 Uhr die Tagesordnung aufgearbeitet; die auf morgen angesagte zweite außerordentliche Sitzung fällt weg und die Versammlung geht für Juli und August in die Ferien.

Nochmals die Engelssche Vorrede.

In seiner heutigen Erklärung wiederholt Genosse Kautsky die Behauptung, daß ich die „revolutionären" Stellen aus Engels' Vorwort gestrichen habe.

Ich wiederhole: Kein Mensch außer Engels selber hat in seinem Vorwort auch nur ein Wort geändert oder gestrichen; ich habe nur im Einverständnis und im Auftrag des Parteivorstandes ihn gebeten, bestimmte Stellen aus parteitaktischen Gründen zu ändern oder zu streichen — und dieser Bitte des Parteivorstandes hat Engels entsprochen.

In den Kirchenvätersteit mich einzumischen, ob die gestrichenen Stellen „revolutionär" und die Aenderungen „revisionistisch" waren, habe ich weder Anlage, noch Neigung, noch Anlaß. Ich konstatiere nur die Tatsache, daß alle Aenderungen oder Streichungen von niemand anders herrühren als von Engels selber.

Richard Fischer.

Zum Thema „Geldquellen der S. M."

senden uns die Genossen Benno Schmidt und Hans Elbert-Frankfurt a. M. eine Erklärung, der wir die folgenden tatsächlichen Angaben entnehmen:

„Frl. Mundt kam 1905 nach Frankfurt, um Gelder für die „S. M." zu terminieren. Da hier wenig vermögende Genossen sind, wurden ihr auch einige bürgerliche Namen genannt. So entstand die von Gen. Mundt bestrittene „Liste", weshalb wir an Stelle Liste „Notizblatt" setzen wollen. Wenn Gen. Mundt dies Blatt nochmals durchsieht, findet sie außer den in ihrer Erklärung angegebenen Namen Hallgarten, Merton, Fr. Rößler auch noch die Namen Dr. Pfungst, Dr. Flesch, Speier und Leopold Sonnemann; der Landtagsabgeordnete Funck stand nicht auf dem Blatte. Ob diese Herren besucht wurden, wissen wir nicht, daß aber diese Absicht bestand, steht außer Zweifel. Gen. Mundt wurde über den Charakter genannter Herren unterrichtet. Auf die unsererseits geäußerten Zweifel bez. der Hilfsbereitschaft fiel dann der bezeichnende Satz: „Wenn ich den Leuten sage: Sie haben doch das größte Interesse an der Erhaltung der „S. M.", werden sie schon geben".

Daß wir gegen diesen Ausspruch nichts zu erinnern hatten, lag einfach daran, daß wir ganz der Meinung der Genossin Mundt waren und auch heute noch sind. Ebenso erklärt sich der Umstand, daß wir nicht Anklage gegen die „S. M." erhoben haben, einfach daraus, daß die „S. M." kein Parteiunternehmen sind. Aus demselben Grunde dürfte auch der Parteivorstand die Einsicht in die Bücher der „S. M." abgelehnt haben. Neu war wohl allen, die um die Sache wissen, daß von Hallgarten 5000 M. gegeben wurden. Gen. Mundt war bei ihrer Abreise von Frankfurt sehr enttäuscht und sprach nur von lumpigen 100 M., die sie erhalten habe. Vielleicht berichtet sie dem Gen. Arons, von wem diese Summe stammt, damit derselbe in seiner nächsten Erklärung auch die Leser des „Vorwärts" unterrichten kann.

Da die Gen. Mundt auch von dem gegenüber den Zuwendungen an die Frankfurter Gewerkschaften verhältnismäßig geringfügigen Betrag von 5000 M. schreibt, so sei hier folgendes festgestellt:

Im Jahre 1897 erhielt die aus den Gewerkschaften gebildete „Herbergskommission" durch Vermittelung des Herrn Dr. Flesch von der Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen (nicht Hallgarten allein) 15 000 M. — Dieser Betrag durfte ausschließlich nur für Herbergszwecke verwendet werden. Erst wenn innerhalb 9 Jahre nichts gegen seine Verwendung zu erinnern war, sollte er ins Eigentum der damals gegründeten „G. m. b. H. Arbeiterherberge" übergehen, was ja inzwischen eingetreten ist. Im gegenteiligen Falle mußte der Betrag an eine andere Anstalt überwiesen werden.

Als im Jahre 1900 die Gewerkschaften an die Erbauung eines eigenen Gewerkschaftshauses gingen, gaben die Herren Hallgarten usw. in anerkennenswerter Weise eine Hypothek (kein Geschenk) in Höhe von 600 000 M., die wie üblich zu verzinsen ist. Daß beide Fälle gar nicht miteinander verglichen werden können, dürfte nur Frl. Mundt bestreiten."

* * *

In einer von Genossen Hans Elbert gesondert abgegebenen Erklärung heißt es dann noch:

„Anläßlich der Debatten über die „S. M." auf dem Nürnberger Parteitag hielt ich es für nötig, den Genossen Dittmann über das oben Behandelte zu unterrichten. Ich bin also der „scheinheilige Denunziant", der aus Gesinnungstüchtigkeit das Weintischgeklätsch nicht in seinem Busen verwahren konnte. Wegen meiner immer noch vorhandenen „Höflichkeit gegen Damen" antwortete ich der Gen. Mundt nicht in ihrem Tone, kann aber bei aller Anstrengung mein Verbrechen nicht bereuen."

Die Jugendgeschichte einer Proletarierin.

In ihrer Nr. 17 brachte die „Gleichheit" eine Notiz, daß die Buchhandlung Vorwärts die Verlagnahme der Poppschen „Jugendgeschichte einer Proletarierin" unter nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt habe. Wir stellten daraufhin der Gen. Zetkin die gesamte Korrespondenz, die hierüber geführt wurde (eine Anfrage und eine Antwort!), zur Verfügung. In Nr. 19 brachte dann die „Gleichheit" eine Berichtigung, daß „die Entscheidung unseres Berliner Parteiverlages durch bedauerliche Mißverständnisse veranlaßt worden ist".

Wir legen Wert darauf, festzustellen, einmal, daß von Mißverständnis keine Rede sein kann, zweitens, daß eine Ablehnung der Verlagnahme unsererseits überhaupt nicht erfolgt ist, sondern nur die Bestätigung der Meinung der Verfasserin, daß ein bürgerlicher Verlag vielleicht einen größeren Absatz erzielen könne als ein Parteiverlag.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Soziales.

Ein Unfallprozeß.

Wie wenig Wert die Gutachten der von der Berufsgenossenschaft befragten Aerzte oft haben und wie schwer der Verunglückte zu seinem Recht kommt, zeigt ein dieser Tage vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam zum Abschluß gelangter Unfallprozeß.

Der Arbeiter Wilhelm Sch. aus Zehlendorf war im vorigen Jahre bei der Firma für Tiefbauunternehmungen Barczynski u. Co. angestellt, die die Ausführung der Kanalisationsarbeiten für Zehlendorf übernommen hatte. Am 18. Juni 1908 war Sch. mit 8 Kollegen damit beschäftigt, einen Rammbär in Tätigkeit zu setzen. Hierbei zerriß die Kette, an der der Bär befestigt war. Während die übrigen Kollegen schnell beiseite springen konnten, schlug Sch., der nicht mehr ausweichen konnte, nach hinten über und mit Hüfte, Schulter und Genick auf das Kantholz des Bärs. Der Unfall zeitigte zunächst nur eine kurze Erkrankung, so daß es für den Laien den Anschein hatte, als würden sich erhebliche Folgen nicht einstellen. Nach einigen Wochen jedoch machten sich starke Hüftschmerzen bemerkbar, außerdem bildete sich eine zunehmende Steifheit des Halses heraus. Die Berufsgenossenschaft hatte das Heilverfahren übernommen, das am 10. November nach der Meinung ihrer Aerzte beendet war. Auf Grund der Gutachten der Herren Dr. Cramer-Zehlendorf und des Sanitätsrats Dr. Adler-Berlin wurde dem Verletzten vom Beginn der 14. Woche bis zum 10. November 1908 eine Rente von 20 Proz. und vom 11. November ab eine Uebergangsrente von 10 Proz. zugesprochen. Es sollte nach den Gutachten der Herren Aerzte ursprünglich eine angebliche Steifheit der Halsmuskulatur und damit verbundene Erschwerung der Drehungen des Kopfes vorhanden gewesen sein. Feststellen konnten die Herren trotz der verhältnismäßig langen Behandlung die Beschwerden objektiv nicht; doch sollte am Schluß der Behandlung eine wesentliche Besserung eingetreten sein. Die Herren waren dann noch so großmütig, anzunehmen, daß die von Sch. beklagten Schmerzen und nervösen Erscheinungen der Nackenmuskeln in gewissem Grade wahrscheinlich sind, weswegen denn auch von ihnen die 10prozentige Uebergangsrente vorgeschlagen wurde.

Sch. focht den Bescheid der Berufsgenossenschaft an. Er machte geltend, daß sein Hals fast völlig steif geworden sei, daß er ferner seit dem Unfall an furchtbaren Hüftschmerzen leide, die sich so sehr steigerten, daß er nach kurzem Ausruhen kaum imstande sei, sich zu erheben. Er wies darauf hin, daß die Herren diese seine Klagen überhaupt nicht beachtet haben, daß die Untersuchung in der Regel nur eine sehr flüchtige war und daß demzufolge diese Gutachter gar nicht imstande seien, seine Erwerbsbeschränkung abzuschätzen. Er beantrage eine gründliche Nachuntersuchung durch einen gewissenhafteren Gutachter.

Das Schiedsgericht gab dem Antrage statt und verwies Sch. zu einer 14tägigen Beobachtung nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Weißensee. Hier wurde durch Untersuchung und durch Röntgenaufnahme festgestellt, daß Sch. bei dem Unfall eine Beschädigung der Halswirbel erlitten, die in teilweisen Einbrüchen der Wirbelkörpersubstanz verschiedener Wirbelknochen bestand und die an den betreffenden Stellen knöcherne Verdichtungen und Verwachsungen zur Folge hatte. Der Gutachter bekundete, daß bei der Schwere der Verletzung Sch. von allen heftigen Bewegungen und Anstrengungen fernzuhalten sei und schätzte die Erwerbsunfähigkeit auf 75 bis 100 Proz.

Dieses Gutachten genügte aber der Berufsgenossenschaft noch nicht. Da sollten nach ihrer Meinung die Röntgenbilder das Krankheitsbild nicht klar erkennen lassen. Sie beantragte daher in einem Termin Vertagung und Einholung eines Gutachtens des Dr. Immelmann. Der Antrag wurde auch angenommen. In einem verhältnismäßig kurzen Schriftsatz schloß Dr. Immelmann sich dem obigen Gutachten des Krankenhauses vollständig an und schätzte Sch. fast vollständig erwerbsunfähig. Er wies ebenfalls nach, daß verschiedene Halswirbel lädiert und durch neugebildete Knochenmassen überwuchert sind. Dadurch ist eine völlige Verwachsung eingetreten, die den Kopf immer mehr nach rechts herüber gezogen hat. Die Folge war, daß das Gericht in der Schlußverhandlung dem Verunglückten die Vollrente zusprach.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr:

30 Volks-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Reichstags-Auflösung?

Berlin.

Sophiensäle, Sophienstraße 17/18.
Neuer Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
Zühlke, Dennewitzstraße 13.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal.
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96.
Urania, Wrangelstraße 11.
Süd-Ost, Waldemarstraße 75.
Freyer, Koppenstraße 29.
Litfin, Memeler Straße 67.
Elysium, Landsberger Allee 40.
Aktienbrauerei Friedrichshain (früher Lipps).
Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.
Germania-Säle, Chausseestraße 110.
Jos. Frankes Festsäle, Badstraße 19.
Gebr. Cranz' Festsäle, Köslinner Straße 8.
Pharus-Säle, Müllerstraße 149.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Nieder-Barnim.

Pankow: Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.
Ober-Schöneweide, Karlshorst: Restaurant Wilhelminenhof.
Weißensee: Schloß Weißensee.
Rummelsburg: Weigelt, Türrschmidtstr. 45.
Lichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.

Spandau.

Böhle, Havelstraße 20.

Teltow-Beeskow.

Rixdorf: Hoppe, Hermannstraße 48/49.
Schöneberg: Rathaussäle, Meininger Straße 8.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3. (Unterer Saal und Garten.)
Wilmersdorf: Luisenpark, Wilhelmsaue 112.
Treptow-Baumschulenweg: Trabrennbahn, Elsenstraße.
Johannisthal, Nieder-Schöneweide: Restaur. Wilhelminenhof.

Die Referenten stellt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Massenbesuch erwartet

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine.
J. A.: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 30. Juni.

Anfang 7½ Uhr.
Neues königliches Opernhaus. Don Juan.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Zu ebener Erde und im ersten Stock.
Kammerspiele. Ein Skandal in Monte Carlo.
Lessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Neues Schauspielhaus. Mahé.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Martha.
Komische Oper. O diese Leutnants.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Im Café Noblesse.
Lustspielhaus. Der fesche Rudi.
Kleines. Moral.
Hebbel. Die Welt ohne Männer.
Neues Operetten. Die Sprudelfee.
Luisen. Die Sünde des Priesters.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Der Deserteur usw. Anf. 8¼ Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehre.
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal.
W. Noacks Theater. Die oberen Zehntausend.
Apollo. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Die Spreewald-Käthe. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagnieball.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr: **Die Sprudelfee.** Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Lessing-Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr. **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Theater. Operetten-Gastspiel. Täglich 8 Uhr: **Ein Herbstmanöver.**

Neues Theater. Abends 8 Uhr: **Tricoche und Cacolet.** Donnerstag: **Der Hoteldieb.** Freitag und folgende Tage: **Der Hoteldieb.**

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll). **Gura-Oper.** Lilli Lehmann, d'Andrade, Artôt de Padilla. **Don Juan.** Donnerstag: Der Fliegende Holländer (Feinhals).

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, den 30. Juni, Anfang 8 Uhr: **Martha oder Der Markt zu Richmond.** Romantische Oper von Flotow. (Kleine Preise.) Donnerstag: Der Freischütz. Freitag: Undine.

Bernhard Rose Theater. Gr. Frankfurter Str. 132. Einm. Gastsp. Frida Wardt: **Des Meeres und der Liebe Wellen.** Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Auf der Gartenbühne u. a.: **Berlin auf Stelzen** mit Will Agoston. Willon, der Unsesselbare. Spezialitäten. — Anfang 4½ Uhr.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) **Madame Bonivard.** Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Madame Bonivard.**

Schiller-Theater Charlottenburg. **Der Biberpelz.** Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr. Morgen und folgende Tage: **Der Biberpelz.**

Apollo Theater. **Letzter Tag!** Ab 8 Uhr: Das Aufsehen erregende Juni-Programm. 8^tt Jean Paul. 9^tt Yankee Doodle Girls. 9^tt Mensch oder Affe??? 9^tt **Hartstein** in **Er** oder **Er.**

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Der fesche Rudi.**

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: **Willi Prager.** **The York Sisters** und das glänzende **Juni-Programm.** 12 Variété-Sensationen 12

Passage-Panoptikum. Lebend! Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!** Gr. Schaustellungen. Vitascop-Theater usw. Alles ohne Extra-Entree.

Winter Garten. **„La Pia“** in ihren Phantasie-Tänzen. **Golemanns** gemischter Dressur-Akt. **Garcias** jonglierende Silhouetten sowie eine Kette **hervorragend. Kunstkräfte!** Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.) Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung. **Der Aal.** Schwank mit Gesang von Otto Richter. Bennée × Burry × Duett Wallenberg usw. u. erstkl. Spezialitäten. Anf. wochent. 8, Sonnt. ½5 Uhr.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung. Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bezw. 5 Uhr. Garteneröffnung 3 Uhr. Jeden Montag Elitetag, Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Sänger“. Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.**

Zoologischer Garten. Täglich ab 4 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.** Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Otto. Brunnenstr. 16. Im schattigen Garten, bei Regen im Pracht-Theatersaal: Zum letzten Male: **Die oberen Zehntausend.** Vor- und nachher: Spezialitäten. Anfang 7, Konzert 6 Uhr.

Reichshallen-Theater. **Stettiner Sänger** (Meysel, Britton, Schrader usw.) Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Puhlmann's Theater. Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97/98. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Heute: Großer Elitetag. Neu! **Die Dallesprinzessin.** Neu! Der Brandstifter. Eine Berliner Range. 12 erstklassige Spezialitäten. Beginn 4½ Uhr. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffn.

Brunnen-Theater. Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt. Heute sowie täglich: × Erstklassige Spezialitäten! × Novität! Novität! **Die Spreewald-Käte.** Gr. Ausstattungs-Volksstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Walhalla-Variété-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Die amüs. Juni-Spezialität. Im Garten: Konzert. Der Luftflug.

Damms Volkspark-Theater. Landsberger Allee 74/77. Große Vorstellung des Rheinischen Künstler-Ensembles nebst Auftreten erstkl. Spezialitäten. Zum ersten Male in Berlin. Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Karlsgarten. Rixdorf, Karlsgartenstr. 6—11. × Prachtvoller alter Naturgarten. × Sonntags: **Konzert.** Montags: Konzert u. **Die lustigen Kalauer.** Mittwochs: **Gr. Kinderfest,** Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Kinder 10 Pf., wofür Schärpe oder Mütze verabreicht wird.

Vereins-Brauerei. Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: **Gr. Militär-Konzert.** Jeden Dienstag: **Gr. Kinder-Freuden-Fest.** Entr. 15 Pf. Mütze od. Schärpe gratis.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin II.

Achtung! Mitglieder aller Branchen! Achtung!

Mit Rücksicht auf die am **Donnerstag, den 1. Juli, stattfindenden Volksversammlungen** seitens unserer Partei hat die erweiterte Verwaltung beschlossen, unsere für diesen Tag festgesetzte

außerordentliche Generalversammlung abermals zu vertagen.

Dieselbe findet nunmehr am

Donnerstag, den 15. Juli, abends 8½ Uhr,

im **Gewerkschaftshause**, großer Saal,

mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung statt. 68/8

Wir bitten unsere Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen und **am Donnerstag, den 1. Juli, alle Mann die politischen Versammlungen besuchen zu wollen.**

Die Ortsverwaltung II. J. A.: Albert Utheß.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahnen
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41, Ecke Petersburger Straße.
Heute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Billigste Bezugsquelle
gediegener Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Am Bahnhof Gesundbrunnen.
Täglich: Konzert. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Leopold Kosser prolongiert.
Trudi Hagen — The Hurellos — Borgaß — Darley — La belle Liane — Frères Canon. **Spree-Athener,** Volksstück mit Gesang in fünf Bildern von Reißlingen.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Moquetts. Satteltaschen.
Zimmer und **Treppen**
Läuferstoffe
Kocos Haargarn, Velour etc.
Muster bei näherer Angabe **franko.**
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Mein neuer Pracht-Katalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Heute, Mittwoch, den 30. Juni 1909:
Gr. Spezialitätenvorst. Gr. Konzert. Gr. Kinderfreudenfest.
Bonbonregen × Kinderbelustigungen aller Art × Puppen-Theater.
Große Gratis-Verlosung.
Hauptgewinne **je 1 silberne Uhr** f. Mädchen u. Knaben.
Anfang 4 Uhr. **Eintritt 15 Pf.**

„Sportshaus Ziegenhals" bei Zeuthen.
„Stern"-Dampfer- u. Bahnstation. Telephon Amt Königs-Wusterhausen 175; Post Niederlehme. In d. Lokalliste unter **Niederlehme-Abbau** verzeichnet.
Sonnabende in dieser Saison noch zu vergeben. **Anmeldungen** nehme auch in meinem Berliner Lokal: **Fontane-Promenade 18,** Ecke Blücherstraße entgegen. Tel. Amt IV Nr. 173.

Rauchen Sie
Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Fragen Sie die Träger von Salamander-Stiefeln um ihr Urteil. Sie werden ihn mehr loben, als wir es tun.

Fordern Sie Musterbuch V

Einheitspreis . . . M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50

Salamander
Schuhges. m. b. H.

W. 8 Friedrich-Strasse 182
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9
C. König-Strasse 47
W. Potsdamer Strasse 8
W. Tauentzien-Strasse 15

Neu eröffnet:
Berlin N., Bad-Strasse 20
Spandau, Breite-Strasse 30

Waidmannslust, Etablissement „Zum Bergschloß"
Inh.: R. Heinrichs. — (Schönstes Lokal an der Nordbahn.)
Sonntag, den 4. Juli 1909:
Großes Volksfest
veranstaltet von den soz. Wahlvereinen Waidmannslust u. Borsigwalde, bestehend in Konzert, Gesang, turnerischen und Radfahrer-Aufführungen, Belustigungen für Kinder, Feuerwerk usw.
Anfang 3 Uhr nachm. Eintritt 20 Pf., Kinder frei.
Im Saale: **TANZ.**

Andreas-Festsäle
Andreasstraße 21, Tel.: VII. 13586.
Achtung! Vereine!
Im **September** und **November** sind je ein **Sonnabend** frei geworden. — Ferner empfehle meine 30—1000 Personen fassenden **Vereinszimmer u. Säle zu Versammlungen.**
16852* **Herm. Borgmann.**

Es glaubt niemand, wer's nicht sieht, wieviel man durch Einkauf im

Spezial-Konfektionshause Westmann
Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,
und **Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße
spart!!! ::: Tausende hocheleganter, chiker ::: gediegener **Modelle**
in **Kostümen, Kleidern, Mänteln, Paletots**
für jeden irgend annehmbaren Preis!
Für den 3ten Teil des Wertes und billiger:
in folgenden Serien:

früher bis	M. 12	M. 15	M. 28	M. 46	M. 70	M. 110	M. 180 usw. bis M. 450.—
jetzt teilweise	M. 3.50	M. 5	M. 9	M. 15	M. 24	M. 36	M. 60 usw. bis M. 150.—

Seiden-, Leinen-, Rips-, Tuch-Konfektion.
Röcke! Jacketts! Kimonos! Fichus! Blusen!
Reisekostüme! □ □ Reisemäntel!
Wetterfeste Paletots! □ Wasserdichte Lodencapes!
Jede Art Damen-Reisebekleidung!
Beachten Sie, bitte, genau meine Firma!
Gratis! 1 Rock, 1 Bluse, 1 Cape schon bei Einkauf von M. **20.–** an!

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin
Anna Glüse
am 27. Juni im Alter von 28 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs, Falkenberger Chaussee, aus statt.
162/20 **Die Ortsverwaltung.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Schwagers
O. Jäger
sagen wir dem Gesangverein „Humanität" sowie den Stammbrüdern von Herrmann Schöne unseren besten Dank.
16872 **Familie Hüffner.**

Danksagung.
Sage den Kollegen der Daimler-Werke sowie allen Bekannten für die letzte Ehre, die sie meinem Manne erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank.
293b **Witwe Pietz.**

Bekanntmachung.
Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.
4. Abänderung zu dem Statut vom 24. November 1903.

Artikel I.

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber vom 6. Mai 1909 sind ihrem Inhalt nach folgende wesentliche Abänderungen des Kassenstatuts vorgenommen, welche durch Erlaß des Oberpräsidenten vom 7. Juni 1909 und Beschluß des Bezirksausschusses vom 15. Juni 1909 die Genehmigung erhalten haben:

§ 10 Abs. II des Statuts ist bezüglich der Meldevorschriften abgeändert.
§ 12 Abs. I zu streichen und erhält die Fassung: Die Kassenmitglieder werden nach ihrem Arbeitsverdienst in vier Klassen eingeteilt.
§ 12 Abs. II wird der durchschnittliche Tagelohn für Klasse I auf 4 M.; Kl. II: 3,40 M.; Kl. III: 2,40 M. und Kl. IV: 1,50 M. festgesetzt.
§ 13 Ziffer 3 wird an Krankengeld die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohns entsprechend den abgeänderten Sätzen des durchschnittlichen Tagelohns (§ 12) gewährt.
§ 20 Abs. I und II wird ein Sterbegeld im 20fachen bezw. 30fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohns festgesetzt.
§ 23 Abs. II bezüglich Arzenei und sonstige Heilmittel erhält eine neue Fassung.
§ 29. Die Eintrittsgebühr ist in Höhe des durchschnittlichen Tagelohns zu zahlen.
§ 30. Die wöchentlichen Beiträge werden auf 4½ Proz. des durchschnittlichen Tagelohns festgesetzt.

In der 2. Abänderung des Statuts ist die bei § 13 vorgesehene Abänderung, soweit sie den vorstehenden Beschlüssen entgegensteht, zu streichen.

Die 3. Abänderung des Statuts vom 13. Juli 1908 wird aufgehoben.

Artikel II.

Die vorstehende Abänderung tritt nach erfolgter Genehmigung mit dem Montage nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft. Dieselbe findet jedoch auf die schwebenden Unterstützungsfälle keine Anwendung.

Berlin, den 11. Mai 1909.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.
A. Daehne, Vorsitzender.
C. Simanowski, Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluß vom 15. Juni 1909, insoweit nicht bereits durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 7. Juni 1909 — O. P. 10800 — die Klasseneinteilung der Kassenmitglieder und die Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohns erfolgt ist.

Bezirksausschuß zu Berlin.
Abteilung II.
II C 49. 09 / 1 (L. S.) gez. Silber.
ad 3933 Gew. II 09.

Die vorstehende Statutänderung tritt **mit dem 5. Juli 1909 in Kraft.**

Druckexemplare vorstehender Abänderung liegen zur unentgeltlichen Entnahme im Kassenlokal, Sophienstraße 6, aus. 275/17

Von der Reise zurückgekehrt.
Dr. S. Levy,
3115 **Peterburger Straße 81.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossin
Minna Wörner
geb. Pfennigwerth
Gubener Straße 23 (Bezirk 267)
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 28. Juni verstarb unser Mitglied, der Töpfer
Theodor Barschin
Hussitenstraße 65.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs, Prinzen-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/8 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 28. Juni verstarb nach langen Leiden der Kollege
Theodor Barschin
(Bezirk Gesundbrunnen)
im Alter von 43 Jahren an Schlaganfall.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
193/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Paul Heinke
Gleimstraße 70
plötzlich an Schlaganfall verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 2½ Uhr, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger
Otto Schulz
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 30. Juni cr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes in der Bergstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schmied
Paul Heinke.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 30. Juni cr., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/7 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Julius Strietzel** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Holzarbeiterverband sowie den Kollegen der Firma **Giese & Reinicke** unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Marie Strietzel
und Söhne. 321c

Am Dienstag, den 29. Juni, entschlief nach schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Mechaniker
Fritz Schrader
im 52. Lebensjahre. — Um stille Teilnahme bitten
Familie Eyser. Familie Schrader.
Die Beerdigung findet am Donnerstag um 1½ Uhr vom Trauerhause Dunckerstraße 88 nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. [322b

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Gastwirt Riedel in Neumühle ist im vorigen Jahre auf eigenes Verlangen von der Lokalliste gestrichen worden. Herr Riedel gab hierbei die Erklärung ab, daß er nie wieder in der Lokalliste geführt werden will, d. h. er verweigert der Arbeiterschaft für alle Zukunft seine Räume. Wir bringen dies hiermit in Erinnerung und ersuchen alle Vereine, bei Arrangierung von Partien und sonstigen Ausflügen genanntes Lokal außer Betracht zu lassen. Die Lokalkommission.

Vom Arbeiter-Raucherbund wird uns geschrieben: In der Nr. 147 des „Vorwärts" vom 27. d. M. geben Sie unter Parteiangelegenheiten bekannt, daß ein Rauchklub „Gemütlichkeit" in Mariendorf in einem gesperrten Lokal ein Sommerfest abhält; ebenso in Lichtenrade der Rauchklub „Germania" im gesperrten Ebelschen Restaurant sein Stiftungsfest feiert. Wir möchten bitten, darauf hinzuweisen, daß selbige nicht Mitglieder vom Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend sind. Diese betreffenden Vereine gehören jedenfalls dem Zentral-Raucherbund des Kreises Teltow an. Diese Vereine sind meistens aus indifferenten Mitgliedern zusammengesetzt und stehen nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung wie der Arbeiter-Raucherbund. Es sind dies auch diejenigen Vereine, denen vom Landrat oder den Oberhäuptern der Vorortskommunen Umzüge und alles mögliche gestattet werden.

Charlottenburg. Wir machen auch an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß die am 1. Juli stattfindende Demonstrationsversammlung nicht im Saal, sondern im Garten des „Volkshauses", Rosinenstraße 3 abgehalten werden soll. Die Parteigenossen haben für einen Massenbesuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Die Neuordnung der Bibliothek ist jetzt beendet. Es können daher Bücher wieder entnommen werden. Die Ausgabe erfolgt Mittwochs und Sonnabends in der Zeit zwischen 6—8 Uhr abends. Die Bibliothekkommission.

Johannisthal. Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt. Treffpunkt bei A. Gobin, Roonstraße 2. Der Vorstand.

Spandau. Die für heute angesetzte Volksversammlung fällt aus. Dieselbe findet nunmehr am Donnerstag, den 1. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal von Fritz Böhle, Havelstraße 20 statt. Tagesordnung: Reichstagsauflösung? Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Verhandlungen in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung drehten sich im wesentlichen um zwei Punkte, um eine Magistratsvorlage betreffend die Neueinteilung der Gemeindewahlbezirke und um die Lehrerbesoldungsvorlage. Was die erste Vorlage betrifft, so hatte der Magistrat zur Kenntnisnahme mitgeteilt, daß er „zurzeit" den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Mai 1906, eine anderweitige Einteilung der Wahlbezirke für die dritte Abteilung bis spätestens 1909 vorzunehmen, nicht ausführen wolle. Unser Genosse Borgmann ließ es sich angelegen sein, in temperamentvoller Weise die in dieser Frage herrschende Schlenderwirtschaft aufs schärfste zu geißeln. Der Inhalt des der Versammlung vorgelegten Exposés sei teilweise falsch und gebe obendrein ein ganz schiefes Bild von der wirklichen Sachlage. Dann zeigte er an der Hand einer reichhaltigen Aufstellung die ganze Ungerechtigkeit der jetzigen Bezirkseinteilung, die um so schlimmer sei, als ohnehin das Dreiklassenwahlrecht weite Bevölkerungskreise entrechte. Dazu die jetzige Einteilung beizubehalten, sei ein Hohn auf alle Gerechtigkeit. Der Dezernent, Herr Stadtrat Bohm, der von den Peitschenhieben Borgmanns sehr hart getroffen wurde, suchte sich zu verteidigen, sein Bemühen war vergebens. Genosse Singer gab dem Magistrat den guten Rat, sich um seine Aufträge besser zu bekümmern, wenn er solche Leute wie Bohm in seiner Mitte hat, die jahrelang brauchen, um ihre Angelegenheiten zu erledigen, und auch dann nur, wenn sie mehrere Male angestoßen werden. Singers Hinweis, daß es ein Widerspruch mit den liberalen Prinzipien sei, wenn die Liberalen im Reichstag und Landtag für gerechtere Wahlkreiseinteilung eintreten und in der Kommune, wo sie bestimmenden Einfluß haben, ruhig alles laufen lassen, rief auch die Herren Mommsen, Rosenow und Deutsch auf den Plan, die keinen Anstand nahmen, auch ihrerseits dem schuldigen Magistratsdezernenten ganz unverblümt ihr Bedauern über die Bummelei auszusprechen. Herr Bürgermeister Reicke versuchte seinen Spezialkollegen, der diesmal auf der Anklagebank saß, zu retten, aber vergebens. Der von unseren Genossen gestellte Antrag auf Ueberweisung der Magistratsvorlage an einen Ausschuß gelangte hierauf zur Annahme.

Die Lehrerbesoldungsvorlage hatte zahlreiche Lehrer auf die Tribüne gelockt. Lange mußten die Herren warten, bevor ihre Angelegenheit zur Erledigung gelangte. Dann aber konnte man im Saale wiederholt ihre Zustimmung bezw. Mißstimmung zu den Ausführungen der einzelnen Redner hören. Alle Redner gaben sich als lehrerfreundlich aus, wenn auch mit manchem Wenn und Aber. Im wesentlichen gelangte die Magistratsvorlage mit unerheblichen Aenderungen zur Annahme.

Vorher hatte Genosse Leid aus Anlaß einer Petition wegen unrechtmäßiger Veranlagung zu Kanalisationsgebühren die verschiedene Art der Geschäftsgebarung in den verschiedenen städtischen Verwaltungen gerügt.

Der Ton, dessen sich die Behörden Arbeitern gegenüber bedienen, ist oft ein recht schroffer, sogar verletzender, wie zum Beispiel in einem uns vorliegenden Antwortschreiben von dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg an einen kranken Arbeiter in einem Vorort von Berlin. Dieser hatte auf Anraten des ihn behandelnden Arztes ein Gesuch an die Versicherungsanstalt gerichtet, zur Kur in eine Heilanstalt aufgenommen zu werden. Als Antwortschreiben wird ein Formular benutzt mit dem gewöhnlichen Vermerk: „Zu unserem Bedauern sind wir nicht in der Lage, für Sie das Heilverfahren zu übernehmen." Das ist die gewöhnliche Formel, die in vorliegendem Falle aber besonders geändert wurde. Die ersten Worte sind ausgestrichen und an deren Stelle steht ein großzügiges „Wir", so daß die Antwort lautet: „Wir sind nicht in der Lage, für Sie das Heilverfahren zu übernehmen."

Gegen die vorliegende Form der Antwort wäre an sich nichts einzuwenden, wenn, wie gesagt, nicht die Worte: „Zu unserem Bedauern" extra ausgestrichen wären. Darin liegt eben das Verletzende, sogar die Absicht, zu verletzen, können feinfühlige Menschen herauslesen. Dieses Verfahren läßt auf die von der Anstalt beliebten Umgangsformen die verschiedensten Schlüsse zu.

Die Errichtung der ersten Berliner Schulzahnklinik in der Brandenburgstraße bedeutet einen großen Erfolg. Der Andrang ist so bedeutend, daß ein großer Teil der Schulkinder zurückgewiesen werden muß. Weder die Räume noch die vorhandenen Kräfte reichen für die Behandlung der sich täglich meldenden zahnkranken Schulkinder aus. Von diesen können seitens des vorhandenen Personals mit Aufbietung aller Kräfte höchstens 100 Schulkinder behandelt werden; 50 und mehr Kinder müssen täglich zurückgewiesen werden. Ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist. Die Schwester ist schon infolge Ueberanstrengung erkrankt und der Arzt hat bereits Vertretung erhalten, weil die Behandlung so vieler Schulkinder die Kräfte des Arztes übersteigt. Abhilfe ist dringend notwendig. Hierzu fehlen aber die Mittel. Diese reichen kaum für die erste Schulzahnklinik aus. Es wäre unserer Meinung nach Sache der Kommune, wie das unsere Genossen im Rathause öfter betont haben, daß sie die zahnärztliche Behandlung der Schulkinder selbst übernähme und diese nicht Privaten überläßt, wie das im vorliegenden Falle zutrifft.

Der Hieb hat gesessen. Die fromme „Germania" schreibt:

„Der „Vorwärts" — unfreiwilliger Kirchbauhelfer. In seiner Sonntagsnummer brachte der „Vorwärts" einen Bettelbrief des Herrn Kuratus Hoheisel zum Besten der Corpus Christi-Kirche zum Abdruck und versah ihn mit einigen höhnischen Bemerkungen. Daß es auch unter den „Vorwärts"-Lesern noch Leute gibt, die sich ein selbständiges Urteil zu bewahren wissen, beweist die interessante Tatsache, daß gestern ein Junge sich beim Herrn Kuratus einfand und ihm eine Mark überreichte mit den Worten, sein Vater, der dazu noch evangelischen Bekenntnisses ist, lasse das Geld auf den Artikel im „Vorwärts" hin schicken. Solche Dienste darf der „Vorwärts" unserer guten Sache noch häufiger erweisen."

Das schwarze Blatt merkt gar nicht, wie sehr es sich mit der Veröffentlichung obiger Notiz einen Reinfall bereitet. Noch vor kurzem beklagte sich nämlich die Geistlichkeit in der „Germania" bitter darüber, daß evangelische Kirchensammler sogar den Weg nach dem katholischen Pfarrhaus fänden.

Jedenfalls hat ein Spaßvogel einmal unter Opferung eines Markstückes feststellen wollen, daß die katholische Geistlichkeit evangelisches Geld nicht verschmäht, vorausgesetzt, daß die Mitteilung nicht purer Schwindel ist.

Auf unsere Anmagelung der Aeußerungen des Pastors Schwartzkopff auf der Kreissynode Berlin III, der „Vorwärts" habe Anleitung gegeben, wie man nach dem Austritt aus der Kirche kirchliche Ehren erschleichen könne, erwidert das „Reich" in einem längeren Hin- und Hergerede. Es meint, wir spekulierten auf das schlechte Gedächtnis, salviert sich dann aber mit der Bemerkung: „Vielleicht wäre statt „Anleitung" besser „Ermunterung" zur Erschleichung kirchlicher Ehren gesagt worden." Guckst Du so heraus? Das aber hätten wir mindestens getan. Zwar nicht im lokalen und politischen Teile, aber im Briefkasten. Auf eine Anfrage eines vermutlich jungen Mannes, dessen Braut anscheinend die kirchliche Trauung begehrte, habe dort die Antwort gestanden: „Zur kirchlichen Trauung ist der Wiederübertritt zur Kirche nicht erforderlich." Das ist also der Beweis für die obige Behauptung des Pastors Schwartzkopff. Wenn das die „Anleitung" oder die „Ermunterung" zur Erschleichung kirchlicher Ehren sein soll, so müssen wir allerdings vor solcher kirchlichen Auslegungskunst die Waffen strecken; zu dieser geistigen Höhe haben wir uns noch nicht aufzuschwingen vermocht. Wie mögen dann diese frommen Herrschaften die Praxis kirchlicher Organe bezeichnen, nicht kirchlich getrauten Eheleuten, von denen der eine Teil der Kirche Valet gesagt hat, der andere weibliche aber noch der Kirche angehört, das Haus einzulaufen und sie zu bewegen, sich nachträglich kirchlich trauen zu lassen? Und welche Bezeichnung würde erst angebracht sein in den sehr zahlreichen Fällen, in welchen dissidentische Eltern von Organen der Kirche aufgefordert werden, doch um alles in der Welt ihre Kinder taufen zu lassen. Es ist also, wie aus alledem hervorgeht, gar nicht erst nötig, erst zur Erlangung kirchlicher Ehren, die im Ernste für viele Leute, selbst gläubige, nur Dekorum sind, zu ermuntern, die Vertreter der Kirche drängen diese selbst den ungläubigen auf. Das soll allerdings nach einem Erlaß des Oberkirchenrates etwas anders werden. Wir begrüßen das, aber falsch bleibt die Behauptung des Herrn Pastors Schwartzkopff gegen unser Blatt trotz alledem.

Ein entsetzlicher Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern nachmittag im Osten der Stadt zugetragen. Das fünfjährige Söhnchen Artur des Schlächtermeisters Franke, Elbinger Straße 16, hatte in der Nähe des Elternhauses mit anderen Kindern auf der Straße gespielt. Als ihm ein anderer Knabe nachrannte, lief der Kleine auf den Fahrdamm und geriet an einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 67. Er wurde unter die Vorderplattform gerissen und blieb zwischen Fahrdamm und dem Unterbau des Waggons hängen. Zur Befreiung des bedauernswerten Geschöpfes mußte die Feuerwehr herbeigeholt werden. Das Bein war dem Knaben vollständig zermalmt sowie der Kopf schwer verletzt worden. In hoffnungslosem Zustande kam der Kleine ins Krankenhaus am Friedrichshain.

Von der Straßenbahn. Zwei schwere Unglücksfälle sind gestern nachmittag durch das Besteigen in der Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen herbeigeführt worden. Gestern abend gegen 11 Uhr sprang vor dem Hause Kastanienallee 17 der Schlosser Erich Piasecki, Kopenhagener Straße 10 wohnhaft, auf die Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 245 der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, glitt ab und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde dem Lazarus-Krankenhause zugeführt. — Der zweite Unglücksfall ereignete sich an der Ecke der Fenn- und Müllerstraße. Dort glitt beim Besteigen eines Straßenbahnwagens der Linie 8 der Kaufmann Paul Thiele, Feldzeugmeisterstr. 6 wohnhaft, aus, fiel und erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels. Der Verletzte wurde, nachdem er auf der Unfallstation in der Lindower Straße einen Verband erhalten hatte, nach dem Krankenhause Moabit gebracht.

Auf einem Ausfluge tödlich verbrüht ist am Sonntag nachmittag die 1¼ Jahre alte Tochter Herta des Buchbinders Quade aus der Schwedenstr. 16. Die Familie trank in der Gartenwirtschaft von Schneider in Wilhelmsruh an einem gedeckten Tische Kaffee. Die Kleine saß in ihrem Sportwagen. In einem unbewachten Augenblick riß sie plötzlich die Decke vom Tische, so unglücklich, daß die Kaffeekanne gerade in den Wagen fiel. Am ganzen Leibe verbrüht, wurde das Kind nach dem Krankenhause in der Reinickendorfer Straße gebracht. Dort starb es gestern morgen.

Arbeiterrisiko. Beim Ausschachten tödlich verunglückt ist der 36 Jahre alte Arbeiter Robert Rastel aus der Brüsseler Str. 8. Der Mann arbeitete auf einem Neubau in der Konradstraße zu Vorsigwalde. Dort wurde er am Sonnabend von einem mit vier Pferden bespannten beladenen Arbeitswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er gestern nachmittag im Paul-Gerhard-Stift starb.

Am Montagmittag 1¼ Uhr verunglückte in der Färberei von Bergmann, Köpenicker Straße 21, der 21jährige ledige Arbeiter Alfred Blaschwitz, wohnhaft Mühlenstr. 50a. Derselbe wollte den Dampf zu den Farbbassins aufdrehen, verlor hierbei das Gleichgewicht resp. rutschte aus und fiel in das große mit siedender Farbe gefüllte Farbbassin. Am ganzen Körper schwer verbrannt, wurde der Bedauernswerte in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhause Bethanien zugeführt, wo er seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Radrennen in Steglitz. Die am Sonntag verregneten Rennen fanden am Montagabend bei sehr gutem Besuch ihre volle Erledigung. Den „Großen Preis von Europa" gewann Theile vor Schipke, Ryser, Guignard und Robl. — Der Sieger eroberte sich schon in der 6. Runde die Spitze, die er unangefochten behielt. Ryser, der zu Beginn zurückgefallen war, fuhr dann ein so schönes Tempo, daß er sich den zweiten Platz eroberte und im Begriff stand, auch auf den ersten zu kommen, als in der 148. Runde ein Radschaden ihn um seine Chancen brachte und er später dem tapfer fahrenden Schipke noch den Vorrang lassen mußte. Guignard schien nicht auf dem Posten zu sein; er verteidigte sich gar nicht und ließ seine Gegner ohne Kampf vorüber. Pohl, der zu Beginn an schöner zweiter Stelle lag, hatte in der 112. Runde ein Mißgeschick, daß er zeitweise aussetzen mußte und somit auf den letzten Platz endete. — Die äußerst zahlreichen Fliegerrennen brachten schöne Endkämpfe und im Hauptfahren ein kleines „Skandälchen", da O. Meier und Bettinger gegen W. Arend unfair gefahren sind; letzterer protestierte, doch wurde kein neuer Lauf gefahren. Carapezzi kam im Endlauf des zweiten Hauptfahren schwer zu Fall. — Die einzelnen Ergebnisse sind:

Großer Preis von Europa. 100 Kilometer. 3000, 2500, 2000, 1600, 1300 Mark. 1. Theile, 1 Std., 10 Min., 06⅕ Sek.; 2. Schipke, 2490 Meter; 3. Ryser, 3760 Meter; 4. Guignard, 7680 Meter; 5. Robl, weit zurück. Steglitzer Hauptfahren: 1. Bettinger, 2. O. Meier, 3. W. Arend. Friedenauer Hauptfahren: 1. Kudela, 2. Tadewald, 3. Techmer. Tandem-Hauptfahren: 1. Kudela-Peter, 2. Techmer-Wegner, 3. Stedela-Tadewald.

Ferner noch vier kleinere Fliegerrennen.

Der Arbeiterradfahrerbund bittet uns um Aufnahme folgender Notiz: Am Freitag, den 18. Juni, ist dem Arbeitsburschen Walter Zacher, Wartenburgstr. 13-14, sein Fahrrad, Marke „Frischauf", Nr. 255 204, gelbe Holzfelgen, nach oben gebogener Lenker, schwarzer Rahmen, vor dem Postamt 61, Tempelhofer Ufer 1, abends 5¾ Uhr gestohlen worden. Wer irgend einen Anhaltspunkt über den Verbleib des Rades machen kann, wende sich an oben angeführte Adresse.

Im Berliner Aquarium fällt dem Besucher eine ebenso hübsche wie praktische Neuerung auf, indem außer verschiedenen Süßwassereine große Anzahl Seewasserbecken mit einer besonderen Durchlüftung versehen worden ist, deren Wirksamkeit in dem die Behältermitte vom Grunde nach der Oberfläche hin durchziehenden Luftperlenstrom recht augenscheinlich wird. Eine Reihe dieser Seewasserbecken hat nach dem Eintreffen der letzttägigen Sendungen mancherlei neue Besetzung erhalten. So die großen Stillebenbecken mehrere Gruppen prächtiger Actinien oder Seerosen, unter denen eine farbig geringelte Aiptasia zu den seltensten Erscheinungen gehört. In einigen anderen Aquarien sind Mitglieder des umfänglichen Kreises der Wurmtiere, der in seinen vielen Arten die bunteste, kaum zu ahnende Vielgestaltigkeit aufweist, untergebracht worden, unter ihnen ein rötlich-grauer Rüssel- oder Fischegel aus dem Mittelmeer, der gern auf Rochen schmarotzt, hier jedoch in dem Bohrmuschelbassin sich ohne einen solchen Wirt zu behelfen weiß.

Wer ist die Tote? Am 25. d. M. gegen 9½ Uhr abends sprang in Niederschöneweide vor dem Restaurant „Lorelei" eine unbekannte, etwa 19 bis 20 Jahre alte weibliche Person in die Spree und ertrank. Die gelandete Tote ist etwa 1,52 Meter groß, sie hat rotblondes Haar und ist bekleidet mit grauem Strohhut mit farbigem Band, schwarzem Rock, einem blaugestreiften und einem grauen Unterrock, weißem Hemd ohne Zeichen, grauer Barchenthose, rotem Korsett, schwarzen Strümpfen, schwarzen Halbschuhen mit Knöpfen und gelbem Gürtel. Bei der Leiche befindet sich eine Handtasche, ein Pompadour und ein schwarzes Lederportemonnaie mit 1,54 M. Inhalt. Irgend welche Angaben, die zur Ermittelung der Persönlichkeit der Toten führen könnten, nimmt der Amtsvorsteher in Adlershof entgegen. Außerdem werden im Polizeipräsidium Zimmer 249 und in jedem Polizeirevier zu 2608 IV. L. 09 Mitteilungen entgegengenommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Friedhofsnot und Kirchenaustritt. Seit Jahren hat die Friedhofsfrage für Charlottenburg zu einem Notstand geführt, der dringendster Abhilfe bedarf. Ganz abgesehen davon, daß Charlottenburg keinen Gemeindefriedhof besitzt, befinden sich auch die einzelnen Kirchengemeinden Charlottenburgs in ständiger Not bei der Beantwortung der Frage: Wo bringen wir die Toten hin? Die Kirchengemeinden selbst liegen sich nämlich gegenseitig in den Haaren und eine sucht der anderen das „Leben mit den Toten" so schwer wie möglich zu machen.

Aber die Kirche war seit je eine von sehr geschäftskundigen Leuten geleitete Institution. Kein Wunder, daß „unsere teuere evangelische Landeskirche" — wie sie von den „Frommen" genannt wird — es auch jetzt meisterhaft versteht, die Not der übrigen Mitmenschen zu ihrem Nutzen auszuschlachten. Man weiß nicht, wo man die Toten hinbringen soll. Die Kirchen haben die Friedhöfe im Besitz. Wer nicht bezahlt, kann seine Angehörigen nicht beerdigen lassen. Gegen die Mitglieder anderer Kirchengemeinden wird so streng und intolerant wie möglich verfahren. Noch mehr aber gegen jene, welche der Kirche abtrünnig wurden. Die Friedhofsmisere hat hier schon zu Fällen geführt, daß die Leichen ärmerer Leute erst am zehnten Tage beerdigt wurden. — Aber es geschieht nichts, um diesen skandalösen Vorkommnissen für die Zukunft wirksam vorzubeugen. Die Stadt kommt zu keinem Gemeindefriedhof. Fortgesetzt wird zwar um dieses oder jenes Grundstück gehandelt. Aber einmal ist der Preis zu hoch, dann die Lage zu ungünstig oder die Bodenverhältnisse gefallen nicht, so daß die Frage: Bekommen wir endlich einen Gemeindefriedhof? noch immer offen bleibt. Die Bevölkerung aber wird immer unruhiger. Die Kirche jedoch lacht sich ins Fäustchen und benutzt diesen jämmerlichen Zustand, um Proselyten zu machen.

So geht denjenigen, die beim Amtsgericht ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt haben, von dem Gemeindekirchenrat der Luisenkirche ein gedrucktes Schreiben zu, in dem mit besonderem Nachdruck gesagt wird: „So machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich mit Ihrem Austritt aus der Kirche auch äußerlich schädigen. Sie verlieren ebenso den Anspruch, im Todesfalle auf einem unserer Kirchhöfe begraben zu werden, weil unsere Kirchhöfe Eigentum der Kirchengemeinde sind. Wenn wir auch vorläufig noch Nichtgemeindeglieder auf denselben aufnehmen, so tun wir dies doch nur gegen sehr wesentlich höhere Gebühren, weil wir die Pflicht haben, das ohnehin beschränkte Kirchhofsland für unsere Gemeindeglieder zu sichern; auch behalten wir uns den völligen Ausschluß von Nichtparochianen vor, da unsere Kirchhöfe nur für die Mitglieder der Kirchengemeinde bestimmt sind."

So aufreizend diese Zeilen wirken müssen und so wenig in ihnen von einem wirklich christlichen Geist der Duldsamkeit, Nachsicht, Mildtätigkeit und Hilfsbereitschaft — angeblich ja alles rein „christliche" Tugenden — etwas zu merken ist, entbehrt das Schreiben

eines starken Interesses und einer besonderen Bewertung durchaus nicht. Klarer wie irgend sonst kommt in dieser auffordernden Mahnung an die Austretenden die kolossale innere Schwäche der heutigen Geistlichkeit zur Geltung. Man versucht es nicht einmal mit inneren Gründen, fußend auf eine ehrliche, feste Ueberzeugung, die Schwankenden zu der Kirche zurückzuführen, sondern man appelliert an die äußeren Unbequemlichkeiten, die dem Kirchenfremden zustoßen sollen. Freiwillig gesteht hier die Kirche ein, daß ihre sittliche Macht nicht mehr ausreicht, die Flüchtenden an sich zu halten. Darum verläßt man sich auf die äußere Macht. Die Kirche besitzt die Friedhöfe und sie hat es in der Hand, die Kalamität des Friedhofsmangels auszunutzen, um Leute, die innerlich der Gemeinschaft nicht mehr angehören wollen und können, an sich zu fesseln. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrer privilegierten Besitztümer, übt die Kirche einen Zwang auf Leute aus, die, wenn sie sich nicht stark genug fühlen, auch diese Konsequenzen des Kirchenaustritts auf sich zu nehmen, dadurch zu Heuchlern gemacht werden.

Jedenfalls aber zwingt diese Ausnutzung der Friedhofsnot die städtischen Körperschaften, um so schleuniger diesem Gewissensdruck der Kirche durch die baldigste Anlegung eines Gemeindefriedhofes entgegenzuwirken. Es wird allerhöchste Zeit und man darf gespannt sein, welche Antwort der Magistrat auf die bezügliche Anfrage unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung geben wird!

Eine weitere neue Säuglingsfürsorgestelle wird am 1. Juli d. J. im Kaiserin Auguste-Viktoria-Haus, Mollwitzstraße, eröffnet. Die Sprechstunden finden Dienstags von 3—5 Uhr nachmittags statt. In den Fürsorgestellen, die das ganze Jahr hindurch geöffnet sind, wird sachkundiger Rat über Säuglingspflege und Säuglingsernährung erteilt und auf Wunsch gute Kindermilch in Halbliterflaschen zum Preise von jetzt 10 Pf. abgegeben. Unbemittelte können die Milch auf Empfehlung des Armenkommissionsvorstehers und bei Halterkindern (für die kein Pflegegeld von der Stadt gezahlt wird) des zuständigen Waisenrates unentgeltlich erhalten. Auf Anordnung des Arztes der Fürsorgestelle wird die Nahrung nötigenfalls in trinkfertigen Portionen verabreicht.

An stillende Mütter werden Stillbeihilfen gewährt, und zwar in der Hauptsache an solche Mütter, denen wegen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ohne die Beihilfe das weitere Stillen ihres Kindes nicht oder nur schwer möglich wäre.

Kinder, die das erste Lebensjahr überschritten haben, sind von der Benutzung der Fürsorgestellen ausgeschlossen. Voraussetzung für die Benutzung der Fürsorgestellen und die Milchabgabe ist, daß die Kinder in der Regel wöchentlich einmal dem Arzt in der Fürsorgestelle vorgestellt werden.

Die Stadtgemeinde hat zur weiteren Förderung des Selbststillens dem Charlottenburger Hauspflegeverein Mittel zur Verfügung gestellt, um unbemittelten Schwangeren, verheirateten und unverheirateten, schon in den letzten Wochen vor der Entbindung Unterstützungen — meist kräftiges Mittagessen auf die Dauer von vier Wochen — zu gewähren, damit sie demnächst imstande sind, ihr Kind möglichst selbst zu nähren. Der Hauspflegeverein hat dazu eine besondere Vorernährungsabteilung eingerichtet, deren Geschäftsstelle sich Marchstr. 7l befindet und Dienstag und Freitag von 10—11 Uhr vormittags geöffnet ist. Bedürftige Schwangere, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, haben sich schon möglichst lange vor der voraussichtlichen Entbindung dort zu melden. Die Inanspruchnahme der Fürsorgestellen und der Vorernährung und der Bezug der Milch usw., auch dann, wenn er ganz unentgeltlich erfolgt, gilt nicht als Armenunterstützung.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Sitzung vor den Ferien stimmte zunächst dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, den Gewerbegerichtsbeisitzern einen Auszug aus der Zivilprozeßordnung zur Benutzung zu überweisen, debattelos zu.

Eine Petition des Liberalen Bezirksvereins verlangt, daß vom Magistrat Schritte gegen die scharfe Handhabung der Bäckereiverordnung durch die Polizei unternommen werden. Stadtv. Heyne (Unabh. Vg.) wendete sich gegen die rigorose Anwendung der Bäckereiverordnung. Dieselbe sei überhaupt überflüssig. Unsere Genossen Däumig und Molkenbuhr traten den Ausführungen des Vorredners entgegen. Schon vor 40 Jahren sei das, was in der Bäckereiverordnung stehe, gefordert worden. Diese Zeit müßte doch ausreichend gewesen sein, um den Bestimmungen der Bäckereiverordnung nachzukommen. Man sollte doch bedenken, daß die Verordnung aus hygienischen Rücksichten erlassen worden sei. — Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Polizeiverwaltung in ihm geeignet erscheinender Weise dahin zu wirken, daß bei der Durchführung der Bäckereiverordnung Härten vermieden und möglichst viel Ausnahmen zugelassen werden.

Zugestimmt wurde sodann dem Antrage des Magistrats, die Gestellung der Leichenwagen für das in eigener Regie übernommene Bestattungswesen der Firma Thien zu übertragen.

Dem Antrage des Magistrats entsprechend wurden für Subventionierung zweier Privatmädchenschulen je 3000 M. bewilligt.

Lebensgefährlich ist es, die Kolonnen-, Haupt- oder Mühlenstraße passieren zu müssen. Seit mehreren Wochen wird asphaltiert und reguliert; alte Röhren werden mit neuen ausgewechselt, ebenso legt die Post verschiedentlich neue Kabel, während die Straßenbahn neue Gleise von der Akazien- bis zur Mühlenstraße legt. Gleichzeitig hat Berlin sein Druckrohr hindurch verlegt, so daß die Hauptstraße für Passanten und Wagenverkehr sehr häufig schwer zu passieren war. Oft mußten die Elektrischen still halten, weil irgend ein Mörtelwagen mit seinen Rädern in einer Vertiefung fest saß, wiederholt kamen Verspätungen vor und Beschwerden wurden erhoben, um diese Verkehrshindernisse möglichst zu beseitigen. Noch gefährlicher geht es in der Kolonnenstraße zu, am Schöneberger Bahnhof. Dort befindet sich im Zuge der Sedanstraße quer über den Fahrdamm ein ungefähr dreiviertel Meter breiter Graben. Die Straßenbahn verkehrt hier nach wie vor, für Fuhrwerkbesitzer und Radfahrer ist es nicht möglich, diese Stelle zu passieren, ohne empfindlichen Schaden zu erleiden. Vorsichtsmaßregeln, wie Warnungstafeln, sind nicht vorhanden, so daß es wundernimmt, daß sich schon größere Unfälle stattgefunden haben. Besonders für Radfahrer ist das Passieren dieses Grabens mit Lebensgefahr verbunden. Auch in der Mühlenstraße, in der das große Druckrohr verlegt wird, um die Abwässer nach dem Rieselfelde bei Ragow aufzunehmen, war es nur möglich zu gehen, wenn man sich vergewisserte, daß kein Fuhrwerk diese verkehrsreiche Straße passierte, damit niemand unter die Räder geriet. Die eine Seite der Straße nahm die Kanalisation in Anspruch, auf der anderen wurden die Stadtparkarbeiten ausgeführt, mithin blieb nur der Fahrdamm für das Publikum. Nach Beendigung dieser Arbeiten soll die Mühlenstraße asphaltiert werden.

Die Ferien der Gemeindeschulkinder beginnen am Freitag, den 2. Juli, und enden am Montag, den 9. August. Die Schule beginnt am Dienstag, den 10. August. Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kinder, die sich in einer Erholungsstätte noch befinden. Für diese beginnt der Schulbesuch erst später.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte Montag abend in der kurzen Zeit von einer guten Stunde eine Anzahl wichtiger Angelegenheiten in außerordentlicher Sitzung. Allerdings kam es nur bei dem ersten Gegenstand der Tagesordnung, der die Bezirksinteressen berührte, zu einer ausgedehnten Erörterung. In der Sitzung vom 15. Juni hatte die Stadtverordnetenversammlung eine Magistratsvorlage, wonach die Oberrealschule an der Streitzischen Straße auf einem der Stadt gehörenden Grundstück errichtet werden sollte, abgelehnt, weil sie es mit den Hausbesitzern des Kaiserplatzviertels nicht verderben wollte. Ein von der Versammlung eingesetzter Ausschuß, in dessen Namen der Stadtverordnete Dr. Edel Bericht erstattete, empfahl denn auch prompt, daß die Schule auf dem Grundstück eines Stadtverordneten an der Mainzer Straße erbaut werden sollte. Doch als der Bürgermeister Habermann erklärte, daß der Magistrat auf seinem ursprünglichen Beschluß beharre und namentlich nichts davon wissen wolle, daß die Stadt sich auf Gnade und Ungnade auf das von dem Stadtverordnetenausschuß freundlichst in Aussicht genommene Grundstück festlege, da war es mit dem Mannesmut der Bezirksinteressenten mit einem Male vorbei. Sie benutzten die Brücke, die der Magistrat ihnen mit dem Zugeständnis geschlagen hatte, daß vielleicht im Jahre 1910 ein Reformrealgymnasium am Kaiserplatz errichtet werde, und erklärten sich mit der ursprünglichen Magistratsvorlage einverstanden, die gegen eine einzige Stimme genehmigt wurde.

Bei dem nächsten Gegenstand der Tagesordnung, der die Genehmigung von 60 000 M. Etatsüberschreitungen betraf, traten mehrere Stadtverordnete dafür ein, daß auf den Armenetat nur die gesetzlich vorgeschriebenen Positionen gesetzt werden und daß man andere Ausgaben, wie die zur Unterhaltung der Fürsorgestellen für Lungenkranke, auf den Wohlfahrtsfonds übertrage.

Die Stadtverordnetenversammlung überwies weiter eine Magistratsvorlage, welche in Gemeinschaft mit den Nachbarstädten die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden festlegt, einem Ausschuß, und stimmte sodann zwei Grundstücksverkäufen zu, von denen der eine mit der Errichtung des Seeparks zusammenhängt. Zum Schluß genehmigte die Versammlung die Magistratsvorlage, den Ankauf eines Grundstücks für einen Krankenhausbau betreffend. Das Grundstück liegt in der Gegend des Rastatter Platzes, hart an der Dahlemer Grenze. Es ist 780,71 Ar oder 5501,08 Quadratruten groß und kostet 1 494 687,50 M., also etwa 271 M. pro Quadratrute. Wir wollen hoffen, daß es mit dem Krankenhausbau, der schon längst fällig war, nunmehr endlich vorwärts geht. Am Mittwochabend 6 Uhr findet in der Aula der Viktoria-Luisen-Schule, Uhlandstraße, die letzte Stadtverordnetensitzung vor den Ferien statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Besoldungsvorlagen.

Steglitz-Friedenau.

Der deutsche Arbeiter-Sängerbund hat mit seinem Bestreben, überall größere Chöre zu bilden, wieder einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Es ist ihm gelungen, die Vereine „Zukunft I", Steglitz, sowie „Morgenrot", Friedenau, unter dem Namen „Männerchor Friedenau-Steglitz" zu vereinigen. Derselbe hält am Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von Schellhase in Steglitz, Ahornstraße, unter Leitung des Dirigenten Herrn Dürre seine Uebungsstunde ab. An alle Sangesbrüder sowie Freunde und Gönner des Volksgesanges ergeht das Ersuchen, diese Bestrebungen des Bundes durch ihren Beitritt zu unterstützen und sich am Donnerstag zahlreich einzufinden.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung entspann sich, angeregt durch den Bürgermeister, eine lebhafte Debatte über die letzte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Grundbesitzervereine in Reinickendorf. In dieser war gegen die Gemeindevertreter der Vorwurf erhoben worden, daß sie der Einleitung eines Prozesses wegen der Unterhaltungspflicht der Oranienburger Chaussee gegen die Stadt Berlin zugestimmt haben, obgleich, wie der ebenfalls anwesende Rechtsanwalt Pinkus mitteilte, er die Aussichtslosigkeit des Prozesses vorher begutachtet habe. Dieser Prozeß ist tatsächlich bis in die letzte Instanz verfolgt und zuungunsten Reinickendorfs entschieden worden. Die infolgedessen von Reinickendorf zu zahlenden außerordentlich hohen Kosten von 13 813,75 M. haben das Blut der Besitzenden in Wallung gebracht, sie führten daher in der erwähnten Versammlung zu einer kleinen Revolte gegen die Gemeindevertreter. Zur großen Verblüffung der Anwesenden erklärten sie aber von einem solchen Gutachten nichts zu wissen; jedenfalls sei ihnen dasselbe nicht vorgelegt worden. Hiergegen glaubte der Bürgermeister Verwahrung einlegen zu müssen. Das Gutachten hätte ebenso wie das Gegengutachten des Rechtsanwalts Stubenrauch vorgelegen und wäre auch verlesen worden. Da sich keiner der anwesenden Gemeindevertreter, auch unsere Genossen nicht, des Gutachtens erinnern konnte, sollen zur nächsten Sitzung die Akten, das Gutachten und eventuell das Verhandlungsprotokoll nochmals vorgelegt werden, um eventuell Aufklärung zu schaffen. In Erledigung der Tagesordnung wurde dem Gemeindevorstand die Genehmigung erteilt, seine Zustimmung zur Schließung eines Grundbuchblattes zu geben; ebenso zur Aufnahme einer Anleihe von 1½ Millionen Mark. Dieselbe soll verwandt werden zur Ablösung von höher zu verzinsenden Hypotheken und zum Ausbau von Straßen auf dem Gemeindegrundbesitz, hauptsächlich von Straßen, die den Zugang zum im Entstehen begriffenen Krankenhaus und Gymnasium bilden. Ein Versuch unserer Genossen, den Gemeindevorstand zu veranlassen, den übrigbleibenden Grundbesitz selbst zu verwerten durch Herstellung von billigen Arbeiterwohnungen, scheiterte leider. Ebenso der Versuch des Bürgermeisters, den Gemeindevertreter Thater zur Hergabe einiger Quadratmeter Land zu bewegen. Diese werden dringend gebraucht zur völligen Regulierung eines neu herzustellenden Platzes. Obgleich durch Erschließung seiner Ländereien der Herr Thater als Anlieger ungeheure Gewinne einheimsen wird, war er nicht zu bewegen, die erforderliche Fläche unentgeltlich abzutreten und bewies hiermit sofort schlagend, wie gefährlich es ist, wenn die Gemeinde ihren Grundbesitz nun auch noch der Privatspekulation überantwortet. Vielleicht nimmt dann aber der Herr Thater die Gelegenheit wahr, seinen Grundbesitz „abzurunden". Bei der Wahl von Armenpflegern ersuchte der Genosse Ohl, auch die Schichten der Bevölkerung, die mit dem Elend in viel nähere Berührung kommen, als die, die jetzt gewählt werden, nämlich die Arbeiter, mehr als bisher für solche Aemter heranzuziehen, ebenso sich der Mitwirkung der Frauen mehr als bisher zu versichern. Notwendig wird es auch hierbei sein, daß dazu Frauen, und nicht nur „Damen", gewonnen werden.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Magistratsvorlage betreffend den Verkauf der hiesigen Gasanstalt an die Gas-Aktiengesellschaft Ritter u. Co. in Köln zu, jedoch mit der Maßgabe, daß der § 10 des zweiten Vertrages gestrichen wird. Derselbe räumt der jetzigen Gasanstalts-Gesellschaft ein Vorrecht ein, wonach andere Unternehmungen zur Erzeugung von elektrischem Licht und Kraft erst dann berücksichtigt werden können, wenn seitens der Gesellschaft von der Errichtung solcher Einrichtungen Abstand genommen wird. Der Schulhausanbau, welcher zum Herbst schon fertig sein sollte, wird leider erst im künftigen Frühjahr begonnen werden. Die Regierung hat die Verbreiterung des Treppenhauses von 3,55 Meter auf 5,30 Meter verlangt. Es soll der nächsten Versammlung ein dahingehendes Projekt unterbreitet werden. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher gab der Meinung Ausdruck, daß es wohl vorteilhafter wäre, an einem anderen Platze ein neues Schulhaus zu bauen und diesen Anbau gänzlich fallen zu lassen. Dieses hätte zur Folge gehabt, daß noch Jahre verstrichen wären, bis es zum Neubau eines Schulhauses gekommen wäre. Unsere Genossen widersprachen dem auf das entschiedenste und verlangten, daß mit der Verminderung der Besetzung der Klassen begonnen werde, diese Ansicht wurde auch vom Bürgermeister vertreten. In nicht öffentlicher Sitzung wurden vom Nachtwächter bis zum Bürgermeister Gehaltserhöhungen bewilligt. Dem Antrage unserer Genossen, für die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter einen Minimalstundenlohn von 80—85 Pf. festzulegen, stimmten die Bürgerlichen in ihrer Mehrheit nicht zu. Um sich aber als joviale Stadtväter zu zeigen, nahmen sie einen Antrag an, wonach den Arbeitern eine Erhöhung ihres Lohnes nach ihren Leistungen zugesichert werden soll. Unsere Genossen stimmten gegen diesen Antrag, wie auch gegen die gesamten Gehaltserhöhungen, welche 4200 M. pro Jahr ausmachen.

Spandau.

Zu dem unaufgeklärten Tode des Bäckers Georg Sonntag, dessen Leiche im Spreearm bei Spandau gelandet worden ist, wird gemeldet, daß der Gefährte des Verstorbenen, Bäcker Max Makrutzki, in Groß-Lichterfelde betroffen und verhaftet worden ist. Er war Ende Mai mit Sonntag zusammen aus der Arbeit getreten und beide hatten sowohl vorher als auch später stets miteinander verkehrt. Makrutzki behauptet, an dem gewaltsamen Tode Sonntags keine Schuld zu haben; er wisse nicht, auf welche Art Sonntag ums Leben gekommen ist.

Gerichts-Zeitung.

In das Reich der Dummheit und des Aberglaubens

führte wieder einmal eine Verhandlung, mit der sich gestern das Strafgericht in Moabit zu beschäftigen hatte. Wegen Betruges und groben Unfugs verhandelte die dritte Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Oertel gegen die Frau Ida Wobrink geb. Schmerlowsky. — Die Angeklagte gehört zu jener Art von Menschen, die behaupten, einen Blick in die Zukunft tun zu können. Je nach Höhe der Belohnung orakelte die moderne Sybille dann ihren von geheimen Grauen erfüllten Mitschwestern, aus denen sich lediglich ihr Kundenkreis zusammensetzte, den denkbar größten Blödsinn vor. Eines Tages erschien bei der Angeklagten eine Frau Simon, um diese über den Ausgang einer Injurienklage zu „interviewen", welche sie gegen eine ehemalige Freundin und Hausbewohnerin angestrengt hatte. Die Angeklagte bekam es fertig, noch ehe das Gericht gesprochen hatte, auf eigene Faust Recht zu orakeln. Sie erzählte der Hocherfreuten, daß ihre Prozeßgegnerin bestraft würde, sie selbst aber würde Recht bekommen. Wie die Zeugin unter allgemeiner Heiterkeit vor Gericht angab, hat sie jedoch in ihrer Klage kein Recht bekommen und fühlte sich deshalb von der Angeklagten betrogen. — Bei dem Kartenlegen nahm die Angeklagte auch eine alte Photographie einer Tante zu Hilfe. Diese „Erbphotographie" sollte angeblich auch in der Lage sein, Fragen aus der Zukunft zu beantworten. Für die Wahrsagerei entrichtete Frau Simon einen Obolus von 55 Pf. — In dem zweiten Falle der Anklage wollte ein junges Mädchen gern wissen, was „in der Zukunft los sei". Die Angeklagte erklärte ihr, daß sie von 25 Pfennig an ihre Kunst zum besten gebe. Als die Neugierige sich für die niedrigste Taxe etwas vorreden ließ, erklärte ihr die Angeklagte, daß sie bei so schlechter Bezahlung nicht viel erwarten könne. Die Angeklagte prophezeite nun, daß das Mädchen einen wichtigen Brief bekommen und dann eine Reise unternehmen werde. Die Zeugin erklärte vor Gericht, daß sie zwar einen Brief bekommen habe, mit der Reise sei es aber nichts geworden. Der Vorsitzende riet ihr, noch schleunigst eine Reise zu unternehmen, damit die Prophezeiung wenigstens eintreffe. Das Schöffengericht Köpenick hatte die Angeklagte wegen Betruges und groben Unfugs zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen von der Angeklagten eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer mit der Abänderung verworfen, daß die W. nur wegen Betruges in zwei Fällen verurteilt wurde.

Kurpfuscherei.

Unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung hatte sich gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III der Badeanstaltsbesitzer und Naturheilkundige Oskar Schreiner zu Erkner zu verantworten. Der Angeklagte ist von Beruf Tapezierer und Dekorateur und hat etwa 25 Jahre diesem Berufe obgelegen. Als er durch einen Sturz von der Leiter das Tapeziergewerbe nicht mehr ausüben konnte, verlegte er sich auf das Kurieren menschlicher Leiden, nachdem er durch Bücher und Vorträge sich über das Wesen der Naturheilkunde unterrichtet hatte. Er errichtete in Erkner eine Badeanstalt, womit er die Ausübung der Heilkunst nach der Naturheilmethode verband. Er behauptet, daß dies „aus Liebe zur Menschheit" geschehen sei, weil er gesehen, daß so vielen Kranken von studierten Aerzten nicht geholfen werden könne. Im Laufe der Jahre hat sich sein Ruf auch in der weiteren Umgebung von Erkner sehr verbreitet und befestigt, so daß er von Kranken aller Art vielfach in Anspruch genommen wird. Im Dezember v. J. war der Sohn des Schiffers Seefeld in Grünheide an Erbrechen und Schüttelfrost erkrankt und es zeigten sich an seinem Körper rote Flecke. Der Vater glaubte, daß Scharlach vorliege, und zog den Angeklagten zu Rate. Der letztere kam nach Grünheide, besah sich den 13jährigen Patienten und erklärte, daß nur Friesseln vorlägen. Er verordnete Umschläge mit stubenwarmem Wasser und Essig, wofür ihm 2 M. bezahlt wurden. Die roten Flecke verschwanden nach einigen Tagen, es stellten sich aber dann bei dem Knaben heftige Schmerzen im rechten Knie ein, der Angeklagte wurde wieder geholt und verordnete, da er erklärte, daß Rheumatismus vorliege, Umschläge mit Heusamen. Der Knabe wurde aber von immer unerträglicher werdenden Schmerzen gepeinigt, so daß der Angeklagte wieder zu Hilfe gezogen wurde. Er erklärte nun, daß eine ernste Erkrankung, „Knochenentzündung unter der Kniescheibe" vorliege. Er verordnete kalte Umschläge, dann wieder eine Salbe, die aus Hirschtalg, Wachs, Leinöl und weißem Pech bestand. Das Bein des Knaben wurde vorschriftsmäßig damit eingerieben, die Schmerzen vergrößerten sich aber und als der Vater das Wehgeschrei des Knaben nicht mehr mit anhören konnte, holte er zum fünften Male den Angeklagten herbei. Nun erst bestand dieser, der vorher der Mutter des Knaben einmal gesagt hatte, daß er „der Sache mächtig sei und schon mehrere solche schwere Fälle gehabt habe" auf schleunigste Herbeiholung eines Arztes. Dr. med. Gröhnke in Erkner sah, daß die schleunigste Ueberführung des Knaben in ein Krankenhaus notwendig war. Nach einigen Schwierigkeiten wurde durch Vermittelung des Dr. Grabley aus Woltersdorf die Ueberführung nach Bethanien ermöglicht. Hier wurde erst versucht, durch einen operativen Eingriff das Bein zu erhalten. Es ergab sich aber, daß schon eine zu große Eiteransammlung vorhanden war und am 29. Januar mußte das Bein des Knaben aus dem Hüftgelenk amputiert werden. Der arme Junge befindet sich jetzt noch in einem bedauernswerten Zustande. Er ist sehr nervös geworden, kann sich nur mit Hilfe eines Stelzfußes und zweier Krücken mühsam fortbewegen und liegt den größten Teil des Tages im Bett.

Die Verantwortung für diesen traurigen Ausgang wird dem Angeklagten auferlegt, weil er nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen nach seiner ganzen Vorbildung seine Hand von diesem schweren Fall hätte lassen sollen und mindestens verpflichtet gewesen wäre, die Sache nicht so hinzuziehen, sondern viel früher einen Arzt herbeizuholen.

Das Schöffengericht hat seinerzeit den Angeklagten mit Rücksicht auf die Schwere des Falles zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz bekundeten die Seefeldschen Eheleute, daß sie das größte Vertrauen zu dem Angeklagten gehabt hätten, da sie selbst einmal von ihm erfolgreich behandelt worden seien. Der Angeklagte behauptete, daß er den Seefeldschen Eheleuten rechtzeitig die Herbeiholung eines Arztes dringend empfohlen habe.

Auf Grund der Beweisaufnahme erachtete auch das Berufungsgericht die Schuld des Angeklagten für erwiesen, ermäßigte aber die Strafe auf sechs Monate Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Polizeisäbel gegen Wahlrechtsforderung. Aus London wird gemeldet, daß für Dienstag dreitausend Polizisten vor dem Parlament aufgeboten seien, um den Ansturm der Suffragettes und ihrer männlichen Anhänger abzuschlagen. Die Scotland Yard erließ eine öffentliche Warnung vor Zusammenrottungen vor dem Parlamente. Die Frauenrechtlerinnen haben beschlossen, in das Parlament einzudringen, um Asquith zu sprechen.

Vermischtes.

Die Fahrt des „Z. I." nach Metz.

Das Reichsluftschiff hat, wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, dort gestern 12 Uhr 30 Min. nachts die Fahrt nach Metz angetreten und nördliche Richtung eingeschlagen. Es herrschte mäßiger Westwind, der Himmel war bedeckt. Führer des Fahrzeugs war Major Sperling. Leider hat die Fahrt infolge eines Wolkenbruchs und eines Motorschadens eine Unterbrechung erfahren. Das Luftschiff mußte bei Bibrach eine Landung vornehmen. Darüber liegen die nachstehenden Telegramme vor:

Ravensburg, 29. Juni. Das Reichsluftschiff „Z. I." passierte heute 1 Uhr 7 Min. in sicherer Fahrt die Stadt und setzte seinen Kurs in nördlicher Richtung mit etwa 30 Kilometer Geschwindigkeit fort.

Ravensburg, 29. Juni. Das Luftschiff „Z. I." ist, wie der „Oberschwäb. Anz." erfährt, heute früh bei Mittelbiberach gelandet.

Eine spätere Meldung von

Biberach besagt: Das Luftschiff „Z. I." ist auf seiner Fahrt von Ravensburg nach Biberach in einen Wolkenbruch geraten und hat sich infolgedessen zu der Landung genötigt gesehen, die glatt von statten ging. Nach der Landung wurde das Luftschiff zunächst von seiner eigenen Bedienungsmannschaft gehalten, bis gegen 8 Uhr ein Hilfszug aus Ulm mit Militär eintraf, worauf sofort zur Verankerung des Luftschiffes geschritten wurde. Die Landung erfolgte gegen 2 Uhr 45 Min. auf einer Wiese bei Mittelbiberach, wo der Ballon sich zurzeit noch befindet.

Ravensburg, 29. Juni. Der „Oberschwäb. Anz." erfährt über die Landung des „Z. I." bei Biberach noch, daß auch ein Motordefekt das Luftschiff zur Landung veranlaßt hat. Diese Beschädigung besteht in Ueberhitzung der Kühlvorrichtung, die ein Schmelzen einzelner Metallteile zur Folge hatte. Major Sperling hat infolgedessen bei den Daimlerwerken in Cannstatt Monteure bestellt, die Ersatzteile mitzubringen haben. Auch in Friedrichshafen wurde Reparaturmaterial bestellt.

Eine Meldung aus Mittelbiberach von gestern 5 Uhr 45 Min. nachmittags besagt: Nachdem bereits alle Vorbereitungen getroffen waren, um das Wasserstoffgas in die Ballonets nachzufüllen, wurde die Arbeit im letzten Augenblick wieder eingestellt und das Luftschiff liegt jetzt fest verankert auf seinem Platz. Der Wind ist immer noch nicht abgeflaut; der Himmel ist dicht bewölkt. Das Luftschiff ist auch diesmal mit Hilfe von in den Boden eingegrabenen Wagengestellen festgemacht. Neuerdings verlautet, daß die Fortsetzung der Fahrt nach Metz auf keinen Fall vor heute abend 10 Uhr und wahrscheinlich sogar erst morgen früh zu erwarten ist.

Metz, 29. Juni. Major Sperling hat den hiesigen Militärbehörden telegraphisch mitgeteilt, daß die Weiterfahrt des Luftschiffes nach Metz keinesfalls vor morgen früh erfolgen werde.

Raubmord an einer Greisin. Gestern früh wurde, wie aus Peitz (Brandenburg) berichtet wird, die 60jährige Witwe Loschper in ihrer Wohnung, vor ihrem Bette liegend, ermordet aufgefunden. Die Leiche, der das Blut aus Mund und Nase gequollen war, war mit Betten zugedeckt. Die Frau ist wahrscheinlich durch einen Schlag betäubt und dann erstickt worden. Die Betten und der Kleiderschrank waren durchwühlt und die Sachen im Zimmer umhergeworfen. Von dem Täter fehlt jede Spur. Es wird vermutet, daß das Verbrechen durch eine mit den Verhältnissen vertraute Person begangen worden ist, da der Frau in den nächsten Tagen eine größere Summe ausgezahlt werden sollte.

Wettfahrt zweier Ozeanriesen. Wie aus Hamburg berichtet wird, fand zwischen dem Riesendampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Amerika" und dem neuen Dampfer der Red Star Line „Lapland" bei ihrer letzten Fahrt von New York nach Europa eine interessante Wettfahrt statt, die das Interesse der Passagiere während der ganzen Fahrt in Anspruch nahm. Es wurden durch den Marconiapparat von Schiff zu Schiff hohe Wetten abgeschlossen. Beide Schiffe verließen zu gleicher Zeit den New Yorker Hafen. Da die „Lapland" angeblich für eine größere Geschwindigkeit als die „Amerika" gebaut sein sollte, so war die allgemeine Ansicht, daß die „Lapland" das Konkurrenzschiff schnell überholen würde, und dementsprechend standen die Wetten wie 1 : 6. Die „Amerika" behielt jedoch während der sieben Tage dauernden Fahrt über den Ozean die Führung, die „Lapland" war immer 2—3 Kilometer zurück. Unter dem Jubel der Besatzung passierte die „Amerika" am 26. Juni, nachmittags 4 Uhr 15 Minuten, Bishoffs Rock Leuchtturm, das Ende der Ozeanreise, mit der „Lapland" etwa 2 Kilometer dahinter. Die interessante Wettfahrt war jetzt beendet, da sich die Kurse der beiden Schiffe hier trennten.

In der Abortgrube verunglückt. Wie aus Mörs gemeldet wird, stürzte vorgestern abend der Bauunternehmer Wand beim Nachsehen einer schadhaften Abortgrube in der Kaiserstraße infolge Betäubung durch Einatmen giftiger Gase in die Grube. Der Arbeiter Blume und ein verheirateter Bruder Wands sowie ein anderer Arbeiter stürzten bei den Rettungsversuchen ebenfalls hinein. Die drei ersten wurden als Leichen geborgen, der letzte ist gerettet.

Fabrikbrand. Die Eisengießerei und Maschinenfabrik Spieß in Rittershausen ist, einer Meldung aus Barmen zufolge, niedergebrannt. Der Schaden beträgt Hunderttausende von Mark.

Großfeuer in Messina. Am 28. Juni brach nachmittags, einer Meldung aus Messina zufolge, dort ein überaus heftiges Feuer in dem oberen Stadtteile unter den Trümmern in der Nähe der alten Gefängnisse aus. Soldaten, Feuerwehr und Matrosen eilten zur Brandstelle, aber es war in den Trümmern unmöglich, Spritzen aufzufahren, so daß man sich darauf beschränken mußte, gegen eine weitere Ausdehnung des Feuers, das noch nach Mitternacht andauerte, anzukämpfen.

Lese- und Diskutierklub „Heine". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Neithardt, Görlitzer Straße 58. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Otto. 555. Ein von Ihnen an das Gericht zu sendender Antrag auf Bewilligung von Ratenzahlung erscheint nicht aussichtslos. Es genügt die Darlegung des Sachverhalts und als Adresse: An das Amtsgericht Berlin I (Aktenzeichen). — **H. 34.** Eine Ausweisung würde in solchem Falle nicht erfolgen, eventuell mit Erfolg angegriffen werden. — **Reichstag 19. Juni.** Darüber enthielt der uns zugegangene Parlamentsbericht keine näheren Angaben. — **F. 29.** Berliner Spar- und Bauverein, NW. 87, Sickingenstr. 7. Das Nähere erfahren Sie dort. — **K. Sch. 111.** Nach dieser Richtung hin würde Ihnen wohl nichts im Wege stehen. Ueber die zu unternehmenden Schritte können Sie sich beim Transportarbeiterverband, Engelufer 15, informieren. — **Z. 500.** Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame. Bureau: Berliner Rathaus, Zimmer 21. — **P. Sch. 5.** Wir raten Ihnen ab.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft still, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 29. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	SW	1	wolkig	17	Haparanda	753	NW	2	wolkig	15
Hamburg	760	WSW	2	wolkig	14	Petersburg	756	ONO	1	wolkenl.	14
Berlin	760	W	2	heiter	16	Scilly	761	W	1	bedeckt	13
Frankf. a. M.	759	NO	2	wolkig	18	Aberdeen	764	NNW	1	bedeckt	11
München	761	NW	2	bedeckt	12	Paris	756	O	2	Regen	13
Wien	761	Still		halb bd.	18						

Wetterprognose für Mittwoch, den 30. Juni 1909.

Mäßig warm, teilweise heiter, aber sehr veränderlich bei meist schwachen westlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 6. cm	seit 27. 6. cm [1]	Wasserstand	am 28. 6. cm	seit 27. 6. cm
Memel, Tilsit	123	+1	Saale, Grochlitz	68	+4
Pregel, Insterburg	—5	+19	Havel, Spandau [2]	46	+5
Weichsel, Thorn	108	—14	„ Plathenow [2]	—	—
Oder, Ratibor	235	+53	Spree, Spremberg [2]	66	0
„ Krossen	152	—14	„ Beeskow	52	+1
„ Frankfurt	174	—22	Weser, Münden	—103	—9
Warthe, Schrimm	32	—2	„ Minden	—34	+4
„ Landsberg	6	—5	Rhein, Maximiliansau	472	—1
Netze, Nordamm	—20	—1	„ Kaub	220	—2
Elbe, Leitmeritz	—46	+2	„ Köln	212	+7
„ Dresden	—152	+4	Neckar, Heilbronn	60	+5
„ Bardy	58	—26	Main, Wertheim	105	+5
„ Magdeburg	83	—5	Mosel, Trier	26	—3

[1] + bedeutet Wachs. — Fall. — [2] Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung stieg die Oder bei Ratibor bis heute zwischen 2 und 3 Uhr nachts auf 400 cm, morgens betrug der Wasserstand noch 372 cm.

Kartoffeln

Hiermit haben Unterzeichnete die Ehre, Sie auf ihr Geschäft aufmerksam zu machen (Engros in frischen Kartoffeln), die wegen ihres Nährwertes sehr gesucht sind.

Ausgeschlossen sind Adressen für korporative Gebrauchsgeschäfte und Grossisten. 3015*

Die Versendung findet Anfang September statt. Preisaufgabe per Waggonladung auf Anfrage. Für Unterhandlung vorab bereit.

Hochachtungsvoll

T. Kramer & Co.,
Schraut bei Leeuwarden Holland.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 6209*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28 I**

Partei-Speditionen:

Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
„ **Süden und Südwesten:** Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Andreasstraße 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiße, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raschke, Ackerstr. 36, Eingang Ackerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau-Röntgental: Heinrich Brose, Hohensteinstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Tentscher, Stolperstr. 50 I.
Johannisthal: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Niederlehme, Winkelmannstr. 12.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Waldersteestr. 14.
Marienfelde: August Leib, Chausseestr. 296, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sebanstr. 105, parterre.
Nieder-Schöneweide: Paul Bengsch, Grünauerstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Lausenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Nitzmann, Mühlenstraße 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Kamekestr. 12, I.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Kessler, Hohensteinweg 7.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Wittnebel, Landhausstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts".

Bitte ausschneiden. 245/1*

Billigste Angebote
soweit Vorräte reichen

Knaben-Wasch-Anzüge
Hübsche Blusenfassons
Weiß und gestreift
6.— 5.— 4.— 3.— 2.— 1.50 **90 Pf.**

Schüler-Wasch-Anzüge
Joppen- und Norfolk-Fassons, einfarb. u. kariert
8.— 6.— 5.— 4.— 3.— 2.50 **2.00 M.**

Knaben-Blusen . . von 50 Pf. an | Knaben-Hosen . . . von 70 Pf. an
Knab.-Strohhüte . von 35 Pf. an | Knaben-Mützen . . von 25 Pf. an
Sehr billig! Sporthemden ▫ Gürtel ▫ Turnerkleidung Sehr billig!

Loden-Pelerinen für Mädchen und Knaben von 5.50 M. an

BaerSohn
Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891.
Chausseestraße 29/30 ▫ II Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 ▫ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 37 und Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei.

Abschrift.

15. D. 72. 09.

Berlin, den 22. Juni 1909.

Oeffentliche Sitzung des königl. Amtsgerichts Berlin-Wedding, Abt. 15.

Gegenwärtig: 1. Amtsrichter Dr. Fechner als Vorsitzender, 2. Böttchermeister Zenke-Berlin, 3. Bankbeamter König-Berlin, als Schöffen, Amtsanwalt v. Ballusek als Beamter der Staatsanwaltschaft, Aktuar Grosse als Gerichtsschreiber.

In der Strafsache gegen den Kaufmann Gustav Vorpahl zu Berlin, Schönhauser Allee 116, geboren am 5. Juni 1858 in Pyritz, evangelisch, verheiratet, wegen Beleidigung, erschien bei Aufruf der Sache der Angeklagte und Rechtsanwalt Schwindt als Verteidiger.

Die Parteien vergleichen sich wie folgt:

Der Angeklagte Kaufmann Gustav Vorpahl erklärt:

Ich halte die gegen den Bankbeamten Erich Noack in seiner Eigenschaft als Armenkommissionsvorsteher getanenen beleidigenden Aeußerungen nicht aufrecht, nehme dieselben vielmehr mit Bedauern zurück.

Ich nehme die Klage gegen Karpinski und Genossen in actis 148 B. 1133.08 des Amtsgerichts Berlin-Mitte zurück und übernehme die Kosten, sowohl die des letzteren Verfahrens als auch diejenigen des in diesen Akten stattgehabten Verfahrens einschließlich derjenigen der Armendirektion und des für beide Verfahren dem Justizrat Pincus I zugebilligten Honorars von 75 Mark.

Herr Erich Noack ist berechtigt, auf Kosten des Herrn Vorpahl diesen Vergleich im Berliner Lokalanzeiger, Morgenpost und Vorwärts einmal veröffentlichen zu lassen, und zwar innerhalb 14 Tagen.

Hierauf erklärte Herr Noack:

Ich nehme den Strafantrag in dieser Sache im Auftrage der Armendirektion zurück.

gez. Erich Noack. Gustav Vorpahl.

Die Staatsanwaltschaft beantragte Einstellung des Verfahrens.

Beschlossen und verkündet:

Das Verfahren wird nach Maßgabe vorseitigen Vergleichs eingestellt.

gez. Fechner. Grosse.

Bauschule u. Technikum.
Berlin C., Münzstr. 7, errichtet 1890.
Hoch- und Tiefbau (4 Semester). Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler und Schlosser.
Tages- und Abendkurse.
Programme kostenlos durch die Direktion.
15792*

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/1, a. Oranienbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Keine Gelatine — kein Leimwasser

zum **Stärken** Ihrer **farbigen** Wäschestücke, Batiste etc.
— sondern **Dr. Hartwig & Kindschers unsichtbare** —

20 Pf. ½ Pfd.-Paket

Prachtstärke

D. R.-Patent 149 588

20 Pf. ½ Pfd.-Paket

Die einzigste Stärke, die sich nicht aufsetzt

Zu haben in den Drogen- und Seifen-Geschäften etc.

Tangermünde, Dr. Hartwig & Kindscher

Fabrik für Appretur und Schlichte.

Baugenossenschaft „Turnerheim“, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Nachtrag zur Bilanz 1908.
Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am Anfang des Jahres 663 Mark, am Schlusse 932 Mark, Zunahme 331 Mark. 106/11
Der Vorstand.
Max Schönberg. **Otto Klein.**

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Stadth. Börse).

Treptow. Viktoria-Garten

Inh. **Karl Ludwig**
Köpenicker Land-Straße.
Größter schattigster Garten.
Jeden Sonntag: Großes Freikonzert.
Im Parkettsaal **Sonntags** und **Donnerstags: Großer Ball.**
Jeden Dienstag: Norddeutsche Petri-Sänger.
Entree frei.
Achtung! **Sonnabende** im August, Sept., Okt. usw. noch frei für Vereine, Gewerkschaften usw. unt. kulant. Bedingung.

Den Gewerkschafts- und Parteimitgliedern empfehlen wir bei einem
Ferienaufenthalt an der Ostsee
das Swinemünder Gewerkschaftshaus, Etablissement **„Waldschloß“**, auf dem höchsten Punkte der Stadt gelegen, 3 Minuten vom Bahnhof Bad, ca. 5 Minuten vom Strande und den Dampfer-Anlegestellen. **„Waldschloß“** bietet **herrliche Aussicht auf Meer, Wald, Feld und Stadt,** und hat **vorzügl. Betten und Verpflegung bei zivilen Preisen.** Vereinen und Organisationen wird bei einem 285/1*
Ausflug nach Swinemünde
Preisermäßigung gewährt. Platz für ca. 1500 Personen. Für Massenquartiere wird gesorgt. Anmeldungen 8 Tage vorher beim Besitzer **F. Eckert.** **Das Swinemünder Gewerkschaftskartell.**

Nassenheide.

300 eingezäunte Parzellen!
Wiesenparzelle 200 M. Landparzelle 250 „ Hochwaldparz. 650 „ } Alle inkl. Zaun zum Aussuchen.
Romantisch schön gelegen am Bahnhof und Dorf und eingeschlossen von der königl. Forst. Vom Stettiner Bahnhof ¾ **Stunden Fahrzeit. Bin täglich von 12—5 auf dem Nassenheider Bahnhof anzutreffen.** Bes. **G. Wolff, Oranienburg, Berliner Straße 52a.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2153R*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Schülerplaids, großer Posten unter Preis.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) 264/11*

Hermannplatz 6. Staunenbillige Pfänderverkäufe! Bettenverkäufe! Aussteuerwäsche! Taschenuhren! Freischwinger! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Extrabillige Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! „Jedermanns Wareneinkauf, ebenfalls Sonntags.“ 104†

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Monatsanzüge und Sommerpaletots, von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,75, Tapestri-Brüssel 5,35, Axminster 4,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Pumpenwolff, Ackerstraße 81, ist Fachmann. Abessinerpumpen von 8,00 bis 100,00. Alte billigst; Sauger 2,50 an. Leiherdbohrer umsonst. †63*

Pfänderverkauf. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn! Jedermanns Einkaufsquelle! Spottbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Jackettanzüge! Steppdecken! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Tischdecken! Herrenhosen! Schmucksachen! Wäscheverkauf! Uhrenverkauf!

Similiseidene Steppdecken, volle Größe 3,85, 4,75 bis 7,50. Hochelegante doppelseitige Steppdecken 6,85, 8,75. Kattundecken 2,35. Spezialhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 2067R*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. 1614R*

Kinderwagen, Ausziehtisch verkauft Franz, Holzmarktstraße 35. †45

Kinderwagen sehr billig Jungstraße 36, Quergebäude III. †117

Kinderwagen, billig verkäuflich. Gahren, Rixdorf, Jarstraße 3.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 15—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1935*

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1945*

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 273/10*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant, 25 Halbe, 150 Kasten, 3300 Mark Miete, 1860 Mark, verkauft wegen Krankheit. Näheres Vorwärtsspedition, Rixdorf, Neckarstraße 2. †105

Plättgeschäft verkauft, weil zu schwer, Weisestraße 21, Rixdorf. †105

Materialwaren-, Obst-, Gemüsegeschäft, verzugshalber zu verkaufen, schöne Gegend, mit und ohne Fuhrwerk, Miete 75 Mark, Preis 2000 Mark. Zu erfragen Spedition, Nazarethkirchstraße 49. †82

Restauration, altes, gutes Geschäft, sofort preiswert zu verkaufen. Näheres Berlin W., Grunewaldstraße 82, früher 110, im Restaurant.

Partei-Lokal, nachweislich gutgehend, besonderer Umstände sofort zu übernehmen. Auskunft Finck, Frankfurter Allee 172. †117

Seifengeschäfte, Osten, billige Miete, umständehalber billig verkäuflich. Näheres Genseke, Müncheberger Straße 7. †45

Seifengeschäft verkauft mit Rolle Gethsemanestraße 4c. †73

Schlosserei verkauft Oberschöneweide, Stadtstraße 2, vorn III links.

Parteilokal, 13 Jahre einer Hand, zwei Vereine, Zahlstelle, verkäuflich Köpenickerstraße 31. 309b*

Möbel.

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Speisezimmer, gediegen, eiche, wegzugshalber statt 950 jetzt 625. Lothringerstraße 26, Schönhauserthor, Aufbewahrungs-Speicher. 201b*

Salon, 6 Monate alt, entzückend, statt 1100 jetzt 750. Lothringerstraße 26, Schönhauserthor. 203b*

Herrenzimmer, prachtvoll, verfallen, zirka für die Hälfte! Aufbewahrungs-Speicher, Lothringerstraße 26, Schönhauserthor. 202b*

Schlafzimmer, gediegene Ausführung, statt 600 bloß 350. Lothringerstraße 26, Schönhauserthor, Speicherei.

Wollen Sie komplette Einrichtung oder einzelne Möbelstücke per Kasse kaufen, so muß man Lothringerstraße 26, Schönhauserthor, hingehen. Billiger als im Möbelgeschäft. Einrichtung mit moderner Küche statt 400 bloß 250, bessere 325—380—430—500 bis 1200, sonst zirka die Hälfte mehr. Schreibtische 36, Garnitur 100, Ankleideschränke, Säulenvitrinen, Chaiselongues, Bettstellen, moderne Küchen! Auswahl in 6 Etagen. Lothringerstraße 26, Schönhauserthor, Hof, Speicherei! 205b*

Ueberzeugen. Eichenes Speisezimmer, romanisch 400, dreiteiliges komplettes Schlafzimmer 275, farbige Küchen 53, Garnituren 100, Büfett, echt nußbaum 95, Umbauten mit großem Kristallspiegel 65, sechssäulige nußbaum Spiegelvertikos, nur solange Vorrat 50, Ausziehtische, Verbinder fourniert, extragroß 35, Kleiderschränke, Trumeaus, Schreibtische, Sofas enormer Auswahl. Kaufen Sie nicht, bevor Sie mein Lager besichtigt haben. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. 2200R

Schlafsofa 10,00, Bettstelle, Matratze 10,00, Kommode 6,00, Palisadenstraße 23, Tapezierer. 78/15

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. Turmstraße 31. 1820R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Musik.

Pianino, herrlicher, gesangreicher Ton, Hoflieferant, wenig gebraucht, sofort billigst Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 75/11*

Pianino, hohes, kreuzsaitig 130,—, Teilzahlung. Turmstraße 8 I.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. [*

Klavierkursus. Monatspreis 3,00, Klavierüben frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Moritzplatz. 78/17

Verschiedenes.

Elöholz, Komiker, Groptiusstraße 6. 230b*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Platina, alte Zahngebisse allerhöchste Preise, Linienstraße 199. †33

Lernt die Muttersprache beherrschen Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Adlershof, Bismarckstraße 36a. Eröffne am Sonnabend, den 3. Juli, eine Rind- und Schweineschlächterei, ff. Wurstwaren mit elektrischem Betrieb. Louis Irmer, Schlächtermeister. 291b

Vermietungen.

Wohnungen.

Brunnenstraße 18, 5 Minuten von der A.-E.-G., Seitenflügel (freie Aussicht), Wohnungen, 2-fenstrig, 1-fenstrig, Stube, Küche, 22,50—23,50 Mark. 312b

Schillerpark. Moderne Zweizimmerwohnung billig Türkenstraße 17.

Frankfurter Allee 165 Stube, Küche und Korridor zum 1. Oktober, 21,50. †117

Charlottenburg, Schillerstraße 94, 2 Stuben und Küche, Vorderhaus, 30 und 36 Mark, zum 1. Oktober zu vermieten. †125

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, zwei Herren. Theiß, Naunynstraße 58 III. †121

Möbliertes Zimmer frei. Neue Jakobstr. 9, I. Stk. 2. [308b

Möbliertes Zimmer vermietbar. Sebastianstraße 76, 2 rechts, rechter Aufgang Moritzplatz. [313b

Möbliertes Zimmer, 10,00. Dresdenerstraße 96, IV, Schulze. [315b

Möbliertes Zimmer (16 Mark) vermietet Heine, Kommandantenstraße 15. [314b

Kleines möbliertes Zimmer bei ruhigen Leuten. Mittenwalderstraße 25, Seitenflügel IV links †118

Möbliertes Flurzimmer vermietet Lietzmannstraße 18, v 1 rechts. †126

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Vorderzimmer, Grünerweg 63, eine Treppe links. †45*

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Böhr, Naunynstraße 62, vorn III.

Möblierte Schlafstelle, allein. Rooch, Große Frankfurterstraße 130.

Saubere möblierte Schlafstelle. Witwe Kalka, Holzmarktstraße 13. *

Anständige Schlafstelle billig zu vermieten Alexandrinenstraße 60, vorn 2 Treppen rechts. 78/13

Schlafstelle, Herrn. Valentin, Köpenickerstraße 127a, Quergebäude.

Möblierte Schlafstelle. Zweiter Herr kann mit einwohnen, freundliche und gut möblierte Schlafstelle bei Felick, Blumenstraße 60, vorn 1. Etage. †45

Einfach möblierte Schlafstelle für Herrn bei Witwe Quandt, Langestraße 91, vorn 1 Treppe. †45

Mietsgesuche.

Zimmer sucht Handwerker, möglichst Flureingang. 16—20 Mark, Nähe Kottbuserthor, Spittelmarkt. Offerten „Zimmer“, Postamt 19.

Handwerker sucht einfach möbliertes Zimmer bis 18 Mark unter A. B., Postamt 34. †83

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Radfahrer, junger, stadtkundig, sucht Beschäftigung. Franz, Swinemünderstraße 50. †45

Tischler, längere Zeit arbeitslos, sucht Privatarbeit. Broda, Lietzmannstraße 5. 78/14

Stellenangebote.

Aufwärterin, saubere, verlangt Mohrenberg, Urbanstraße 101. 306b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Arbeitersekretär gesucht.

Durch Abgang des bisherigen Sekretärs Stolt wird die Stelle eines Arbeitersekretärs zum 1. Oktober 1909 vakant. 286/1

Bewerbungen nebst kurzem Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 1. August 1909 an Unterzeichneten zu richten.

Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft. Antritt zum **15. September 1909** gewünscht, spätestens jedoch 1. Oktober 1909.

Gewerkschaftskartell Königsberg i. Pr.
J. A.: **Fr. Soemann,**
Lindenstr. 32/33.

Tüchtige Kastenmacher und **Stellmacher** verlangt **Ulermöhle,** Karosseriewerke, Berlin O. 17, Große Frankfurter Str. 137.

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Mosel, Mariannenstraße 81/82.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Rathenow, Fürstenwalde, Muskau** und **Nürnberg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau **Blankenfeldstr. 4** streng zu meiden.
Für **Korbmacher:**
Körner in Nowawes.
Die Ortsverwaltung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Hahnisch, Augustastr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstr. 83. **M. Wengels,** Andreasstr. 17.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Reul,** Barnimstr. 42.
N. H. Raschke, Ackerstr. 36. **F. Trapp,** Stettiner Str. 10. **Karl. Mars,** Lychener Str. 123. **Karl Weiße,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tietz,** Invalidenstr. 124. **L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Weckert,** Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **Rich. Schmidt,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wittler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Paul Bengsch, Grünauer Str. 8.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henjes, Lausener Str. 2, I.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gnrsch, Kamekestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 7. **Conrad,** Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Borhagen 58.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunowstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Bernsee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert,** König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Wittnebel, Landhausstr. 27.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.